

TAGESSCHAU

POLITIK

Ausgleich: Nordrhein-Westfalen wird 1986 voraussichtlich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik im Rahmen des Finanzausgleichs Geld von anderen Bundesländern bekommen. In einem Entwurf des Bundesfinanzministeriums sind 57,4 Millionen Mark für die Landeskasse in Düsseldorf vorgesehen. Der Finanz-ausgleich soll dazu beitragen, daß sich die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik angleichen.

Zwangsarbeiter: Der DGB hat an Kanzler Kohl appelliert, zwischen dem Unternehmer Flick und dem Zentralrat der Juden wegen der Zahlung einer Entschädigung an ehemalige jüdische Zwangsarbeiter zu vermitteln. Auf Antrag der SPD soll sich in der nächsten Woche auch das Europaparlament mit dem Thema beschäftigen.

Gestorben: Einer der Stellvertreter von „DDR“-Ministerpräsident Stoph, Gerhard Weiß, ist im Alter von 68 Jahren nach schwerer Krankheit gestorben.

Operation: Die an einer Herz-Kranzgefäßverengung leidende Frau des sowjetischen Regimekritikers Sacharow, Jelena Bonner, muß sich doch einer Bypass-Operation unterziehen, teilten die Ärzte des Massachusetts General Hospital in Boston mit. Eine medikamentöse Behandlung habe nicht die erhoffte Besserung gebracht.

Wer war Frankenstein?

Alle reden von Frankenstein - aber gemeint ist das Monster, Frankenstein's Geschöpf. Mary Shelley, die Frau des romantischen Dichters, hatte diese Gestalt erfunden. Seitdem geistert sie durch die Romanwelt, die Theater, den Film. Und neuerdings begegnet man ihr auch in Parteitagreden. Seite 17

WIRTSCHAFT

Aktienfonds: Wertsteigerungen zwischen 47,1 und 72,2 Prozent erzielten nach Berechnungen des Bundesverbands Deutscher Investment-Gesellschaften die überwiegend in der Bundesrepublik anliegenden Aktienfonds im Jahre 1985. (S. 10)

German Oil: Der von Land Niedersachsen gegründete Konzern will Saudi-Arabien und Iran mit jeweils bis zu 25 Prozent an der im vergangenen März von der Mobil Oil stillgelegten Ölförderung Wilhelmshaven beteiligen. Die Verhandlungen sind allerdings noch nicht abgeschlossen.

Agarhandel: Die Bundesrepublik hat 1985 landwirtschaftliche

Produkte im Wert von rund 58 Milliarden DM eingeführt und selbst Agrarerzeugnisse für etwa 28 Milliarden exportiert. Damit ist die Bundesrepublik gemessen an der Einwohnerzahl größter Agrarimporteur der Welt. Bei den Exporten liegt sie auf Platz vier.

Börse: Nach anfänglichen Verlusten auf Grund von Gewinnmitnahmen setzte im weiteren Verlauf eine starke Erholung ein. WELT-Aktienindex: 237,54 (239,51). Am Rentenmarkt zogen die Kurse weiter an. BHF-Rentenindex: 105,125 (105,039). Performance-Index: 100,042 (99,933). Dollar-Mittelkurs: 2,4375 (2,4760). Mark-Goldpreis je Feinunze: 330,00 (328,00) Dollar.

KULTUR

Malerei: Christliche Gedanken sind bei „DDR“-Künstlern trotz aller Anstrengungen der Kulturgewaltigen nicht nur weiterhin tief verwurzelt, sie scheinen dort auch neu und besonders gut zu keimen, wie eine Völker-Stellmann-Ausstellung im Schloß Oberhausen nahelegt. (S. 17)

Kammermusik: Ein Musikerleben ersten Ranges bereitet zehn junge Israelis Kunstfreunden und -mäzenen bei einem Hauskonzert mit Werken von Beethoven, Brahms und Schumann, zu dem NRW-Ministerpräsident Johannes Rau in seine Düsseldorfer Dienstvilla geladen hatte. (S. 17)

SPORT

Tennis: Boris Becker trifft im ersten Spiel des Masters-Turniers von New York (14. Januar) auf den Amerikaner Paul Anconino. Gewinnt er, spielt er wahrscheinlich erneut gegen Mats Wilander (Schweden). (S. 6)

Motorsport: Der seit Samstag bei der Wüsten-Rallye Paris-Dakar vermisste holländische Motorradfahrer Arian Brouwer wurde von der Besatzung eines Einbauschraubers in einer Oase wiedergefunden. (S. 6)

AUS ALLER WELT

Konsequenz: Weil er seine Behörde einen „Saustall“ genannt hat, mußte ein Stadtdirektor in Ostfriesland den Hut nehmen. (S. 18)

Raumfahrt: Die Pechsträhne der Nasa mit ihrer Raumfähre „Columbia“ reißt nicht ab. Auch der vierte Startversuch mußte wegen schlechten Wetters abgebrochen werden. Für die Crew in Wartestellung ist dies eine enorme Belastung. Der deutsche Astronaut Reinhold Furrer berichtet von seinen Eindrücken beim Countdown. (S. 18)

Wetter: Wechselnd bewölkt, im Westen und Süden Schneefall. Minus 3 bis plus 1 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Mehrungen: Die wirtschaftliche Verflechtung „DDR“-USSR wird noch enger. S. 2

Bonn: Sicherheit über alles - Der Vorstoß ins Minister-Auto - Von Werner Kahl. S. 3

Hessen: Eine Kampfansage gegen die grünen „Anpasser“ - Von Dankwart Guratzsch. S. 4

London: Die Fleet Street kommt auch 1986 nicht zur Ruhe - Von Reiner Gatermann. S. 5

Formen: Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 6

SED: Der Parteitag naht, Ost-Berlin meldet nur noch „Rekorde“ - Von Dieter Dose. S. 8

Fernsehen: „Der Blick durch die Kamera verändert vieles“ - Gespräch mit Klaus Poche. S. 8

Europäische Kommission: Wettbewerbsfähigkeit der Industrie Anlaß zur Sorge. S. 9

Geburtstag: Der große Roman-ler Leonardo Sciascia wird 65 - Sizilianisches Wunder. S. 17

Start und Ziel Berlin: Die Luft-hansa feierte ihr 60jähriges Jubiläum. S. 18

Windeln stellt klar: Bonn rüttelt nicht an Salzgitter

„Beitrag zur Schärfung des Rechtsbewußtseins geleistet“ / WELT-Gespräch

ms. Bonn
In die Diskussion um die Existenzberechtigung der Zentralen Erfassungsgitter für „DDR“-Verbrechen in Salzgitter hat sich jetzt der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), mit einem klärenden Wort eingeschaltet. In einem Gespräch mit der WELT machte Windelen deutlich, daß für „sein“ Ministerium und die Bundesregierung insgesamt diese Behörde „nicht zur Disposition steht“. Auch die Abschaffung des Schießbefehls allein würde sicher nicht ausreichen, um zu einer Einstellung der wichtigen Tätigkeit der Zentralen Erfassungsgitter der Länderjustizverwaltungen zu kommen.

Der Minister wollte seine Aussagen „als Klarstellung in der Sache“ verstanden wissen. Auf die Frage, wie er die Erklärung seines Parlamentarischen Staatssekretärs Ottfried Henning beurteilt, der gesagt hatte, bei einer Abschaffung des Schießbefehls könne Salzgitter aufgelöst werden, antwortete Windelen: „Meine Feststellungen zur Sache entsprechen der Auffassung des innerdeutschen Ministeriums und der Meinung der Bundesregierung.“

Die Erfassungsgitter sei nach dem

Mauerbau „in voller Übereinstimmung aller politischen Kräfte“ eingerichtet worden. „Sie sollte nicht nur Tötungshandlungen, sondern auch Terrorakte, Mißhandlungen, politische Verurteilungen und Verdächtigungen registrieren. Dies hat sie in den zurückliegenden 25 Jahren getan. Sie hat damit einen Beitrag zur Schärfung des Rechtsbewußtseins geleistet“, sagte Windelen.

Sie habe damit auch „mäßigend, wenn nicht vorbeugend in Bezug auf Unrechtsverhalten in der DDR auf die Verantwortlichen eingewirkt“. Windelen: „Ich habe keinen Zweifel daran, daß manche Unrechtsverhalten unterblieben ist oder abgemildert wurde, weil die Verantwortlichen damit rechnen mußten, daß ihre Menschenrechtsverstöße registriert werden.“

Er könne es „nicht akzeptieren“, wenn man heute sage, Salzgitter sei ein Relikt aus der Zeit des Kalten Krieges. „Nicht die Erfassungsgitter ist ein solches Relikt, sondern die ständige Verstoß gegen Bürger- und Menschenrechte, zu deren Einhaltung sich die DDR in den verschiedensten Erklärungen, zum Beispiel der UNO, ausdrücklich verpflichtet hat.“

Windelen: „Mit der Schließung der Zentralen Erfassungsgitter würde an diesem Tatbestand nicht das mindeste geändert. Die Bundesregierung würde lieber heute als morgen die Länderjustizverwaltungen bitten, die Erfassungsgitter aufzulösen, wenn es nichts mehr zu erfassen gäbe. Davon sind wir leider noch weit entfernt. Es liegt ausschließlich an der DDR selber, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Tätigkeit von Salzgitter überflüssig wird.“ Der Schießbefehl sei die „schwerwiegendste Verletzung der Menschenrechte“. Er werde „wegen der anderen Sicherungsmaßnahmen“ in abnehmendem Maße angewandt. „Seine Abschaffung wäre ein wesentlicher Beitrag zu einem Verhältnis der Normalität“, sagte Windelen.

Die amtliche „DDR“-Nachrichtengenerierung ADN berichtete am Montag erstmals über die in der Bundesrepublik Deutschland laufende Diskussion um die Zentralen Erfassungsgitter. In der Meldung wurden jedoch nur Stimmen wiedergegeben, die für eine Schließung plädierten. „Die DDR habe sich noch nie Bedingungen stellen lassen“, zitierte ADN „Beobachter“.

Irritationen um USA-Reise Bangemanns

„Regenschirm-Vereinbarung“ über Technologie-Transfer angestrebt / SDI nur „Unterthema“

BERTOLD CONRAD, Bonn
Maßgebliche Verteidigungspolitik in Bonn befürchten, daß die bevorstehenden Verhandlungen von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann über Verbesserungen im deutsch-amerikanischen Technologie-Transfer den für dringend notwendigen gegenseitigen Abschluß einer SDI-Vereinbarung verzögern werden. Denn Bangemann plant zunächst nur Gespräche mit dem für SDI nicht zuständigen US-Handelsministerium über eine umfassende „Regenschirm-Vereinbarung“. Einzelfragen, wie das als „Unterthema“ eingestufte Forschungsprogramm SDI, sollen erst später erörtert werden.

Damit könnten sich die Chancen deutscher Firmen für eine rechtzeitige Beteiligung am amerikanischen Weltraumforschungsprogramm nach Ansicht von Fachleuten entscheidend verschlechtern.

Wie drei Tage vor dem Abflug Bangemann nach Washington verlautete, haben sich auch das ameri-

nische Verteidigungsministerium und das State Department irritiert über die vom Bundeskabinett am 18.12.1985 beschlossene Thematik und Zeitfolge der beabsichtigten Verhandlungen gezeigt. Denn die Amerikaner hatten nach früheren Äußerungen aus den Reihen der CDU/CSU - auch von Bundeskanzler Helmut Kohl - damit gerechnet, daß Bonn ein SDI-Rahmenabkommen im Stil der

SEITE 2:
Wie man SDI umgeht
amerikanisch-britischen Vereinbarung abschließen würde.

Tatsächlich haben sich aber die Freien Demokraten mit einem Verhandlungsplan durchgesetzt, der „allgemeine Regelungen für Geheimhaltung, Technologietransfer, Eigentums-, Nutzungs- und Verwertungsrechte sowie für Preisbildung, Preisprüfung und Auftragsvergabe“ vorsieht. Mit diesen Rahmenbedingun-

gen soll laut Kabinettsbeschluß „auch die privatrechtliche Position derjenigen deutschen Forschungsinstitute und Unternehmen verbessert werden, die sich als Auftragnehmer am SDI-Forschungsprogramm beteiligen wollen“.

Experten sehen dahinter das Ziel Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher, eine SDI-Vereinbarung hinauszuzögern. Dieser Effekt ergibt sich schon aus der Breite der vom Bundeswirtschaftsministerium - außer der „Regenschirm-Vereinbarung“ - anvisierten Themen:

- Bessere Nutzung bestehender Bestimmungen über Technologieköoperation;
- Beseitigung von Unsicherheitsfaktoren beim Technologietransfer;
- Klärung der Vergabegrundsätze bei öffentlichen Aufträgen und der Preisprüfung;
- Berücksichtigung der Klagen aus der deutschen Industrie über restriktive Praktiken bei der Rüstungsköoperation.

Beamte loben die Bundesregierung

Zimmermann verspricht „Gleichklang“ der Einkommen / Für Teilzeitbeschäftigung

DW. Bad Kissingen
Die Einkommen der Beamten werden auch in diesem Jahr im gleichen Umfang steigen wie bei den übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Der Gleichklang bleibe gewahrt, erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) gestern vor den Teilnehmern einer Tagung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in Bad Kissingen. Die Sicherung der Einkommensparität mit den anderen Bereichen sei nicht zuletzt für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf dem Arbeitsmarkt erforderlich.

Zimmermann, der auch für die Beamtenbesoldung zuständig ist, kündigte in den laufenden Tarifverhandlungen für den 16. Januar ein erstes Angebot der Arbeitgeber an. Über den Inhalt wollte er sich nicht äußern. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste Transport und Verkehr (ÖTV) fordert Einkommensverbesserungen um sechs Prozent.

Der Einbeziehung der Beamten in

das System der gesetzlichen Rentenversicherung erteilte der Innenminister eine klare Absage. Allen Vorschlägen einer schrittweisen Einführung der Eigenbeiträge der Beamten an ihrer Altersicherung werde er sich entschieden widersetzen. Der Innenminister rief die Beamten dazu auf, zur Entlastung des Arbeitsmarktes verstärkt von den Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung und der langfristigen Heurteilung Gebrauch zu machen. An die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden appellierte er, auf den Abbau von Überstunden im öffentlichen Dienst hinzuwirken.

Zimmermann bekannte sich in seiner Rede zum Berufsbeamtentum. Dazu gehöre auch das Streikverbot. Von diesem Grundsatz werde er sich durch nichts abbringen lassen. Auch Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) wandte sich vor dem Forum gegen Versuche, das Beamtentum auszuhebeln und damit letztlich

das Berufsbeamtentum abzuscha-

fen. Auch für die SPD steht nach den Worten des Vorsitzenden im Bundestagsgremienausschuß, Axel Wernitz, die Abschaffung des Berufsbeamtentums nicht zur Debatte. Die Überlegungen seiner Partei zur Änderung der Alterssicherung der Beamten hätten mit einer Aushöhlung des Berufsbeamtentums nichts zu tun, sagte Wernitz in Bad Kissingen. Die Sozialdemokraten hielten sich damit strikt an die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Zur Eröffnung der zweitgrößten Veranstaltung hatte Vorsitzende des Beamtenbundes, Alfred Krause, erklärt, die Lage der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst habe sich zu Jahresbeginn im Vergleich zum Vorjahr positiv geändert. Denn die Regierung habe ihre Zusage über eine Strukturverbesserung in der Beamtenbesoldung eingehalten und ein weiteres Absinken der Realeinkommen verhindert.

Rau verliert an Rückhalt

gda. Bonn

Der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, hat offenbar an Zustimmung in der eigenen Partei verloren. In der vom „Politbarometer“ des ZDF monatlich vorgenommenen Beurteilung von Spitzenpolitikern durch eine Umfrage der „Forschungsgruppe Wahlen“ ist Rau Ende Oktober und Ende November jeweils mit dem hohen Sympathiewert von + 3,0 benotet worden. Ende Dezember, wenige Wochen nach seiner formellen Berufung zum Kanzlerkandidaten durch die Parteispitze, ist diese Note bei den SPD-Anhängern unter den Befragten auf + 2,6 gesunken.

Bei der allgemeinen Einschätzung, ohne Gewichtung nach Parteipräferenzen, liegt Rau mit + 1,3 weiter vor Bundeskanzler Kohl (+ 0,3), dem allerdings mit + 2,7 mehr CDU/CSU-Anhänger zustimmen als SPD-Wähler ihrem Spitzenkandidaten.

Seite 4: Fallende Tendenz

Polizei räumt Hüttendorf

DW. Wackersdorf

Rund 2000 Polizeibeamte haben gestern morgen mit der Räumung des von Kernkraftgegnern besetzten Geländes für die Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf begonnen. Die Bewohner des Hüttendorfes im Taxildorfer Forst, über deren genaue Zahl widersprüchliche Angaben vorlagen, wurden über Lautsprecher zum Verlassen des Dorfes aufgefordert. An die 100 Besitzer folgten dem Räumungsauftrag freiwillig. Anschließend begannen die Polizeikräfte mit der Räumung von Sperren und dem Abtransport der etwa 1000 Beseiter. Bis zum frühen Nachmittag waren rund 250 Platzbesitzer abtransportiert und etwa 180 festgenommen worden. Die Räumung verlief ohne ernsthafte Krawalle und Schlägereien. Am Rande der 17 Tage dauernden Besetzung war es immer wieder zu Auseinandersetzungen gekommen.

Seite 3: Abschied von Wackerland

Peres besucht am 29. Januar Berlin

DW. Berlin

Am 29. Januar wird Ministerpräsident Shimon Peres als erster israelischer Regierungschef bei seiner bevorstehenden Reise nach Deutschland Berlin besuchen. Er hat damit eine Einladung der Berliner Pressekonferenz akzeptiert. Der Arbeitsausschuß der Pressekonferenz hat Peres eingeladen.

Wie das Sekretariat der Berliner Pressekonferenz berichtete, wird der israelische Ministerpräsident am 27. Januar in der Bundesrepublik Deutschland erwartet. Er wolle am 28. Januar Bonn besuchen und am darauffolgenden Tag in die geteilte Stadt weiterreisen. Die genauen Termine für den Berlin-Besuch sind allerdings noch nicht bekannt.

Während seines Deutschlandaufenthaltes will Israels Regierungschef auch das ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide besuchen, hieß es.

DER KOMMENTAR

Die Anerkennung

GÜNTHER BADING

Es ist bemerkenswert, wenn ein Interessensverband einmal nicht nur fordert, demonstriert, kritisiert, opponiert. Anerkennung richtiger politischer Entscheidungen durch die Betroffenen ist selten geworden. Nicht so beim Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause. Er ist bekannt dafür, Falsches falsch zu nennen und Gutes auch gutzuheißen. Während der Jahrestagung des Beamtenbundes in Bad Kissingen hat Krause die Lage der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst als positiv verändert beschrieben. Und der Beamtenbund-Chef scheute sich nicht, der Regierung Lob zu zollen, weil sie ihre Zusage verwirklicht hat, Strukturverbesserungen in der Beamtenbesoldung vorzunehmen.

Nun gelte es, den Nachholbedarf in der Besoldung zu beseitigen, der in vergangenen Jahren entstanden sei, mahnt der DBB-Vorsitzende. Er schränkt aber sogleich ein, daß er keine raschen Lösungen erwarte. Viel wichtiger als eine zufrieden-

stellende Einkommensregelung für die Beamten ist dem erfahrenen Verbandspolitiker die Sorge um die Qualität des öffentlichen Dienstes. Seine Argumente sind stichhaltig. Denn bei aller Hochschätzung des Faktors Arbeitsplatzsicherheit droht die Leistungsbereitschaft der Staatsdiener abzusinken, wenn sich nicht bald bessere Karrierechancen für die Beamten bieten. Es sind nicht die gesenkten Eingangsbezüge allein, die Unbehagen hervorrufen. Vor allem der „Beförderungsstau“ führt dazu, daß hochqualifizierte junge Menschen mit der Entscheidung zögern, ob sie Sicherheit vor Aufstieg setzen sollen.

Leistung muß sich wieder lohnen, das gilt auch für den öffentlichen Dienst. Natürlich kann niemand, auch nicht der Beamtenbund, rasche Lösungen erwarten. In dieser Legislaturperiode des Bundestags wird gesetzgeberisch sicherlich nichts mehr bewegt werden. Trotz des Vorwahlkampfes sollten die Politiker das Problem nicht auf die lange Bank schieben.

Reagan hält sich militärische Option offen

DW. Washington

US-Präsident Reagan hat sich nach Informationen aus Washington entschlossen, Wirtschaftssanktionen gegen Libyen zu verhängen. Wie aus Regierungskreisen verlautete, will sich Reagan allerdings „die militärische Option“ offenhalten. Außerdem wolle sich die amerikanische Regierung darum bemühen, die europäischen Verbündeten dazu zu bewegen, sich bei den Sanktionen gegen Libyen anzuschließen. Eine der Maßnahmen sollte sein, libyschen Flugzeugen das Landerecht in westeuropäischen Ländern zu verweigern.

US-Verteidigungsminister Weinberger hat sich unterdessen dafür ausgesprochen, auf die passende Gelegenheit für eine Antwort an das Regime Khadafi zu warten, dem die Unterstützung des internationalen Terrorismus vorgeworfen wird. Die Reaktion auf Terrorakte müsse wohl überlegt sein.

Seite 2: Der verdächtige Krieg

Haben Generale in Afghanistan Sowjets verraten?

DW. Islamabad

Offiziere der afghanischen Armee arbeiten offenbar eng mit den Widerstandskämpfern im Land zusammen. Darauf weist die Meldung westlicher Diplomaten hin, wonach in der Hauptstadt Kabul mindestens vier afghanische Generale wegen Verrats festgenommen worden sein sollen. Die Diplomaten teilten gestern in Islamabad mit, den verhafteten Armeeoffizieren werde vorgeworfen, Informationen über sowjetische Truppenbewegungen an die Rebellenkommandeure Ahmad Schah Masoud weitergegeben zu haben. Den Generalen droht die Hinrichtung.

Die sowjetischen Besatzer in Afghanistan hätten auf die Verhaftungen, die bereits am 5. Dezember vorgenommen worden seien, sofort reagiert. Seitdem dürfe kein Afghane mehr als vier Stunden im Voraus über Truppenaktivitäten der Sowjets informiert werden.

Sanktionen „kein geeignetes Mittel“

DW. Bonn

Die Erwartung der Vereinigten Staaten, daß sich die europäischen Verbündeten und andere Länder an Wirtschaftssanktionen gegen Libyen beteiligen werden, stößt vorwiegend auf Ablehnung. Bei einer Umfrage der Deutschen Presseagentur (dpa) erklärten die Regierungen in Europa fast einhellig, solche Maßnahmen seien nicht geeignet, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen. Der Bonner Regierungssprecher Norbert Schäfer antwortete auf die entsprechende Frage, Wirtschaftssanktionen seien „kein geeignetes Instrument“. In Rom hieß es, die Regierung sei gegen Sanktionen, zumindest solange, bis nicht eindeutige Beweise für die Unterstützung des Terrorismus durch Libyen vorlägen.

Washington baut „Patriot“ für die Raketenabwehr um

Luftverteidigungssystem soll SS-21 und SS-23 zerstören

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Die Vereinigten Staaten sind dabei, dem neuen Luftabwehrsystem „Patriot“, das in großer Stückzahl auch in der Bundeswehr eingeführt wird, durch technische Verbesserungen die Fähigkeit zu geben, in einer Anti-Raketenversion (ABM) Kurzstreckenraketen wie die sowjetische SS-21 und SS-23 abzuschießen. Die Arbeiten an der Systemverbesserung sind bereits fortgeschritten.

Damit würde in Europa erstmalig die Möglichkeit geschaffen, der Bedrohung von NATO-Territorium durch sowjetische Raketen mit rund 600 Kilometer Reichweite eine Verteidigung entgegenzustellen. Die „Patriot“ ist ein konventionelles Raketenabwehrsystem und soll dies auch bleiben. Bei den Luftverteidigungsverbänden der amerikanischen Heeres in der Bundesrepublik ist die „Patriot“ zum Teil bereits stationiert. Bei der Bundeswehr erhält die Luftwaffe „Patriot“.

In der amerikanischen Armee werden derzeit Studien zu einer zweiten Kampfversteigerung der „Patriot“

vorgenommen. Das Ziel soll es sein, die „Patriot“ in eine Abwehrakete gegen die sowjetische SS-22 zu verwandeln, eine ballistische Rakete, die etwa 1000 Kilometer Reichweite hat. Mit der SS-22 könnte aus dem Westen der Sowjetunion ein Atomangriff gegen die Bundesrepublik geführt werden. Die Verbesserung soll die Möglichkeit schaffen, sowjetische Marschflugkörper der neuesten Generationen abzuschießen.

Nach dem ABM-Vertrag von 1972 zur Begrenzung der Raketenabwehr wäre es vertragswidrig, ein Luftabwehrsystem in ein strategisches Raketenabwehrsystem zu verwandeln. Die Verbesserung der „Patriot“ würde nur der Abwehr taktischer Raketen dienen. Dies entspricht der sowjetischen Interpretation, die als strategische Waffen nur solche ansieht, die das Territorium der anderen Supermacht erreichen. Eine Raketenabwehr gegen die SS-21 und SS-23, so wie die SS-22 verstößt nach NATO-Ansicht mithin nicht gegen den ABM-Vertrag. (SAD)

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wie man SDI umgeht

Von Bernt Conrad

Bundeswirtschaftsminister Bangemann fliegt am Freitag nach Washington – aber nicht etwa, um schleunigst ein SDI-Rahmenabkommen nach britischem Muster abzuschließen, sondern um ein solches Abkommen durch einen weitgespannten Verhandlungskatalog hinauszuzögern. Genau darauf nämlich läuft sein vom Bundeskabinett abgesegnetes Vorhaben hinaus, zunächst eine „Regenschirm-Vereinbarung“ über einen verbesserten Technologietransfer auszuhandeln und anschließend ein breites Spektrum von Fragen, darunter auch das als „Unterthema“ eingestufte SDI-Forschungsprogramm, zu erörtern.

Für SDI sind das amerikanische Verteidigungsministerium und das ihm zugeordnete SDI-Office zuständig. Bangemann aber wird erst einmal mit dem von SDI weit entfernten Handelsministerium über Allgemeines konferieren. Das wird Zeit erfordern. Inzwischen kann es passieren, daß die für deutsche Firmen interessanten SDI-Aufträge anderswohin gehen.

Wo bleibt da das deutsche Ziel, auf die neue sicherheitspolitische Entwicklung durch Teilnahme Einfluß zu nehmen? Der Bundeskanzler hatte diese Perspektive einen Tag vor der Kabinettsentscheidung Mitte Dezember noch einmal ausdrücklich unterstrichen. Doch dann segnete er – trotz der Warnung seines Verteidigungsministers – den vor allem von Außenminister Genscher favorisierten Verzögerungsplan der FDP ab, dessen Umriss allmählich deutlicher werden.

Möglicherweise wird es nun überhaupt nicht zu einer SDI-Vereinbarung kommen, sondern nur zu generellen Abmachungen, die dann nachträglich als „SDI-gerecht“ verkauft werden sollen. Und dies, obwohl maßgebliche Vertreter beider Unionsparteien unmißverständlich Rahmenabkommen über eine SDI-Beteiligung deutscher Firmen gefordert haben. Offensichtlich wackelt in der Bonner Koalition in einer entscheidenden Frage der Schwanz mit dem Hund.

Die einzige Hoffnung – und das ist wirklich beschämend – besteht jetzt darin, daß die Amerikaner Bangemann zu verstehen geben, sie wollten nicht über tausend Transferprobleme, sondern über eine SDI-Vereinbarung verhandeln.

Besuch in Hanoi

Von Werner Thomas

Zum ersten Mal seit dem Ende des Vietnamkonfliktes vor fast elf Jahren besuchte eine hochrangige amerikanische Regierungsdelegation Hanoi. Die Zeit heilt Wunden. Diplomatische Beziehungen stehen jedoch nicht zur Debatte.

Das ging schon daraus hervor, daß ein Unterstaatssekretär des Verteidigungsministeriums die Delegation leitete, Richard L. Armitage, und nicht der Vertreter des State Department. Die Gäste aus Washington wollten das Schicksal von 1797 vermissten amerikanischen Soldaten klären, nach wie vor ein bewegendes Problem in den USA.

Hanoi hatte jahrelang jede Kooperation verweigert. Dieses Kapitel sei abgeschlossen, hieß es. Es könnten keine Vermissten mehr gefunden werden, weder tot noch lebendig. Gerüchte, wonach die vietnamesischen Kommunisten noch überlebende Amerikaner gefangenhielten, wurden selbst von der Reagan-Regierung bezweifelt.

Nun kommen jedoch andere Signale aus Hanoi. In den letzten einhalb Jahren sind plötzlich mehrfach Soldaten-Leichen entdeckt worden. Amerikanische Militärmaschinen flogen die Gefallenen zurück in die Heimat.

Der Wunsch nach diplomatischen Beziehungen geht von Vietnam aus. Die marxistischen Machthaber versprechen sich davon wirtschaftliche Vorteile. Vietnam zählt heute zu den Armenhäusern Asiens, trotz der wachsenden sowjetischen Hilfe, die mittlerweile eine Milliarde Dollar im Jahr erreicht. Das System macht's möglich.

Washington verspürt allerdings keine Eile, solange Vietnam als Besatzungsmacht in Erscheinung tritt. 140 000 vietnamesische Soldaten okkupieren Kambodscha. Auch die demokratische Opposition im Kongreß unterstützt diese Haltung. Delegationsleiter Armitage stellte noch einmal klar: „Wir normalisieren erst, wenn diese Probleme gelöst sind.“

Kann sein, daß einmal ein amerikanisches Verbindungsbüro ohne diplomatischen Status errichtet wird, das sich auf die Klärung der Vermissschicksale konzentriert. Mehr ist von diesem Besuch kaum zu erwarten.

Wo die Köpfe rauchen

Von Joachim Neander

Für viele der neuen Aktivitäten gegen das Rauchen gilt: So läßt sich vielleicht die Absicht, so falsch die Methode. Dem Zeitgeist willig hinterhertrötend, hat man sich nämlich die böse Zigarettenindustrie als Hauptfeind erwählt – etwa nach der Philosophie: Gelänge es erst, den übermächtigen Konzernen die Werbung oder gar die Herstellung zu verbieten, gäbe es auf einen Schlag nur noch Nichtraucher.

Nur selten läßt sich eine derartige Klein-Moritz-Verwechslung von Ursache und Wirkung so leicht entlarven wie hier. Gleich nach dem Krieg gab es eine Zigarettenindustrie bekanntlich nur noch in Rudimenten. Werbung hätte das kippensammelnde Volk sich als Verhöhnung verboten. Womit hätte man auch werben sollen?

Rauchen hatte wenig Faszinierendes. Es war sündhaft teuer und eigentlich unverantwortlich gegenüber anderen Erfordernissen. Es war unendlich mühsam in der Beschaffung, teilweise – nimmt man bestimmte Begleiterscheinungen – sogar widerwärtig und erniedrigend.

Eigentlich hätte sich in dieser Zeit der Anteil der Raucher an der Bevölkerung rapide verringern müssen. Aber mitnichten. Zur Not sog man in der Pfeife den Zigarrenstummel eines Wildfremden oder drehte sich gar Steckrübenblätter in Zeitungspapier. Kaum jemand erwog auch nur, sich das Rauchen abzugewöhnen. Und Jugendliche verfielen gerade damals diesem Laster in Scharen. Warum? Ein unerforschtes Kapitel menschlichen Verhaltens.

Die große Nichtraucherbewegung begann jedenfalls erst, als es wieder beliebig viel zu rauchen gab, und auch die Werbung wieder angefallen war. Das ist durchaus folgerichtig. Der sicherste Weg zum Nichtraucher ist und bleibt der freie Entschluß, auf etwas jederzeit Erreichbares zu verzichten. Wer den Millionen Rauchern einredet, sie seien nur gedankenlose Opfer der gigantischen Werbung, verbaut ihnen diesen Weg. Eigentlich müßte die Zigarettenindustrie diesen ihren unfreiwilligen Helfern Prämien zahlen – Prämien der Dummheit.



Frankenstein: Dörings Posse

KLAUS SCHÖLE

Die peinliche Einladung

Von Herbert Kremp

Die erste Pressekonferenz des amerikanischen Präsidenten im neuen Jahr galt dem Thema Terrorismus. Läßt dies eine Voraussage für 1986 zu?

Ronald Reagan forderte die zivilisierten Staaten auf, durch wirtschaftliche und politische Sanktionen den Bewegungsspielraum des libyschen Diktators Khadaffi einzuzengen. Das Ziel der Isolation besteht nicht in der Ächtung, sondern in der Lähmung. Sie betrifft notwendigerweise den Staat Libyen, von dem nicht einfach internationaler Terrorismus ausgeht, wie etwa von anarchischen Libanon.

Khadaffi betreibt Terrorismus als Staatspolitik. Ähnlich wie im Falle des Iran und (wahrscheinlich) Syriens richtet sich die Speerspitze gegen Israel und die USA als Schutzmacht. Der Kampf jedoch wird international, zu Lande, zu Wasser und in der Luft geführt. Für Ziele und Methoden des Staatsterrorismus gibt es daher nur eine Definition: Krieg.

Auch die erste bedeutende sowjetische Pressekonferenz im neuen Jahr galt dem Thema Terrorismus. Der Sprecher des Außenministeriums, Lomjko, stellte sich hinter Khadaffi und bezichtigte die USA eines „neuen Globalismus“.

Um nicht in die Nähe des (generell auch von der Sowjetunion verurteilten) Terrorismus zu geraten, bezeichnete der Sprecher alle Vorwürfe gegen Libyen als Erfindungen. Sie zielten nur darauf ab, Aktionen gegen ideologische mißliebige Länder zu rechtfertigen. Antriebe des amerikanischen Handels seien im übrigen antisowjetische Motive. Mit diesem Hinweis ordnete der (untergeordnete) sowjetische Sprecher den Fall Libyen in den Ost-West-Konflikt ein. Eine Zusammenarbeit mit Washington gegen den Terrorismus lehnt Moskau ab, weil die Grundlage fehle. Das ist seit dem Gipfel in Genf, wo man sich über Regionalkonflikte unterhielt, das erste klare Wort: Die Sowjetunion bezieht in der Frage der Terrorismus-Bekämpfung Position gegen die USA. Dies wird die Beziehungen zwischen den Weltmächten insgesamt berühren.

Eine unentschiedene Position beziehen die Europäer, deren Länder der Staatsterrorismus als Taktik bevorzugt. Die wichtigsten Verbündeten der USA verwerfen Sanktionen gegen Libyen, was Lomjko zu einer positiven Randbemerkung über die Bundesrepublik veranlaßte. Dabei dient der grundsätzliche Zweifel an der Wirkung von Sanktionen als Vorwand für den Schutz von konkreten Handelsinteressen. Sie werden als übergeordneter Wert begriffen, wenn auch nicht formuliert. Gleichzeitig rät man Washington von militärischen Maßnahmen ab.

Die Aufforderung des amerikanischen Präsidenten, an der Eingrenzung des Staatsterrorismus Khadaffi mitzuwirken, wird in der alten Welt als unangenehm und ungünstig empfunden. Man kann darüber allerdings nicht einfach hinweggehen, sagt daher eine „Prüfung“ der peinlichen Einladung zu, läßt aber über bestellte Herolde der administrativen und parlamentarischen Substruktur verbreiten, daß die ganze Chose doch nur den viel dringlicheren Abrüstungs-Dialog behindere. Mit einem Wort: Die Europäer verdrängen die Tatsache und den Ernst des staatsterroristischen Krieges. Sie geben einfach nicht hin, was diesem allerdings nicht daran hindert, zu ihnen zu kommen.

In der Unfähigkeit, die Gegenwart zu bewältigen, sind viele Abwärtstendenzen zu beobachten. Es fehlt am Mut zum klaren Begriff.

Der Terrorismus in der Regie von Staaten ist eine moderne, mit den Mitteln der Technik, der Kommunikation und unter Ausnutzung liberaler Verfassungen operierende Form des Krieges. Im Unterschied zu anderen Formen ist

merkung über die Bundesrepublik veranlaßt. Dabei dient der grundsätzliche Zweifel an der Wirkung von Sanktionen als Vorwand für den Schutz von konkreten Handelsinteressen. Sie werden als übergeordneter Wert begriffen, wenn auch nicht formuliert. Gleichzeitig rät man Washington von militärischen Maßnahmen ab.

Hochzivilisierte, offene Länder wie die westeuropäischen sind leichter angreifbar als geschlossene politische Systeme wie die kommunistischen. Die Medien wirken als psychologische Kriegsmittel. Der Angreifende stellt sie zur Verfügung. Terroristische Aktionen sind Fernsehtermine.

Kriegsziel ist die politische Kränkung mit der Folge der Destabilisierung oder Zerrüttung der Staaten- und Bündnisbeziehungen. Freikauf durch den Tribut des Wohlverhaltens (Neutralität) mag für begrenzte Zeit möglich sein, bleibt beim grundsätzlich totalitären Charakter der Kriegsführung ungeachtet. Der Krieg ist ungeheuer, er unterliegt keiner Konvention.

Zwischen Begriff und Wirklichkeit gibt es Unterschiede, doch hat das Pferd immer etwas mit der Pferdheit zu tun. Als Trittbrettfahrer der modernen Zivilisation operiert der Staatsterrorismus global. Er kennt auch keine waffentechnologischen Grenzen, weil er, sofern religiös oder ideologisch fanatisiert, Vernichtung als Wert begreift. Das verleiht der Fähigkeit zur Raketenabwehr einen neuen, zwangsläufig auch die Sowjetunion interessierenden Aspekt. Wahrscheinlicher allerdings ist der Griff zu chemischen und biologischen Kampfmitteln.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

Die (sich entwickelnde) Kriegsführung führt zu dem logischen Schluß, daß der Staatsterrorist nur im eigenen Souveränitätsbereich wirksam bekämpft und getroffen werden kann. Ohne Intervention ist das nicht möglich. Sanktionen helfen nur dann, wenn sie buchstäblich zu Zusammenbrüchen führen. Aber auch für die Logik gilt, daß die Politik ihr nicht unbedingt entsprechen kann oder soll. Sie vermag sich dennoch nicht von ihr lösen. Zunächst ist es entscheidend, daß eine neue Herausforderung, wie der terroristische Krieg, in seinem Charakter und seiner Konsequenz erkannt und durchdringt wird; nur dann ist Antwort möglich. In diesem Sinne leisten die USA Aufklärungsarbeit.

IM GESPRÄCH Branko Mikulic

Der harte Dogmatiker

Von Carl Gustaf Ströhm

Noch ist es offiziell nicht beschlossen, und dennoch steht der Name des neuen Mannes, der in wenigen Wochen das Amt übernehmen wird, so gut wie fest: Branko Mikulic wird die Nachfolge von Frau Milka Planinc als Chef der Bundesregierung Jugoslawiens antreten.

Der 1928 geborene Kroate aus Bosnien gilt als Vertreter eines harten, manche sagen sogar dogmatischen Führungsstils der jugoslawischen KP. Insofern dürfte der Wechsel von Frau Planinc zu Mikulic im jugoslawischen Ministerpräsidium mehr als bloße Formalität und Routine sein. Seine Vorgängerin – gleichfalls Kroatin, aber aus der Republik Kroatien stammend – hatte zwar ebenfalls kein liberales Profil, galt aber als föderalistisch und eher pragmatisch. Daß sie mit den schweren Wirtschaftsproblemen des Landes nicht fertig wurde, lag nicht an mangelnden Fähigkeiten, sondern an fehlenden Kompetenzen.

Politische Beobachter vermuten, daß mit dem Einzug von Mikulic in die Belgrader Regierung ein schärferes Klima sich ausbreiten wird. Mikulic, gegenwärtig noch Vertreter der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina im jugoslawischen Staatspräsidium, gehört dem Gremium gemeinsam mit dem aus Slowenien stammenden und über gute Verbindung zum Militär verfügenden Stane Dolanc, ferner dem ehemaligen Außenminister und jetzigen Repräsentanten Kroatiens, Josip Vrhovec, sowie dem ehemaligen Verteidigungsminister und jetzigen Repräsentanten Serbiens, General Nikola Ljubice, zu den Anhängern einer härteren Gangart, manche sagen sogar einer Politik der harten Hand in Jugoslawien.

In „seiner“ Teilrepublik Bosnien-Herzegowina ist Mikulic der wohl einflußreichste politische Funktionär. Er hat dort nicht nur die Olympischen Winterspiele von Sarajevo 1983 erfolgreich organisiert, sondern in Bosnien ein derart liberales Klima geschaffen, daß kritische Intellektuelle und Universitätslehrer aus Sarajevo nach Belgrad „emigrierten“, im Verhältnis zu Bosnien gilt Serbien als geradezu liberal. Der einstige Absolvent der Wirtschaftshochschule Zagreb hat sich vom Vorsitzenden des Gemeinderats von Sarajevo über den Posten eines Ministerpräsidenten der Landesregierung bis in die höchsten Ränge der KP vorgearbeitet. In der kroatischen Krise 1971 – als die KP-Führung in Zagreb eine kroatisch-nationale „Massenbewegung“ organisierte – gewann er Titos Vertrauen. Mikulic nahm damals im bosnischen Städtchen Bugojno an den vertraulichen Besprechungen mit Tito teil, die dann zum Gegenschlag und zur Absetzung der kroatischen Nationalkomunisten führten. Nach diesem Loyalitätsbeweis ging der Stern des bosnischen Kroaten am politischen Himmel Jugoslawiens erst richtig auf.



Jugoslawiens designierter Ministerpräsident: Mikulic FOTO: DPA

Als Vertreter Bosniens und der Herzegowina – der jugoslawischen Teilrepublik mit der komplizierten nationalen und religiösen Struktur, mit einer Bevölkerung aus christlich-orthodoxen Serben, katholischen Kroaten und einer Mehrheit bosnischer Moslems, also mit dem Islam im eigenen Land – ist Mikulic schon deshalb Vertreter einer harten Politik, weil er meint, seine Republik nur so zusammenhalten zu können. Das soll nun für das ganze Land laugen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Presse

Zur Lage in Libanon nach dem Abkommen von Teheran schreibt die Wiener Zeitung:

Besonders enttäuscht sind die von Khomeini inspirierten schiitischen Extremisten, die aus Libanon einen Gottesstaat à la Iran machen wollen. Dieser islamische Traum ist vorerst ausgeträumt – und dennoch wird der „neue Libanon“ auch in seiner religiösen Dimension völlig verändert sein. War das Land bisher die letzte Bastion der größten christlichen Gemeinschaft im Nahen Osten, so wird es sich auf lange Sicht zu einem durch und durch arabisch-moslemischen Staat entwickeln. Ob dies die Christen hinnehmen werden, die den Großteil der Wirtschaft in Händen haben und die eher geringes Interesse auf die Moslems herabsehen, ist mehr als fraglich.

Le Monde

Die Fortsetzung der Krise ist nicht daran, daß die USA ihre Drohungen gegen Libyen in die Tat umsetzen werden.

Die Vereinigten Staaten sind bestrebt, ihre Meinung wird von einer Anzahl arabischer Staaten geteilt, aus Oberst Khadaffi keinen „Martyrer“ zu machen. Eine Militäraktion würde die Legende vom „Mann der Verweigerung“ nur noch erhärten. Libyen ist schließlich auch nicht Grenade: Das Land verfügt über bemerkenswerte militärische Einrichtungen und die Fähigkeit von mehreren tausend Beratern aus dem Ostblock. Deren Präsenz beschwört das Risiko einer Eskalation im Falle eines Konflikts herauf.

Schließlich werfen die rund 1500 amerikanischen Staatsbürger, die in Libyen für private Unternehmen arbeiten, ein Problem auf, selbst wenn sie gegen den Willen ihrer Regierung dort sind.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Zum Besuch einer hochrangigen amerikanischen Delegation in Hanoi heißt es hier:

Für Vietnam, das eine schwere wirtschaftliche Krise bewältigen muß, seit seiner Intervention in Kambodscha Ende 1978 aber auch nach internationalem Ansehen heischt, bedeutet die Wiederaufnahme des Dialogs mit Washington sowohl die erwünschte Öffnung als auch das Mittel, um seine Abhängigkeit vom „großen sowjetischen Bruder“ zu verringern. Was Washington betrifft, so ist die in Hanoi gestartete diplomatische Offensive in die seit zehn Jahren laufenden Bemühungen einzutauchen, in dieser Region wieder aufzutauchen und zu versuchen, zum Einfluß der UdSSR ein Gegengewicht zu bilden.



Das Massenblatt meint zum Wahlkampf: Von „Schweineereien“, von „Frankenstein“, sogar von „Säuen“ ist die Rede – der Wahlkampf hat begonnen. Wird auf der politischen Bühne in Bonn jetzt zwölf Monate lang geholt? Die Versuchung ist groß. Echte Krisen gibt es nicht; ernste Koalitionskonflikte auch nicht, die Konjunktur läuft gut – da müssen sich die Partei-Manager Themen ausdenken, über die geredet wird. Aber grobe Worte sind kein überzeugendes Programm.

Klassenpflicht und Havarie-Fenster 1986

Die wirtschaftliche Verflechtung „DDR“-UdSSR wird noch enger / Von Dieter Fuchs

Zum Jahreswechsel fand Erich Honecker neue Worte für eine alte Parole. Früher predigte die Partei, „von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“. Jetzt meinte der SED-Generalsekretär, vor allem die Zusammenarbeit mit der UdSSR sei eine „entscheidende Garantie“ dafür, daß „wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen“ erreicht werden.

Damit dies gelingt, verlangt der „DDR“-Plan für 1986, die „Verflechtungen beider Volkswirtschaften“ zu verstärken. Es sollen nicht einfach mehr, sondern vor allem höherwertige Erzeugnisse gehandelt werden. Das ist auch ein Hauptmerkmal des Handelsabkommens für 1986 bis 1990.

Seit Jahren bemühen sich beide Staaten, unter anderem mit Hilfe von etwa zweihundert Regierungsabkommen, die arbeitsteilige Kooperation zwischen ihren Industrien auszuweiten. 1970 entfiel laut „DDR“-Statistik erst ein Prozent der Lieferungen in die UdSSR auf spezialisierte Waren, 1984 kam man bereits auf 49 Prozent.

Als Beispiel für die Zusammenarbeit erwähnte der Generaldirektor des VEB Kombinate Schienenfahrzeugbau, Detlef Jank, daß neue, für die UdSSR konstruierte Weitstreifen-Personenwagen ein von den Waggonwerken Ammendorf und Kalinin „gemeinsam“ entwickeltes „Havarie-Fenster“ erhalten, das im Notfall ein schnelles Aussteigen ermöglicht.

Eine solche Chance zu baldigem Aussteigen bietet sich der „DDR“-Regierung im Sowjetland nicht. Ihre Kombinate helfen nämlich bei der Modernisierung und Erweiterung der sowjetischen Industrie umgekehrt der Fall ist. Rund 67 Prozent aller „DDR“-Exporte in die UdSSR, aber nur elf Prozent der Importe von dort bestanden 1984 aus Investitionsgütern, wie auf dem 11. Symposium der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen mitgeteilt wurde.

Moskau bezugsunfähig sind so umfangreich, daß große Teile der volkseigenen Industrie über-

wiegend für die Sowjets arbeiten. Dazu gehören der Schiffs- und der Waggonbau. Für die an Rohstoffen arme „DDR“ sind solche besonders materialintensiven Produkte nicht die günstigsten Exportartikel.

Vorteilhafter könnte der Export von Werkzeugmaschinen oder Elektronik sein. Aber hier nimmt die UdSSR große Mengen ab, die die „DDR“ gern an westliche Firmen verkaufen würde – oder auch gern behalten würde, weil sie ihren eigenen Bedarf nicht vollständig zu decken vermag. Jede zweite Werkzeugmaschine wird in die UdSSR exportiert („National-Zeitung“); mehr als die Hälfte der vom Kombinat Robotron hergestellten EDV-Anlagen mittlerer Leistung gehen denselben Weg („Berliner Zeitung“).

Das „Land Lenins“ (Honecker) schickt vor allem Rohstoffe. Die größte Rolle spielt das Erdöl. 1984 benötigte die „DDR“ gut 40 Prozent des Erdöls aus ihren Exporten in die UdSSR allein zur Beheizung des flüssigen Goldes. Stattlich wirken die neu vereinbarten Men-

gen, doch sind sie für fünf Jahre bestimmt. Die „DDR“ bezieht unter anderem (in Millionen Tonnen): Erdöl: 85, Steinkohle: 21, Eisenerz: fast neun, Walzstahl: 16, Rohreisen: knapp fünf und etwa 35 Milliarden Kubikmeter Erdgas.

Noch imponierender klingen einige Gegenlieferungen in die UdSSR (in Milliarden Valuta-Mark): Werkzeugmaschinen: 15, Schiffe: fast 13, Landmaschinen: gut elf, Waggonen: sieben, Elektrotechnik und Chemanlagen: je fünf sowie Mikroelektronik: vier (letzteres gegen sieben aus der UdSSR).

Wichtig ist, daß die „DDR“ viele neu zu entwickelnde Erzeugnisse zu liefern hat. Sie müssen von „höchsten technischen Niveau“ sein, mahnte Staatssekretär Gerhard Beil vom Außenhandelsministerium unter Hinweis auf „Verpflichtungen“, die „unsere Partei in Moskau eingegangen ist“.

Viele Einwohner der „DDR“ halten das Geschäft mit der Sowjetunion (oft in Erinnerung an die Reparationen) für unvorteilhaft. Dem Kreml kann es nicht leicht

gefallen sein, der materiell besser gestellten „DDR“ mehr Waren zu liefern, als man von dort erhält (seit 1975 für gut 16 Milliarden Valuta-Mark). Vermutlich muß die „DDR“ nun diesen Defizitberg abtragen.

Der Umsatz soll in der Zeitperiode von 1986 bis 1990 über 380 Milliarden Mark betragen (28 Prozent mehr als in der Zeit von 1981 bis 1985). Dies sei „in der Welt ohne Beispiel“, freute sich das Politbüro. Dafür genügt es, den Sowjethandel im Jahresdurchschnitt um drei Prozent zu vergrößern (1984: plus zehn Prozent). Der auf 39 Prozent gestiegene Anteil der UdSSR am „DDR“-Außenhandel dürfte wohl etwas schrumpfen, falls der Plan nicht wie früher überboten wird.

Honecker versprach, die „DDR“-Industrie „noch stärker auf den Bedarf der UdSSR“ zu orientieren. Diese Ausrichtung sei mit „großen Anstrengungen“ verbunden, räumte die „Junge Welt“ der FDJ ein. Aber: „Vor allem werden wir damit unserer Klassenpflicht gegenüber der Hauptmacht des Sozialismus gerecht“.

Abschied von Wackerland, beinahe sanft und mit Musik

Als gestern die Polizei das Hüttendorf der Kernkraftgegner im Taxöidener Forst räumte, war auf beiden Seiten scheinbar die gleiche Parole ausgegeben worden: Seid nett zueinander. Doch zur Idylle reichte es noch nicht ganz.

Von DETLEV AHLERS

Auf der Plattform über dem Gemeinschaftshaus blies ein Trompeten-Muß i' denn zum Städtle hinaus - dann wurde er von einem Polizei-Einsatzkommando abgeseilt. Die Räumung des Hüttendorfes auf dem Gelände der geplanten atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) bei Wackerdorf verlief gestern weitgehend friedlich.

Schon vor Sonnenaufgang hörte man im Dorf die herannahenden Polizeiwagen. Gestern sollten die Räumungsarbeiten fortgesetzt werden, die Räumung konnte für die Platzbesetzer also keine Überraschung sein. Die „Autonomen“, jene oft gewalttätigen Protestler, die bei vielen Demonstrationen dabei sind, waren schon spätestens Montag nacht abgereist. Der Polizeipräsident von Niederbayern und Oberpfalz, Hermann Friker, leitete den Einsatz der 2000 Polizisten. Er sagte der WELT: „Die Bürgerinitiativen aus der Umgebung haben sich mit ihrem Vorhaben, nur gewaltfrei Widerstand zu leisten, durchgesetzt.“

Die Polizei schloß einen Kreis um das Dorf mit den 50 Holzhütten. Die etwa 1000 Leute auf dem Platz wurden mehrfach aufgefordert, die „aufgelöste Versammlung“ zu verlassen, weil sie sonst festgenommen und wegen Nötigung, nämlich Behinderung der Räumungsarbeiten, angezeigt würden. 250 folgten dieser Aufforderung und gingen freiwillig, die anderen - unter ihnen acht Bundestagsabgeordnete der Grünen - bildeten Ketten vor den Polizisten oder betrachteten das Spektakel von den langsam verlöschenden Lagerfeuern aus.

Stundenlang standen sich so die WAA-Gegner und die Polizisten „Aug' in Aug' gegenüber. Dabei gab es viele Unterhaltungen, wobei beiderseits ein lockerer, meist freundlicher Ton zu hören war. „Bei uns in Baden-Württemberg sind von 200 Lehramtsbewerbern nur vier genommen worden“, klagte ein Lehrer auf der einen Seite, der bayerische Polizist ihm gegenüber nannte ähnliche Zahlen aus seiner Dienststelle. Die ehemalige Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete der Grünen, Thea Bock, wurde von einem Polizisten als „Terroristin“ angeklagt, weil sie einen Fuchsfell-Mantel trug.

„Hoffentlich habt ihr keinen Hunger“, meinte ein Polizeioffizier zu den Demonstranten, als ein Fahrzeug mit der Mittagsverpflegung der Beamten anrollte. An vielen Stellen hatten sich beide Seiten geeinigt, „sanft“ miteinander umzugehen. Die WAA-Gegner skandierten hinterher den Wunsch: „Dienstags frei für die Polizei“ und forderten die Grenzschutzbeamten auf, die Dorfgrenze der „Freien Republik Wackerland“, wie sie ihr Protestdorf nannten, zu schützen.

Es gab aber auch haßerfüllte Sprechhöre auf Demonstrationen, zum Beispiel „SS - SA - SEK“ (Sonder-Einsatzkommando), oder „Bullen - Mörder“, aber sie fanden in der Masse kaum Unterstützung und verstummten schnell.

Langsam schlossen die Polizeireihen den Kreis enger, wobei sie die



Welche Fronten im Hüttendorf: Zwischen Polizei und Besetzern entspann sich manch ein Plausch

FOTO: AP

Demonstrantenketten zum Teil gewaltsam zurückdrängen; bis zum Mittag war jedoch nur einmal ein Schlagstock eingesetzt worden. Die Hütten, die die Polizisten „eroberten“, rissen sie sofort ein. Große Schwierigkeiten bereitete nur ein 15 Meter hohes Baumhaus. Zweimal versuchten Hubschrauber vergeblich, SEK-Besatzern dorthin abzulassen. In der Nähe des Holzkreuzes hielt derweil ein Religionslehrer aus Regensburg einen Feldgottesdienst ab, für den ihm ein Polizist sein Megaphon lieh. Gesungen wurde vor allem „We shall overcome“. Daneben feierten es die Platzbesetzer lautstark als Erfolg, kurzfristig das Klo „zurückerobern“ zu haben. Ein Demonstrant hatte zuvor direkt vor den Polizisten seine Notdurft verrichtet.

Der Schwandorfer Landrat Hans Schürer (SPD) wurde von den Demonstranten lautstark gefeiert, als er mit einem Besuch seine Solidarität zeigte. Dem Aufruf der Polizei, den Platz zu räumen, folgte er lange nicht. Von der WELT darauf angesprochen, ob er sich strafbar machen wolle, sagte er: „Ich gehe, wenn es an der Zeit ist.“ Festgenommen wurde er nicht, allerdings betete, wie er erzählte, ein Polizist seinen Hund auf ihn und ließ

ihn „bis auf 20 Zentimeter an die Gurgel heran“. Zwei WAA-Gegner wurden von den Demonstrations-Sanitärern wegen Hundebissen verbunden. Einmal holten die alternativen Helfer auch die Polizei-Ärzte zu Hilfe, als ein Demonstrant in der Kette eine Kreislaufschwäche erlitt. Zwei Polizisten wurden bis zum Nachmittag verletzt, allerdings nicht von Demonstranten, sondern während der Abräumarbeiten.

Unter den WAA-Gegnern auf dem Platz, die im Laufe des Tages gruppenweise festgenommen und transportiert wurden, war etwa die Hälfte aus der Oberpfalz, darunter auch viele ältere Leute, während die Auswärtigen fast ausschließlich unter 30 Jahre alt waren. Einige hatten einen verärgerten Gesichtsausdruck und beschwerten die Polizisten: „Wir sind doch auch für eure Kinder hier!“ Insgesamt war die Stimmung jedoch eher fröhlich. Dazu trugen auch die „Biermösl-Blosen“, eine einheimische Gruppe, die mit Ziehharmonika, Trompete und Gitarre herumging. Hinterher intonierte sie: „Auf Wiedersehen, bleibt nicht zu lange fort“, als wieder eine Gruppe abgeführt wurde. Die Bürger aus der Umgebung wurden offenbar nach der

Feststellung der Personalien in Platznähe sofort wieder freigelassen, während die jungen auswärtigen Demonstranten in Sammelstellen gefahren wurden.

Polizeipräsident Friker sagte, einen Wiederaufbau des Dorfes, wie nach der ersten Räumung am 18. Dezember, werde er nicht zulassen. „Die Räumungsarbeiten werden jetzt auch am Wochenende fortgesetzt und der Platz wird laufend bewacht werden.“ Am Morgen, so berichtete er, seien einige Polizeiwagen über Kränenflüge gefahren und mit platten Reifen hingehalten. Von den Störkommandos, die sich am Vorabend aus dem Lager verabschiedet hatten, um die Polizei sowas aus dem Rücken zu provozieren, war offenbar sonst nichts zu merken.

Die Taktik der Besetzer, die im Planum abgesprochen wurde, war es, sich am Schluß um ein großes Holzkreuz zu versammeln, um den letzten Polizeieinsatz besonders symbolträchtig erscheinen zu lassen. Im Laufe des Nachmittags kam es dann häufiger zum Einsatz von Schlagstöcken, weil die Polizei nun dem Dorf möglichst schnell ein Ende bereiten wollte.

Sicherheit über alles: Der Vorstoß ins Minister-Auto

Bonn ist ein heißes Pflaster. Das gilt nicht gerade für das hauptstädtische Nachtleben, doch um so mehr für die Gefährdung der Sicherheit der Staatslenker. Nun bekommen auch die Fahrer der Regierungsvertreter einen schärferen Wind zu spüren.

Von WERNER KAHL

In Hof des Bundeskanzleramtes spielten sich in den letzten Tagen ungewöhnliche Szenen ab: Streifen des Bundesgrenzschutzes pflanzten sich plötzlich vor Fahrern von Dienstwagen der Ministerialbürokratie auf. Das Auto müsse durchsucht werden, erklärte der Vorgesetzte. Befehl des Kommandeurs.

Also, Kofferraum auf, Blick ins Handschuhfach, hinter die Sitze, unter den Wagen. Verdutzt sahen die Fahrer beim Durchsuchen der Staatskarossen zu. Hatte sich einer von ihnen verdächtig gemacht? Nein, kein konkreter Tatverdacht. Ein Befehl eben, künftig zur Abwehr möglicher Gefahren auch um Wagen des Regierungsfuhrparks keinen Bogen zu machen.

Bei den Sicherheits-Vorkehrungen gegen mögliche terroristische Anschläge im Regierungs- und Parli-

amentsviertel weilt seit einigen Tagen ein schärferer Wind - und schon schlug's manchem Bediensteten und Politiker auf die Galle. Bittere Klagen bekam deshalb der Kommandeur des Bundesgrenzschutz-Kommandos West, Ulrich Wegener, nach den Durchsuchungen zu hören.

Das Kommando West war am 1. Dezember 1975, wegen des besonders hohen Gefährdungsgrades der Verfassungsgüter und der Bundesministerien, errichtet worden. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens würdigte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) bei einem Appell im vergangenen Monat die Tätigkeit der etwa 4000 Mitarbeiter, darunter auch die der „GSG 9“.

Mit dem Entschluß, in die präventiven Sicherheits-Maßnahmen auch Dienstwagen einzubeziehen, war allerdings keine Vor-Warnung verbunden, wie man es bisher in der Bundeshauptstadt selbst vor Zugriffen der Spionageabwehr in Partei- und Regierungsbüros gewohnt war. Über die Gründe für die BGS-Aktion, auch die Dienstwagen in Augenschein zu nehmen, schwieg sich das Kommando aus, um nicht Einblicke in Erkenntnisse zu bieten, doch kann eigentlich diese Kontrolle nicht überraschen.

Vor Weihnachten war bekanntge-

worden, daß „Unbekannte“ offenbar ein Kennzeichen des Dienstwagens von Minister Jürgen Warnke, Ressort wirtschaftliche Zusammenarbeit, gefolgt hätten. Während der Minister auf den Chauffeur wartete, war dieser unter dem Verdacht, mit einem gefälschten Kennzeichen zu fahren, von der Polizei gestoppt worden. Früher hätten die Vorgesetzten die Streife angewiesen, bloß nicht noch einmal einen Wagen mit Ministerstander aufzuhalten. Doch beim Grenzschutzkommando West sieht man die Lage nicht für so entspannt an, daß Wagen der Ministerien und des Parlaments tabu sind. Indizien aus der links-extremistischen Szene bieten vielmehr nach Ansicht von Sicherheitsexperten Anlaß zu höchster Wachsamkeit.

„Wir müssen davon ausgehen, daß das neue Jahr brisanter als 1985 wird“, sagte Ulrich Wegener auf die Frage der WELT nach den Fahrzeugkontrollen. So stellt man sich darauf ein, daß sich Terroristen durchaus eines Chauffeurs bemächtigen oder erpressen könnten, um in das rund um die Uhr scharf bewachte Regierungszentrum zu gelangen.

Deshalb analysierten die Sicherheitsbehörden terroristische Pläne vergangener Jahre. Dazu gehörte die Ausspähung des Terrains vom Kanzleramt unter dem Codewort „Stall“ -

Die Uni denkt, die Agentur lenkt - der Betrieb blüht

In den letzten Jahren sind sie aus dem Boden geschossen: Agenturen für Technologie-Transfer, die zwischen Hochschulen und Unternehmen, besonders kleinen und mittleren, ein Scharnier bilden. Was in „Silicon Valley“ längst zum verkäuflichen Vorbild wurde - hierzulande nimmt es Gestalt an: die betriebliche Nutzung der Universitäten.

Von PETER PHILIPPS

Peter Glotz, damals Wissenschaftssenator in Berlin und neuen Ideen schon immer aufgeschlossen, gehörte Mitte der siebziger Jahre zu den politischen Gründern der Technologie-Transfer-Agenturen. Die Berufung an den Hochschule, der Abgang der sogenannten 68er-Generation erlaubten es allmählich wieder zu unverkrampften, weniger ideologisch belastetem Umgang zwischen Wirtschaft und Universität zu gelangen. Es war auch angesichts der Entwicklung der internationalen wirtschaftlichen Konkurrenz höchste Zeit, und Berlin sollte eine Vorreiterrolle spielen.

Die Idee einer Servicestelle, die den Zugang der Wirtschaft zum Potential der Hochschulen fördert, Schwellenängste der Praktiker abbaut und zugleich auch als eine Art Marketing-Agentur nach Interessenten für Forschungsvorhaben und -ergebnisse sucht, hat sich inzwischen grundsätzlich bewährt und Nachahmer gefunden. Durch die gesamte Bundesrepublik Deutschland zieht sich inzwischen ein wahres Netz derartiger Agenturen nach dem Motto: Laßt tausend „Silicon Valleys“ blühen.

Zu den jüngsten Neugründungen gehört der privatrechtliche Verein „Hamburger Institut für Technologie-Transfer“, der an die neue Technische Universität Hamburg angebunden ist und auch - „Silicon Valley“ läßt grünen - Existenzgründungen fördert. Doch der ehemalige Hamburger Wissenschaftssenator Hansjörg Sinn hat beschrieben, wie weit dies alles noch von einem Idealzustand entfernt ist, wie groß noch immer die Scheuklein- und mittlerer Unternehmer ist,

sich mit Hochschulen einzulassen: „Von 100 Denkanstößen stammen rund 95 aus der Technischen Universität, nur fünf sind von Unternehmen herangetragen. 20 von den 100 sind in ein Prüfstadium und 10 in ein Realisierungsstadium getreten.“ Walter Eversheim, Professor an der Technischen Hochschule Aachen, ergänzt: „Häufige Ursache für Nichtstatfinden von Transfer Hochschule-Wirtschaft sind beispielsweise zu wissenschaftliche Ausdrucksweisen bei der Dokumentation, der Not-invented-Here-Effekt und ähnliche Bedingungen.“

Dabei soll der Ablauf, simplifiziert, völlig problemlos sein: Ein mittelständischer Unternehmer fährt mit seinem Problem zur nächstgelegenen Hochschule, präsentiert die Frage der Transfer-Agentur und erhält wenig später von den fachlich zuständigen Forschern der Universität die Lösung. Dies gibt es zwar auch vereinzelt, doch - so Sinn - kommt es immer wieder zu derselben Schwierigkeit, daß Unternehmen und Forscher nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen: Die kleinen und mittleren Betriebe können ihre spezielle Fragestellung nicht verallgemeinern, aber an den Hochschulen ist man es gewohnt, nur allgemeine wissenschaftliche Probleme aufzugreifen und zu bearbeiten. Sinn: Gerade deshalb „gibt es natürlich gar keinen anderen Weg, als solche (Transfer-) Stellen einzurichten und zu fördern“, die Dolmetscherdienste leisten. Ein Teil der Schwierigkeiten wird inzwischen nicht nur durch beginnende Gewöhnung aneinander relativiert, sondern auch dadurch, daß etwa Problemstellungen als Promotionsarbeiten von den Professoren an Doktoranden weitergegeben und beaufsichtigt werden.

Jürgen Starnick, Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und bis vor wenigen Monaten Präsident der Technischen Universität Berlin, sieht in den Technologie-Transferstellen, ein Fenster zur Wirtschaft, das die Universitäten geschaffen hätten. „Von außen merkt man, daß die Universitäten ansprechbar ist.“ Dies will auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel nun vorantreiben und hat deshalb eine Expertenkommission untersuchen lassen, wie sich „das in

Hochschulen und Forschungseinrichtungen vorhandene technische Wissen und Können in Produktionsvorgänge umsetzen“ lasse. Daß der eine oder andere ASTA noch immer in den alten Kategorien denkt und über einen angeblichen „Ausverkauf der Wissenschaft“ klagt, ist heute nur noch eine Arabeske.

Zu denen, die - neben den Berlinern - über die größte und längste Erfahrung verfügen, gehören die Ruhr-Universität Bochum und die Technische Hochschule Aachen. Mit ihrer „unicontact“ geben die Bochumer beispielsweise auch auf Messen und organisieren Fachtagungen für die interessierte Industrie. Wolfgang Budach, Chef der Transferstelle, läßt darum keinen Zweifel daran, daß der Zufluß an Drittmitteln zur Ruhr-Universität (1984: 41 Millionen Mark) zu einem nicht geringen Teil auch den Aktivitäten von „unicontact“ zu verdanken ist. Und die Kunden sind, wie man hört, zufrieden.

Bei allen Technologie-Transfer-Aktivitäten stehen die Kammern der Wirtschaft zur Verfügung. Dies mag dazu beigetragen haben, daß sich die Horizonte allmählich erweitern und nicht nur in Hamburg-Harburg die Förderung des persönlichen Transfers, also die Gründung neuer Unternehmen vor allem durch Absolventen der nahegelegenen Hochschule, zu den Aufgaben hinzuwächst. Eversheim bringt dies auf die Formel: „Die Nachteile beim Technologie-Transfer werden alle kompensiert, wenn der Inventor die Ideen selbst mitnimmt in die Industrie, sie realisiert und in der Verwirklichung eine persönliche Motivation sieht. Inventor und Innovator sind identisch.“ Dies war schließlich auch das Rezept von „Silicon Valley“, wo sich in einem eng begrenzten Gebiet rings um die Universität Stanford bei San Francisco innerhalb von zwanzig Jahren mehrere hundert kleine und mittlere Firmen angesammelt haben, gewachsen aus dem Stanford Industrial Park.

Eversheim hat in Aachen begonnen, den Gedanken in die Praxis umgesetzt. Bereits einen ganzen Schritt weiter sind - wiederum neben den Berlinern - die Dortmunder, wo vor allem die Industrie- und Handelskammer die treibende Kraft für die Errichtung eines Gründerzentrums im Umfeld der Hochschule war. Hauptgeschäftsführer Aden berichtete kürzlich, daß aufgrund der Nachfrage eigentlich schon eine zweite Baustufe begonnen werden könne. Essen hingegen steht noch gänzlich am Anfang derartiger Aktivitäten: Mit einem Katalog hat man dort erst einmal ganz vorsichtig der interessierten Wirtschaft offeriert, was die Hochschule so zu bieten hat. Gemeinsam mit Kommune, Kammern und Stadtparkasse ist aber bereits der nächste Schritt geplant worden, ebenfalls ein „Technologie-Park“.

Eine weitere Ergänzung beim Technologie-Transfer wird dadurch versucht, daß vereinzelt ein personeller Austausch zwischen Unternehmen und Hochschulen begonnen worden ist: Der universitäre Theoretiker geht für eine begrenzte Zeit in die Praxis der Wirtschaft, der dortige Stelleninhaber wechselt für die gleiche Zeit an die Hochschule.

Doch an dieser Stelle beginnt auch wieder die Klage über Bürokratie und Politiker, die doch sonst jede ihrer Reden mit der Forderung nach Technologie-Förderung verziehen. Eversheim klagte auf dem vorletzten „Villa Hügel-Gespräch“ des Stifterverbandes: „Hier wurden in den letzten Jahren und werden zur Zeit Gesetze, Erlasse und Vorschriften von schmerzhaften Grenzen formuliert, die den Personalaustausch zwischen Hochschule und Wirtschaft sowie die Kooperation von Firmen mit Hochschulinstituten erschweren bzw. unmöglich machen.“



Wittert Gefahr: Ulrich Wegener, BGS-Kommandeur West

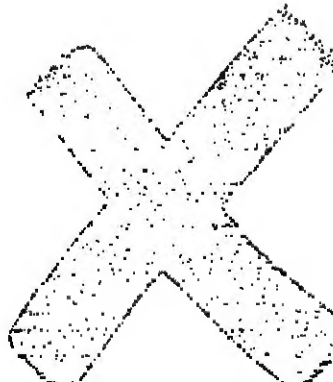
FOTO: JUPP DÄRCHINGER

In der Bader-Meinhof-Bande gab es schon im Spätherbst 1970 den Plan, sich des Bundeskanzlers, damals Willy Brandt, zu bemächtigen. So schlug Andreas Bader die Entführung Brandts bei einem von dessen Spaziergängen im Bonner Kotenfort vor; später, als Bader im Gefängnis Schwabmünchen war, forderte er Komplizen auf, sie sollten es mal im Wahlkampf mit der Geiselnahme von Abgeordneten während einer Wahlparty versuchen. Schließlich gelang der konkurrierenden „Bewegung 2. Juni“ 1975 wenige Tage vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus die Entführung des damaligen CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz und im Austausch gegen den Politiker die Freilassung inhaftierter Bandenmitglieder.

Das Bonner Regierungsviertel hat neuen Gesprächsstoff, wie Lücken im Sicherheitsnetz geschlossen werden können, ohne unter den Bediensteten Mißtrauen zu säen. Grotesk wirkte auch unter Fahrern ein Widerspruch gegen Durchsuchungen von Dienstwagen mit der Begründung, der Chauffeur habe Anspruch auf seine Privatsphäre und zu dieser gehöre bis zum Einsteigen des Ministers oder eines anderen Fahrgastes auch das Handschuhfach.

Weiter so:

Wir haben wieder Stabilität.



Der Preisanstieg ist gebremst. Deutlich unter zwei Prozent.

Davon haben alle etwas:

□ Arbeitnehmer □ Rentner □ Sparer.

Weil unsere Kosten so stabil sind, wie seit Jahren nicht.

Auch eine gemeinsame Leistung der Unternehmer und ihrer Mitarbeiter.

GESAMMETALL Die Arbeitgeber der Metallindustrie · Postfach 25 01 25 · 5000 Köln 1

Namibia: SPD-Anhänger gegen Linie der Partei

Auch Mehrheit der Protestanten lehnt Hilfe für die Swapo ab

BERNT CONRAD, Bonn
Die meisten Bürger der Bundesrepublik Deutschland, die sich ein Urteil zutrauen, lehnen eine Unterstützung der südwestafrikanischen Guerilla-Organisation Swapo durch Bonn und auch durch die Evangelische Kirche ab. Dies hat eine Meinungsumfrage des Emnid-Institutes ergeben.

Etwas gleich stark sind Befürworter und Gegner einer Unterstützung der gegenwärtigen Regierung in Namibia. Generell verneinen zwei Drittel der Westdeutschen eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die frühere deutsche Kolonie Südwestafrika. Von den Bonner Parteien wird der CDU/CSU am meisten Kompetenz zur Förderung der Unabhängigkeit Namibias zugesprochen. Dies meinen auch viele FDP-Anhänger.

Die im September 1985 veranstaltete und von Volker Stoltz, dem Leiter des Namibia Information Office in Bonn, ausgewertete Emnid-Umfrage gestattet zum erstenmal einen Einblick in die Ansichten der Deutschen zur Entwicklung im südwestlichen Afrika. Dabei wird klar, daß lediglich 53 Prozent der Befragten überhaupt etwas von Namibia gehört oder gelesen haben. Nur unter ihnen spielt sich deshalb die Meinungsbildung in dieser Frage ab.

Unumstritten ist unter den Urteilsfähigen der Wunsch nach völliger Unabhängigkeit Namibias. Weniger eindeutig sind die Meinungen darüber, ob die militante und marxistische ausgerichtete Swapo als „alleinige und authentische Vertreterin des namibischen Volkes“ betrachtet werden könne, wie dies von der UNO-Vollversammlung beschlossen wurde. Lediglich 17 Prozent der Befragten sagen ja, 18 Prozent nein.

Dieses Bild verschiebt sich erheblich ins Negative, wenn es um die Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Swapo geht. Denn eine Unterstützung der Organisation durch die Bundesregierung wird nur von 18 Prozent der

Westdeutschen bejaht, hingegen von 29 Prozent abgelehnt; 53 Prozent haben kein Urteil.

Anlaß zum Nachdenken bietet die Emnid-Umfrage besonders jenen Kräften in der Evangelischen Kirche, die sich für die Swapo engagieren. Denn 28 Prozent der protestantischen Kirchenmitglieder lehnen eine Swapo-Unterstützung durch die Kirche ab, nur 18 Prozent votieren dafür.

Die im vergangenen Sommer von schwarzen und weißen Politikern der internen Parteien gebildete namibische Übergangsregierung ist vom Bonner Auswärtigen Amt ebenso wie von den Regierungen der USA, Frankreichs, Großbritanniens und anderer westlicher Partnerstaaten als „null und nichtig“ bezeichnet worden. Dennoch treten 26 Prozent der Westdeutschen für eine Unterstützung dieser Regierung durch Bonn ein, 25 Prozent sind dagegen.

Hier nun zeigt sich ein bemerkenswertes Phänomen: Obwohl die SPD offiziell die namibische Übergangsregierung verurteilt, bejahen 29 Prozent ihrer Anhänger eine Unterstützung dieser Regierung, 23 Prozent lehnen sie ab. Das heißt: Die Namibia-Politik der SPD ist unter den eigenen Wählern umstritten.

Noch krasser äußert sich die Diskrepanz zwischen Parteilinie und Sympathisanten bei den Grünen: Nicht weniger als 35 Prozent der grünen Wähler plädieren für eine Unterstützung der von ihrer Partei scharf kritisierten Regierung in Windhoek, nur 25 Prozent folgen dem parteiamtlichen Ablehnungskurs.

Die Namibia-Umfrage bestätigt ferner eine bemerkenswerte Erscheinung, die auch in anderen Bereichen zu beobachten ist: Die 14- bis 19-jährigen denken anders als die 20-jährigen. Das zeigt sich an der Frage, ob Bonn die Swapo unterstützen soll: Von den Jüngeren sind 29 Prozent dagegen und nur 12 Prozent dafür; bei den Älteren ist das Verhältnis 25:25. Quintessenz: Die Jüngeren denken weniger ideologisch.

Das „Politbarometer“ zeigt fallende Tendenz für den Kandidaten Rau

GÜNTHER BADING, Bonn

Dreiviertel der Bevölkerung erwarten, daß es ihnen 1986 besser gehen werde. In einer von der Forschungsgruppe Wahlen für das „Polit-Barometer“ des Zweiten Deutschen Fernsehens erstellten Umfrage bei mehr als 1000 repräsentativ ausgewählten Bürgern sagten 74 Prozent, sie glaubten, es werde ihnen in diesem Jahr „eher besser“ gehen; zur Jahreswende 1984/1985 waren 66 Prozent der Befragten so optimistisch gestimmt. Entsprechend hat sich der Anteil derer verringert, die meinen, daß es ihnen persönlich „eher schlechter“ gehen werde: von 29 Prozent vor einem Jahr auf 23 Prozent zum Jahreswechsel 1985/86.

Diese positive Einschätzung für die persönlichen Lebensumstände wird augenscheinlich auf die Leistungen der Regierung von CDU/CSU und FDP zurückgeführt. Denn seit dem vergangenen Herbst hat sich das Meinungsbild vollständig umgekehrt. Noch im September glaubten 50 Prozent, daß SPD und Grüne die Bundestagswahl im Januar 1987 gewinnen würden; nur 42 Prozent setzten auf die Regierungskoalition. Jetzt erwarten 50 Prozent, daß CDU/CSU und FDP die Wahl gewinnen, und 42

Prozent sehen die beiden Oppositionsparteien SPD und Grüne als Wahlsieger. „Gekippt“ ist diese Meinung im Oktober, als der Opposition nur noch von 46 Prozent Siegeschancen gegen 49 Prozent der Koalition eingeräumt wurden. (November: 50 Prozent für CDU/CSU plus FDP und 43 Prozent für SPD und Grüne).

Bei der Antwort, welche Partei die Befragten „bevorzugen“ – die nicht mit der von anderen Meinungsforschern meist verwendeten Frage nach der Wahlabsicht „am nächsten Sonntag“ verwechselt werden darf –, liegt die SPD mit 48 Prozent vor der CDU/CSU mit 44 Prozent (im November 44 zu 45 Prozent), den Grünen mit fünf (sieben) und der FDP mit drei (vier) Prozent.

In der Beurteilung der Spitzenpolitiker zeigt sich die auffällige Veränderung beim Kanzlerkandidaten der SPD, Johannes Rau. In der nach Parteipräferenzen gewichteten allgemeinen Einschätzung hält er sich zwar seit Ende Oktober (+ 1,3) und November (+ 1,5) bei der Umfrage Ende Dezember (+ 1,8) ungefähr im gleichen Rahmen. Bei der eigenen Anhängerschaft allerdings hat er in dieser ersten Befragung nach seiner formellen Nominierung als Spitzen-

kandidat der SPD Einbußen erlitten. Ende Oktober und Ende November war er noch mit + 3,0 benotet worden; jetzt nur noch mit 2,6.

Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl hält sich dagegen stabil mit 2,7 bei den Unionsanhängern, allerdings nur bei + 0,3 in der allgemeinen Bewertung (Vormonat + 0,4). Im Ansehen bei der CDU/CSU liegt Franz Josef Strauß mit konstant + 3,0 (Vormonat + 3,0 und + 3,1) vor Kohl und hält auch seine allgemeine Beurteilung stabil mit + 0,7 nach + 0,8 in den beiden Vormonaten.

FDP-Chef Bangemann erreicht mit nur - 0,7 eine bemerkenswerte Negativ-Benotung und bringt es auch bei FDP-Wählern nur auf + 1,6 (Vormonat - 0,1 und + 2,0). Bei Allgemein-Note + 0,3 für Genscher (+ 0,5) zeigt sich eine bessere Benotung in den eigenen Reihen: + 3,1 gegen + 2,6 im Monat zuvor.

Auf die Frage nach der Einschätzung der Koalition von SPD und Grünen in Hessen antworteten 63 Prozent der Befragten, daß sie dieses Bündnis „nicht gut“ fänden; 37 Prozent sahen das Zusammengehen von SPD und Grünen positiv.

Stoph-Vertreter Weiß gestorben

dpa, Berlin

Einer der Stellvertreter von „DDR“-Ministerpräsident Stoph, Gerhard Weiß, ist gestern im Alter von 66 Jahren gestorben. Dies teilte die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN mit. Weiß war 17 Jahre lang Ständiger Vertreter der „DDR“ im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). In dieser Funktion habe er, so in der Mitteilung, „einen hohen Beitrag zur Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration und zur Festigung des Bruderbundes mit der UdSSR und den anderen Mitgliedsländern der RGW“ geleistet.

Wissmann: Flick soll entschädigen

DW, Bonn

Im Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen Fellner (CSU), der sich gegen eine Entschädigung des Flick-Konzerns an ehemalige jüdische Zwangsarbeiter wandte, bejaht der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wissmann, Wiedergutmachung. In der heutigen Ausgabe des „Express“ sagt er: Gerade weil Friedrich Karl Flick mit dem Einsatz der Zwangsarbeiter zu Zeiten seines Vaters nichts zu tun habe, könne er „dieses traurige Kapitel der Vergangenheit mit einer noblen Geste abschließen“.

„Döring will sich profilieren“

dpa, Bad Kissingen

Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) nahm gestern an Rande der Tagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen zu den Attacken des baden-württembergischen FDP-Vorsitzenden Döring Stellung. Er bezeichnete Döring als „jungen, ziemlich unbekannten Lehrer, der sich offenbar als FDP-Landesvorsitzender profilieren“ wolle. Zur ausgebliebenen Distanzierung des FDP-Partei-Vorsitzenden Bangemann sagte Zimmermann, der FDP-Parteichef habe es nicht einfach, sich aus dem Schatten Genschers zu lösen.

„Zimmermann ist ein akzeptabler Minister“

WELT-Gespräch mit dem bayerischen FDP-Chef Brunner

PETER SCHMALZ, München

Die Äußerungen des baden-württembergischen FDP-Landesvorsitzenden Walter Döring auf dem Dreikönigstreffen seiner Partei in Stuttgart, Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann und sein Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (beide CSU) seien „Großmeister aus Frankens Gruselkabinett“, stoßen auch innerhalb der FDP auf Kritik. Manfred Brunner, bayerischer FDP-Vorsitzender und Mitglied des FDP-Präsidiums, mahnte in einem Gespräch mit der WELT seine Parteifreunde, die Diskussion mit dem Bundesinnenminister „sachbezogen und differenziert“ zu führen. „Von einer Personalisierung der inhaltlichen Auseinandersetzungen halte ich nichts“, meinte Brunner. Der FDP sei es nie gut bekommen, wenn sie einzelne Unionspolitiker zu Bühnennarrern hochstilisiert habe. Dies verdecke nur die Diskussion um die Sachfragen. Deshalb, so der bayerische FDP-Vorsitzende, hätte er nicht wie Döring formuliert.

Dennoch deckt auch Brunner die inhaltliche Kritik Dörings, weil dieser „erneut deutlich gemacht hat, daß die FDP im Bereich der Innen- und Rechtspolitik besonders sensibel ist und eine Wächterrolle innehat“. Gerade deshalb aber müsse die Diskussion verschärft werden.

Wörtlich meinte Brunner: „Es muß deutlich gemacht werden, daß die FDP bei ihrer Kritik an Zimmermann nicht die Tatsache kritisiert, daß auch Bundestagsabgeordnete Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes sein können. Der Verfassungsschutz bildet sich sein Urteil ohne Ansehen der Person. Selbstverständliches haben auch Bundestagsabgeordnete hier keine Sonderstellung. Dies trifft insbesondere auch auf Bundestagsabgeordnete der Grünen zu, denn es darf nicht übersehen werden, daß wegen des unklaren Verhältnisses der Grünen zur Gewalt diese Partei hinsichtlich ihrer praktizierten Treue zum

Grundgesetz besonders genau angesehen werden muß.“

„Die Beobachtung von Abgeordneten kann also kein Anlaß zu Kritik am Innenminister sein“, fuhr Brunner fort. „Was die Liberalen aber kritisieren und was durch Dörings Rede auch wieder zu Recht ins Licht der Öffentlichkeit gerückt wurde, ist die Tatsache, daß im vorliegenden Fall der Verfassungsschutz über den nicht weisungsbefugten parlamentarischen Staatssekretär Spranger auf Anregung eines CDU-Bundestagsabgeordneten tätig geworden ist und diesem „Auftraggeber“ anschließend über die Erkenntnisse berichtet wurde.“ Der Verfassungsschutz dürfe niemals „Datensammelstelle für konkurrierende Parteien sein“.

Nach Brunners Auffassung habe Spranger damit einen unverzeihlichen Fehler begangen und sich politisch unmöglich gemacht, daraus jedoch Konsequenzen zu ziehen, sei Sache der Union, denn in einer Koalition sei man gut beraten, nicht gegenseitig öffentlich Rücktritte zu fordern. Dennoch müsse erlaubt sein, eine deutliche Sprache zu führen. Auf die Sprache des CSU-Organs „Bayernkurier“ und dessen Herausgeber Strauß anspielend, meinte Brunner, die CSU sollte sich nicht als „Lehrmeister angemessener Wortwahl ausgeben“.

Während die FDP nach Brunners Äußerungen ihre Kritik offenbar verstärkt auf Spranger richten will, soll Zimmermann nicht mehr direktes Ziel ihrer Attacken sein. Wörtlich: „Zimmermann ist kein liberaler, aber ein akzeptabler Innenminister.“ Höchst unerfreulich erscheinen ihm kritische Worte der FDP-Abgeordneten Hildegard Hamm-Brücher, die ebenfalls auf dem Dreikönigstreffen von einem „unerträglichen politischen Stil“ in Bonn gesprochen hatte. Es sei sehr traurig, so Brunner, wenn sich ein Abgeordneter in ein fast neutrones Verhältnis zur Koalition hineinsteigere, die pauschale Kritik sei ungerechtfertigt.

Kampfansage gegen grüne „Anpasser“

D. GURATZSCH, Frankfurt

Bei den hessischen Grünen sammeln sich die Opposition gegen das Bündnis mit den Sozialdemokraten. Schon Anfang Dezember hatte sich in Frankfurt die Gruppe „Linke in den Grünen“ konstituiert, die sich als Forum der Fundamentalisten, Radikaldemokraten, Ökonoarchisten und Ökosozialisten „innerhalb und außerhalb der Grünen“ versteht. Am 28. Dezember gab sie nun ihren ersten „Informationsbrief“ heraus.

Die Kampfansage dieser Gruppierung gilt der „Anpassungspolitik der grünen Reformist/innen“. Innen wird ein Sündenregister vorgehalten, in dem alle Vorwürfe um den einen Hauptanklagepunkt kreisen: mit der Koalition im Landtag „grün-alternative Substanz endgültig für eine vermeintliche Machtbeteiligung am Herrschaftsapparat aufzugeben“. Für die „Linken in den Grünen“ bedeutet Übernahme von Regierungsverantwortung demgegenüber Teilhabe am Ausbau der Atomenergie, an „weiterer Militarisierung Hessens“, an „noch mehr Giftmüllproduktion“ und an der Entwicklung hin zu einem „immer autoritärer strukturierten Obrighkeitsstaat“.

Ein müdes Echo

Die Gründungsvorbereitungen reichen bis zur großen Mitgliederversammlung der Grünen in Neu-Isenburg vom 27. Oktober 1985 zurück. Damals hatten nur 75 Prozent der anwesenden 1500 Parteimitglieder für das Bündnis mit den Sozialdemo-

krate und für die Nominierung von „Joschka“ Fischer zum Kandidaten für das Amt eines hessischen Umweltministers plädiert. Die „Linken in den Grünen“ hatten ihr Debakel vorausgesehen und einen vorbereiteten Aufruf zur „Oppositionsbildung“ verteilt. Das Echo war beinahe desillusionierend: Nur 180 „Frauen und Männer“ trugen sich „spontan in die Liste der Koalitionseegner/innen“ ein.

Aber Resignation ist nicht die Sache dieser Gruppierung, die sich um das Frankfurter Radikaldemokraten-Gespinn Jutta Ditturh und Manfred Zieran sowie um den grünen Landtagsabgeordneten Jan Kuhnert schart und in der etwas vom alten USPD-Geist der frühen Weimarer Republik lebendig ist. Auch wenn beim Gründungstreffen am 5. Dezember nur 40 Teilnehmer gezählt werden konnten, ist eine Kette öffentlicher Veranstaltungen bis zum März geplant, durch die das Bewußtsein der „Koalitionseegner/innen“ geschärft, die Organisation vervollkommen und die Mitgliederwerbung innerhalb und außerhalb der Grünen „vorangetrieben werden soll“.

Auftrieb haben die „Linken in den Grünen“ durch den Bundesparteitag ihrer Partei in Offenbach zehn Tage vor Weihnachten, aber auch schon durch die hessische Landesmitgliederversammlung am 24. November in Butzbach erhalten. Beide Male zeigte sich, daß die „Fundis“, „Radiks“ und „Ökosozialisten“ ihre Anhänger besser mobilisieren können, geschickter taktieren sowie flüssiger und ausdauernder mitarbeiten als die koalitions-

willigen „Realpolitiker“ und daß sie dadurch bei Delegiertenwahlen und schwächer besuchten Parteitagungen leicht die Oberhand über jene gewinnen. Die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse an der grünen „Basis“ werden dadurch verdeckt und verfälscht, wie Parteigänger der „Fundis“ in Offenbach freimütig einräumten. Nach eigener Einschätzung repräsentieren die „Linken in den Grünen“ rund die Hälfte des Mitgliederstammes.

Gegen Hessen-Koalition

Sie gliedern sich in eine grüne und eine rote Gruppierung im Verhältnis von etwa 60 zu 40 Prozent. Der grüne Flügel aus Radikaldemokraten und Fundamentalisten und der rote der „Ökosozialisten“ aus Anhängern der marxistischen Michael-Stamm-Gruppe und der sogenannten Z-Fraktion der Hamburger Ebermann und Trampert scheiden sich an der Eigentumsfrage. Während die „Roten“ hier den Ursprung der ökologischen Krise sehen, machen die „Grünen“ die Industriegesellschaft allgemein verantwortlich.

In der Koalitionsfrage geht es über Kreuz: Stamm und seine Leute, aus denen sich ein Drittel der „Ökosozialisten“ rekrutiert, können sich wie die „Radiks“ eine Koalition unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen, die „Fundis“ und Z-Fraktionsisten nie. In einem freilich sind sie einig: Die Hessen-Koalition lassen sie wie die Pest.

Lummer besorgt über Asylantenflut

In Skandinavien abgewiesene Ausländer drängen nach Berlin / Appell an die „DDR“

DIETER DOSE, Berlin

Sie kamen mit der letzten S-Bahn kurz nach zwei Uhr früh vom Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße nach West-Berlin. Die acht Iraker gerieten am Bahnhof Zoo in eine Polizeikontrolle. Asylbewerber. Nach Feststellung der Personalien wurde ihnen Unterkunft in einem Heim des Deutschen Roten Kreuzes zugewiesen. Alltag in Berlin. Allein am letzten Wochenende trafen im Westteil der Stadt rund 180 Iraker und Libanesen ein, die eigentlich ein anderes Ziel hatten: Kopenhagen. Dort auf dem Flughafen waren sie nach Direktflug aus Teheran von den dänischen Behörden zurückgewiesen worden. Sie bestiegen das nächste Flugzeug zum Ostberliner Flughafen Schönefeld. Von dort ist es via Friedrichstraße nur ein Katzensprung nach West-Berlin.

Fast zum selben Zeitpunkt hatte Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) Alarm geschlagen und die Asylantenbilanz für 1985 vorgelegt: 22 908 Ausländer – soviel wie nie zuvor – stellten im vergangenen Jahr einen Asylantrag. Gegenüber 1984 fast eine Verdoppelung. 1331 waren es im Dezember, aber in den Abstimmungen des Innensensors schätzte man, daß es mindestens 800 mehr sind. Durch die Feiertage hatten sie noch keine Gelegenheit, sich registrieren

zu lassen, und werden erst in der Januar-Statistik auftauchen.

„Wir befürchten, daß die Asylantenzahlen noch weiter steigen“, sagt Lummers Pressereferent Hans F. Birkenbeul. Denn Dänemark und Schweden haben ihre Grenzen für Asylbewerber aus neun Ländern des Mittleren Ostens und Südasiens dichtgemacht. Kommen sie direkt aus ihren Heimatländern nach Kopenhagen oder Stockholm, werden sie zurückgeschickt – und landen dann, siehe Beispiel, in West-Berlin.

Der Weg durch die „DDR“ nach Skandinavien aber ist den Irakern, Libanesen, Pakistanis usw. mittlerweile auch versperrt. Die „DDR“ verweigert ihnen das Transitvisum, wenn sie kein Einreisevisum für die betreffenden Länder vorweisen können. Nach West-Berlin aber läßt man sie reisen. ... Ausgenommen die Tamilen aus Sri Lanka. Seit Sommer vergangenen Jahres wendet die „DDR“ für sie die Regelung an, daß ihnen die Weiterreise nach West-Berlin ohne Einreisevisum der Bundesrepublik verweigert wird. So stellten von August bis Dezember nur noch 59 Tamilen bei den Berliner Behörden einen Asylantrag. In den sieben Monaten zuvor waren es 4733.

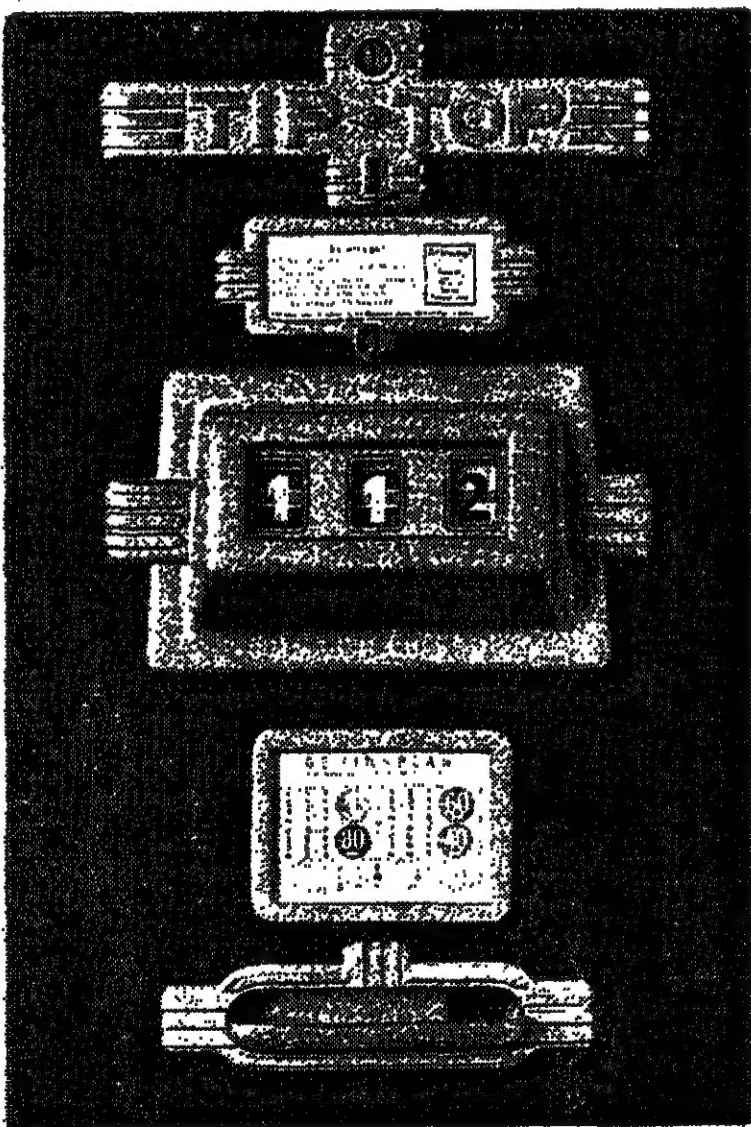
Lummer appelliert an die „DDR“,

die für Schweden und Dänemark angewandte Praxis auch auf die Bundesrepublik auszuweiten. „Sonst wird aus dem Weiterreise-Verbot der Asylbewerber in die skandinavischen Länder ein Einreise-Gebot nach und über West-Berlin.“

Der Asylantenstrom der letzten Wochen bestätigt diese Befürchtungen. Trotz der zügigen Verteilung der Asylbewerber auf die anderen Bundesländer ist, so Lummer, Berlin dem Zustrom nicht gewachsen. Zu den knapp 23 000 Antragstellern kamen im vergangenen Jahr noch rund 15 000 Ausländer, die sich kurzfristig in Berlin aufhielten, dann jedoch in andere Bundesländer oder westliche Staaten weiterreisten.

Die Zahlen von 1985 und die in den kommenden Monaten für Berlin zu befürchtende Entwicklung veranlassen Lummer, erneut durchgreifende Reformen des Asylrechtes zu fordern.

Die WELT (USPS 603-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 34.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Mit diesen schönen Geräten begann 1952 der Wettlauf um die Vorurteile...

... die bekanntlich immer dann entstehen, wenn ein Mangel an Information vorliegt. Sie sollten sich selbst ein Bild machen, um viele Diskussionen richtig einschätzen zu können.

Schon immer haben die Menschen von Natur aus gern und oft gespielt. Lediglich die Spiele selbst änderten sich. Daß sie in den letzten Jahren mehr und mehr computergesteuert werden, ist der Ausdruck unserer modernen Zeit.

Gespielt wurde auch immer um und mit Geld. In der Bundesrepublik hat sich

daher der Gesetzgeber bereits 1951 dazu Gedanken gemacht. Aus diesen Überlegungen entstand die Spielverordnung für Unterhaltungsgeräte mit Gewinnmöglichkeit, die sicherstellt, daß der Bürger an diesen Geräten sich spielend unterhalten und gewinnen kann, gleichzeitig aber auch vor zu hohen Verlusten geschützt wird.

Diese Verordnung gilt in der ganzen Welt als vorbildlich. Die Spielverordnung schreibt für Unterhaltungsgeräte mit Gewinnmöglichkeit je Spiel vor:

Spieldauer mindestens 15 Sekunden.
Höchstgewinn: 30 Pfennige.
Höchstverlust: 3,- DM bzw. 100 Sonderpunkte*. Ausschüttung mindestens 60%.

In der Praxis werden durch positive Beeinflussung des Spielers über 70% ausgeschüttet.

Im Ergebnis wendet der Spieler also für sein Spielvergnügen im Durchschnitt deutlich weniger als 10 Pfennige je Spiel auf.

* In Sonderspielen wird jeder Gewinn auf 3,- DM erhöht.

Eine Information der Firmengruppe Gauselmann Spielgeräte, 4992 Espelkamp. Mitglied der



Die Fleet Street kommt auch 1986 nicht zur Ruhe

REINER GATERMANN, London
Das Jahr begann dramatisch für Großbritannien. Der britische Verleger Robert Maxwell verkündete am Neujahrstag nicht ohne Pathos, die Verhandlungen seiner Mirror Group Newspapers (MGN), Herausgeber von „Daily Mirror“, „Sunday Mirror“ und „Sunday People“, mit den Gewerkschaften über die Einführung eines „Überlebensplanes“ zum 1. Januar seien gescheitert, ohne diesen Plan aber „wird es nicht möglich sein, die weitere Herausgabe unserer Zeitungen zu gewährleisten“. Er schloß einen langfristigen Druckstopp nicht aus. Ein paar Stunden später, noch als letzte Meldung in die Blätter gehoben, triumphierte Maxwell wieder. Die Gewerkschaften haben eingeschwenkt, knapp ein Drittel der bisher gut 6000 Mann starken Belegschaft geht „1200 freiwillig“. Aus der Gruppe, fast am Rand der Pleite, werde nun ein effektives und profitables Unternehmen werden.

Neue Titel, neue Verleger

Aber es kam noch euphorischer: Am 3. Januar gab Robert Maxwell die Gründung eines neuen Boulevardzeitungs, „Good Day“, „vielleicht schon zum März“, bekannt, teilt zudem mit, daß ein wichtiges, erscheinendes Frauen-Magazin im Zeitungsformat, „Women's Mirror“, in Vorbereitung sei, und schloß sogar die Herausgabe einer neuen Abendzeitung für London nicht aus.

Dieses Geschehen in etwas mehr als 48 Stunden zeigt die Hektik und Unruhe, das Pendeln zwischen tiefem schwarzen Pessimismus und mit voller Überzeugungskraft vorgetragenen Zukunftsglauben in die Überlebenskämpfe, die die Fleet Street bestreuen. So verließ das gesamte Jahr 1985, und das neue Jahr verspricht, nicht minder dramatisch zu werden.

Während Robert Maxwell noch eine Einigung mit den Gewerkschaften zustande brachte, lief sein größter Widersacher Rupert Murdoch hart auf Grund. In den Blättern seiner Gruppe, „The Times“, „The Sunday Times“, „The Sun“ und „News of the World“, wird es schon in etwa einer Woche zu Urabstimmungen über Kampfmassnahmen kommen. Die Verhandlungen über die Anstellungsbedingungen für das Personal, das ab März die neue Londoner „4-Stunden-Zeitung“, vier Ausgaben täglich, herstellen soll, waren gescheitert.

Daß nach vielen Jahren der uneingeschränkten Herrschaft der Druckergewerkschaften über Fleet Street, das heißt: horrenden Löhne und Gehälter, eine permanente hochgradige Überbemannung und Verhindern des Übergangs zu modernen elektronischen Herstellungsmethoden, jetzt die Gewerkschaften ins Wanken geraten ist und in einigen Abschnitten bereits zum Rückzug geblasen wird, hat vor allem zwei Ursachen. Da ist, erstens, das Gewerkschaftsgesetz von 1982, das die Ausweitung von Arbeitskämpfen auf andere Unternehmen weitgehend verhindert und deren Wirkung von den Arbeitgebern noch verstärkt wurde, indem sie ihre Konzerne in etliche Einzelunternehmen aufspalteten und möglichst auch noch eine Trennung zwischen Redaktion und technischer Herstellung vollzogen. Die zweite ent-

scheidende Attacke kam von Eddie Shah, dem Provinzverleger von Graßbritannien. Der ab März mit Hilfe neuester Technik und verteilt auf vier Druckorte die überregionale „Today“ auf den Markt bringen will. Laut Maxwell lägen die Herstellungskosten bei Shah um fast 80 Prozent unter denen seiner „Mirror“-Blätter.

Aber Shah gelang noch ein weiterer Streich, der die Gewerkschaften ins Mark traf: Er schloß, erstmals in der Branche, mit der Elektrikergewerkschaft ein Abkommen, das ihr, neben der Journalistengewerkschaft, ein Alleinvertragsrecht im Unternehmen einräumt. Als Gegenleistung erhielt er einen Streikverzicht, beide Seiten einigten sich auf eine Schlichtungsprozedur.

Als nun Murdoch den gleichen Weg einschlagen wollte, wurde die gewerkschaftliche Dachorganisation TUC aktiv und drohte den Elektrikern mit Disziplinarstrafen für den Fall, daß sie weitere Alleinvertragsabkommen eingehen und damit andere Gewerkschaften von ihren traditionellen Arbeitsplätzen ausschließen.

Die britischen Verlage haben nicht nur Probleme mit der Halstarre der Gewerkschaften, sondern auch mit sinkenden Auflagen. In der Statistik für das erste Halbjahr 1985 gab es nur wenige Pluszeichen, den größten prozentualen Anstieg hatte die „Times“ (+ 1,2 Prozent auf 2,5 Millionen), gefolgt von dem Sensations-Sonntagsblatt aus dem Haus Murdoch, den „News of the World“ (+ 1,1 Prozent auf 2,4 Millionen). Das ging hauptsächlich auf Kosten der übrigen sonntäglichen Boulevardzeitungen wie dem „Sunday Mirror“ (minus 8,6 auf 3,2 Millionen), dem „Sunday People“ (minus 8,5 auf 3,1 Millionen) und dem „Sunday Express“ (minus 7,6 Prozent auf 2,4 Millionen). Aber auch die sogenannten Qualitätsblätter spürten Fallwinde. Am härtesten traf es den „Sunday Telegraph“ (minus 6,5 Prozent auf 600 000), um 4,2 Prozent auf 1,8 Millionen fiel die Auflage der „Sunday Times“, und ein Minus von 3,8 Prozent auf 745 000 hatte der „Observer“ zu verbuchen.

Immer noch attraktiv
Bei den Tageszeitungen der Qualitätsklasse behauptete der „Daily Telegraph“ zwar seine Spitzenposition (1,22 Millionen), schnitt damit jedoch um drei Prozent schlechter ab als im ersten Halbjahr 1984. Um 2,8 Prozent auf 487 000 wuchs dagegen der „Guardian“ und um 4,5 Prozent auf 230 000 die „Financial Times“.

Trotz der wirtschaftlichen und technischen Probleme der Fleet Street scheint sie immer noch so attraktiv zu sein, daß sie Kapital für Übernahmen und Neuetablierungen anlockt. Mit Ausnahme des Londoner „Standard“, der einzigen Nachmittagszeitung der Metropole mit einer Auflage von rund 500 000, waren es Außenstehende, die sich auf der Fleet Street etablieren wollten. Neben dem gebürtigen Unger Robert Maxwell und dem australischen Neu-Amerikaner Rupert Murdoch kommt nun noch der Kanadier Conrad Black. Und im Fachbereich Pferderennsport bereitet eine arabische Familie ihren Einzug vor, um gegen Maxwells „Sporting Life“ anzutreten.

In Paris werden die Schwächen der sozialistischen Regierung offenkundig

Das Gesetz des Handelns verlagert sich in die Opposition / Weiter Gerüchte um Fabius

PETER RUGE, Paris
Die französische Regierung hat jetzt einen Zweifrontenkrieg angenommen, den Bürgerliche und Kommunisten den regierenden Sozialisten bisher vergeblich aufzuwiegen versucht haben. Er entzündet sich an drei Themen: Offen ausgetragen werden soll zum einen der schon länger schwelende Konflikt über ein letztes Reformgesetz der Linken. Schauplatz ist das Parlament. Offen ausgesprochen ist zweitens die Forderung, die Amtszeit des Staatschefs zu verkürzen, ein Affront aus den eigenen Reihen. Offen herausgefordert wird die Regierung schließlich durch den Bürger Hirsant, den französischen Pressiganten.

Das Parlament ist für Donnerstag zu einer Sondersitzung einberufen worden. Grund ist die umstrittene Gesetzesvorlage über die flexible Arbeitszeit. Die bürgerliche Opposition wittert, daß die Linke durch weitere Konzessionen klandestinitätlich die 38-Stunden-Woche einführen wolle, die Kommunisten sehen schließlich einen Verrat ihrer ehemaligen Regierungspartner bei diesem Reformprojekt. Aber das sind nur Vorwände.

Popularitätsverlust

Beide Seiten sehen hier vor allem eine Möglichkeit, auf politischem Feld die Schwäche der Regierung Fabius offenzulegen. Allein die Kommunisten haben an die 200 Abänderungsanträge vorbereitet.

Staatspräsident Mitterrand hat lange geögert, seine Mannschaft in

diese Kraftprobe zu schicken. Das Parlament könne keinesfalls mehr vor den Wahlen zusammengetreten, hieß es lange übereinstimmend aus dem Elysée und dem Hôtel Matignon. Vorrangig seien Umbaumaßnahmen geplant für circa 50 Abgeordnete, die durch das neue Verhältniswahlrecht die erste Kammer in zwei Monaten verstärken werden. Da meldete sich ein weiterer Gegner zu Wort: Senatspräsident Alain Poher. Er werde das Gesetz durch die 2. Kammer ziehen, verkündete der Chef des Palais Luxembourgeois. Der sozialistischen Regierung schien das Gesetz des Handelns aus der Hand genommen.

Das Ansehen von Laurent Fabius hat nach einer letzten Umfrage weitere drei Prozent verloren, nur noch 38 Prozent der Franzosen bringen ihm Vertrauen entgegen. Um so mehr zeigt sich Paris überrascht von der Äußerung des Premiers, mit der er die Amtszeit des Staatschefs auf zwei Jahre zu verkürzen will. Fabius schränkt zwar ein, daß ein Referendum darüber vor den Parlamentswahlen im März nicht mehr stattfinden könne, dennoch fällt auf, daß er die Institution der Staatsführung auf diese Weise ins Gespräch und sich damit in offenen Gegensatz zu seinem Gönner François Mitterrand bringt, der mehrfach erklärte, er habe sein Mandat bis 1988 von französischen Volk erhalten. So bekommen erneut die in Paris zirkulierenden Gerichte Auftrieb, Fabius habe nach seiner Deavonierung Anfang Dezember anlässlich des Besuches des polnischen Machthabers, General Jaruzelski,

dem Staatspräsidenten seine Demission angeboten – und halte dies weiter aufrecht.

Gesetz mißachtet

Eine weitere Herausforderung geht von Robert Hirsant aus, der als erfolgreichster Verleger Frankreichs gilt. Ohne sich um die Mißachtung des Gesetzes und die Konsequenzen durch seine jüngste Erwerbung der Lyoner Zeitungsgruppe „Le Progrès“ zu kümmern, verhöhnt Hirsant das, was das linke Regierungsbündnis als „Fortschritt zu einer freien Kommunikation“ preist, nämlich das Gesetz gegen die Pressekonzentration. Hirsant prangert an, daß die Regierung unter dem Deckmantel dieses Gesetzes Fernsehkanäle und Satellitenmöglichkeiten unter sich verteile oder Ausländern anbiete und daß so gleichsam französische Kultur und Tradition verschachtet werden. Das müsse sich nach den Parlamentswahlen ändern, und daher handle er schon jetzt.

Hirsant gilt als „Königsmacher“. Die Unruhe bei den bürgerlichen Parteien wird daher unter der Decke gehalten, die sozialistische Regierung hat zwar angekündigt, den Bürger Hirsant wegen seiner Verstöße gegen bestehende Gesetze zur Rechenschaft zu ziehen, allein die Kommunisten waren offen auszusprechen, was viele Franzosen angesichts der zutage getretenen Schwäche der Staatsführung empfinden: Um diesen Konflikt nicht auch noch am Hals zu haben, werden alle die Augen verschließen.

In „Site 2“ schwindet die Zuversicht

Kambodscha-Flüchtlinge haben kaum Rückkehrchancen / Im Lager verroben die Sitten

PETER ISELI, Bangkok
„Die Menschen hier warten auf gute Gründe, ihr Vertrauen in die Zukunft nicht zu verlieren.“ Eine Hoffnung, die für rund 200 000 Khmer an der thailändisch-kambodschanischen Grenze immer schwieriger aufrechtzuerhalten ist. Seit einigen Monaten leben fast 140 000 von ihnen in einem einzigen großen Lager, rund 210 Kilometer östlich von Bangkok. Sie sind abhängig von der Versorgung durch die UN-Unterorganisation Unhro und werden von paramilitärischen Einheiten der thailändischen „Task Force 80“ kontrolliert.

Die Zivilbevölkerung, die heute in „Site 2“ lebt, stammt aus mehreren Lagern im zentralen Abschnitt der Grenze, die im letzten Winter in einer großangelegten Offensive vietnamesischer und kambodschanischer Truppen überannt worden waren.

Anders als in den früheren Jahren seit dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha vor sieben Jahren konnten Zivilisten und Kämpfer der „Nationalen Khmer-Befreiungsfront“ (KNLF) diesmal mit Beginn der Regenzeit im Mai nicht mehr aus den Evakuierungszentren in ihre Siedlungen auf kambodschanischem Territorium zurückkehren. Die Vietnamesen zogen sich nicht wie früher ins Landesinnere zurück, sondern verstärkten ihre Präsenz im Laufe des Sommers sogar noch.

Außerdem wurde unter Einsatz

von Tausenden von kambodschanischen Zivilisten mit dem Bau von eigenen Grenzfeststellungen begonnen. Im Herbst tauchten in den thailändischen Medien immer häufiger Berichte über Missetaten im Grenzgebiet auf.

Die thailändischen Behörden beziffern die rund 230 000 Khmer aus den Siedlungen der drei Widerstandsfaktionen (KNLF, Rote Khmer und Sihanoukisten) nicht als „Flüchtlinge“ und bestehen darauf, ihnen lediglich „vorübergehenden Schutz“ zu gewähren. Die Evakuierungslager waren daher auch nur für einen Aufenthalt von einigen Wochen, höchstens aber bis zum Beginn der jeweiligen Regenzeit eingerichtet.

Sie bildeten einen ständigen Unruhe- und Gefahrenherd: Die Vermischung von Zivilisten und Kämpfern erhöhte das Risiko von vietnamesischen Übergriffen auf Thailand.

Vor allem die KNLF hatte große Mühe, in den Reihen ihrer Kämpfer Disziplin zu halten; Beraubungen und Vergewaltigungen waren oft an der Tagesordnung. Schließlich war das Verhältnis zwischen den Khmer und der eigens für die Überwachung der Lager geschaffenen paramilitärischen „Task Force 80“ stets gespannt.

Wohl hauptsächlich aus diesen Gründen entschloß sich Thailand zu einer großen Zusammenlegung in „Site 2“, als deutlich wurde, daß die

Khmer nicht in ihre ursprünglichen Siedlungen zurückkehren konnten.

Auch in „Site 2“ gab es – und gibt es nach Angaben von Bewohnern immer noch – große Schwierigkeiten mit der Disziplin. Viele weisen zwar darauf hin, daß die zivilen Verwalter ihr Möglichstes täten, um Einschüchterungen, Raub und Vergewaltigungen zu verhindern. „Was können wir aber gegen Kämpfer ausrichten, die mit einer AK-47 im Lager herumlaufen, oft betrunken sind und von ihren Kommandanten nicht bestraft werden“, klagt eine Frau.

Die Unruhe und internationale Hilfswerke unternahmen große Anstrengungen, die Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln, Kleidern und Medikamenten zu versorgen. Am Lebensnotwendigsten scheint es denn auch nicht zu fehlen. Das Zusammenleben von so vielen Menschen auf so engem Raum – „Site 2“ ist heute nach der Hauptstadt Phnom Penh die zweitgrößte kambodschanische Stadt – bringt aber große psychische Probleme mit sich.

Sorgen bereitet zudem das hohe Bevölkerungswachstum unter den Khmer an der Grenze. Die zivilen Lagerverwalter sprechen von 3,3 bis 3,5 Prozent. Vertreter internationaler Organisationen schätzen das Wachstum auf etwa fünf Prozent – mehr als doppelt so hoch wie in Kambodscha selbst.

Doe läßt Barbarei und Willkür triumphieren

ACHIM REMDE, Abidjan
Es sollte ein Tag des Triumphs und der Freude werden. Doch der Rücktritt der Militärs und die Übergabe der Macht an eine gewählte Zivilregierung, die jetzt in Liberias Hauptstadt Monrovia feierlich eingeführt wurde, ist für die meisten Liberianer mit Trauer und Scham verbunden.

Nicht nur waren die Wahlen vom Oktober 1984 von so massiven Fälschungsaktionen geprägt, daß die Hoffnung der Bevölkerung, zum erstenmal in der 130jährigen Geschichte des Landes die Regierung selbst zu wählen, aufs bitterste enttäuscht wurde. Bei der Niederschlagung des anschließenden Putschversuchs zeigte sich auch, daß – der alte und neue – Staatschef Samuel Doe ein Ausmaß von Barbarei, Brutalität und Willkür walten ließ, daß die Zukunftsaussichten deprimierend erschienen.

General Samuel Doe, der Anfang 1980 als Oberfeldwebel selbst in einem blutigen Staatsstreich der Vorkherrschaft der Ameriko-Liberianer ein Ende setzte, hatte sogleich nach der Niederschlagung des von seinem einstigen Kampfgefährten Thomas Quiwonkpa angeführten Coups im November 1985 die Grenzen für Journalisten dichtgemacht, offensichtlich, um keine Zeugen für sein weiteres Vorgehen zu haben. Obwohl diese Sperre offiziell am 11. Dezember aufgehoben wurde, wurde dem Berichterstatter eine Einreise verweigert.

Wie aus Kreisen westlicher Diplomaten in Monrovia verlautet, hat Doe Hunderte angeblicher Anhänger lassen. Allein in der Grafschaft Nimba, der Heimat Quiwonkpas, wird die Zahl der Opfer auf 500 geschätzt. Anführer der Mordschwärze war Doe's Schwager, Oberst Harrison Pennue. Schon einmal fiel er auf: Er brüllte sich damit, den von Doe gestürzten Präsidenten Tolbert persönlich umgebracht zu haben. Vor den Wahlen sagte er in einem Radiointerview, falls Doe nicht gewinnen sollte, werde er – Pennue – einen Staatsstreich ausführen.

Die Leiche Quiwonkpas wurde – so berichtet der zufällig und unerkannt

anwesende nigerianische Journalist Tunde Agbabiaki in der renommierten Londoner Zeitschrift „West Africa“ – von Doers Soldaten vor Hunderten von Zuschauern auseinandergerissen und verspeist.

Doe hat eine Reihe liberianischer Journalisten ins Gefängnis werfen lassen. Der Fernsehreporter Charles Gbenyon wurde von Doers Leibgarden im zweiten Stock seines Regierungssitzes in Handschellen gelegt und dann mit Bajonetten getötet. Am 12. November erklärte Doe vor dem diplomatischen Corps, Gbenyon habe Selbstmord begangen. Dabei verriet er sich jedoch, als er sagte, es habe keinerlei heimliche Hinrichtungen gegeben, „außer die von Gbenyon“.

Die deutsche Diplomatie steht dieser Entwicklung hilflos gegenüber.

LIBERIA

Ohnehin neigen die deutschen Botschafter in Afrika dazu, sich durch Menschenrechtsverletzungen, außer in Südafrika, nicht in dem stören zu lassen, was sie die „Pflöge der bilateralen Beziehungen“ nennen. So hat Botschafter Freundt der liberianischen Wahlkampfbehörde zu einem Zeitpunkt, zu dem offenbar war, daß ihre Aufgabe in der Fälschung der Wahlen bestand, Mittel der deutschen Entwicklungshilfe zur Förderung ihrer Tätigkeit übergeben. Noch im Dezember hat Bonn Liberia wiederum fast 20 Millionen Mark an Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt.

Nach Auskunft des Auswärtigen Amtes in Bonn haben die in Monrovia akkreditierten Botschafter der EG-Mitgliedsstaaten wegen der Menschenrechtsverletzungen eine Demarche unternommen. Dabei hätten sie den Eindruck gewonnen, die Versicherung Doers, er betreibe eine Politik der Aussöhnung, sei glaubwürdig.

Für die Mehrzahl der Afrikaner, und nicht nur für die, die unter repressiven Regimen und Menschenrechtsverletzungen leiden, ist diese Leisetreterei wie eine Ohrfeige.

Peking würdigt Zhou Enlai

AFF, Peking

Zum zehnten Todestag Zhou Enlais hat die chinesische Presse zahlreiche Ehrungen des am 8. Januar 1976 verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten veröffentlicht. Das Parteiorgan „Volkzeitung“ schrieb, die „persönliche Aktion“ Zhou Enlais habe der Volksrepublik seit ihrer Gründung „Ansehen in der Welt“ verschafft. Während der gegenwärtig betriebenen Politik der Öffnung müsse man seinem Beispiel folgen, meint das Parteiorgan, das außerdem den Kampf Zhou Enlais gegen die Linksextremisten der „Vierbande“ würdigt.

Zhou Enlai sei es zwar nicht gelungen, die „Vierbande“ zu stürzen, doch er habe sie bekämpft und dazu beigetragen, dieser „geschichtlichen Katastrophe“ ein Ende zu setzen. Sein Name werde auch für die künftigen Generationen unvergesslich bleiben.

Schtscharanski wieder verurteilt?

rr, Jerusalem

Der sowjetische Regimegegner Anstol Schtscharanski ist nach Informationen seiner Frau Awital im Oktober vergangenen Jahres in einem Zwangslager im Ural zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Frau Schtscharanski sagte in Jerusalem, Grund sei ein Hungerstreik gewesen, mit dem ihr Mann die Herausgabe seiner Post habe erzwingen wollen. Sie nehme an, er werde weiterhin die Nahrungsaufnahme und werde nun zwangsernährt.

Der 38jährige Schtscharanski war 1977 unter dem Vorwurf der Spionage für die USA zu drei Jahren Haft und zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

Nach Angaben seiner Frau kam die neuerliche Verurteilung, nachdem der Regimekritiker gerade eine gleichfalls halbjährige Haftstrafe im Gefängnis des Arbeitslagers abgesessen hatte.

Außen Haute Couture, innen High-Tech.



Personalität und Charakter zeichnen die klassische Limousine von PEUGEOT aus. Diesen Eindruck werden Sie bestätigen finden, wenn Sie einsteigen. Ein funktionales Armaturenbrett, nach ergonomischen Aspekten neu gestylt, signalisiert ermunterndes, freies Fahren. Eine hochwertige Innenausstattung signalisiert die automobilen Oberklasse. Und wenn Sie sich jetzt der Technik zuwenden, Acht Versionen, von 1798 bis 2468 cm³ Hubraum, von 65 kW (75 PS) bis 123 kW (167 PS), stehen als Motorisierung zur Wahl. Dabei Sie das beruhigende Gefühl haben können, daß die Kraft des PEUGEOT 505 auf einem fein abgestimmten, aufwendigen Fahrwerk ruht. Bei Vergleichstests: B liegt der Wagen auch in

puncto Sicherheit und Fahrverhalten immer mit an der Spitze. Testen Sie den PEUGEOT 505 doch einmal selbst. Auf einer Probefahrt, bei einem der über 1100 PEUGEOT TALBOT-VERTRAGSPARTNER. Selbstverständlich gibt es den PEUGEOT 505 auch mit Katalysator und mit schadstoffarmem Dieselmotor.

3,9%
effektiver Jahreszins für alle neuen und gebrauchten PEUGEOT 505. Ein Angebot der P.A. Creditbank, bei 20% Mindestanzahlung und einer maximalen Laufzeit von 36 Monaten.

PEUGEOT 505

Abbildung: PEUGEOT 505 GTI. Leichtmetallfelgen gegen Aufpreis.

PEUGEOT TALBOT. Dynamik mit Flair

TENNIS / Ein deutscher Meister im Schatten von Boris Becker: Thomas Emmerich aus der „DDR“

„Schmoren im eigenen Saft“: Kristallpokale und Gutscheine statt Geld und Ruhm bei Turnieren

INGOMAR SCHWELZ, Berlin
Wenn im Westfernsehen Tennis-Übertragungen angesagt sind, hockt er notfalls bis tief in die Nacht vor seinem Gerät, um „meinen Horizont zu erweitern“. Die Bilder stürzen ihn immer wieder in ein Wechselbad der Gefühle. Begeisterung und Betroffenheit lösen sich bei ihm ab. Manchmal sei er richtig traurig bei den Passierschlägen von Ivan Lendl oder den Aufschlägen von Boris Becker, sagt er. Er ist ein tragischer Sport-Heros.

Thomas Emmerich, 32 Jahre alt, sammelt Tennis-Titel. 15mal war er Meister im Einzel, einmal weniger im Doppel, fünf Titel im Mixed ergänzen die Erfolgsbilanz. Der Ost-Berliner Emmerich, der für den Verein Motor Mitte Magdeburg den Schläger schwingt, ist im Tennis ein Mann, der Deutschland so etwas wie das Gegenstück zu Boris Becker. Aber kaum einer kennt ihn. Die große Welt seines Sports sieht er nur daheim im Wohnzimmer. Ob Wimbledon oder Davis Cup, er selbst, so sagt er, „schmort im eigenen Saft“.

Die „DDR“ misachtet den sozialistischen Bruder Tschechoslowakei, der Tennis fördert und es auch als Devisenquelle entdeckt hat. Für die Ostberliner Funktionäre ist dieses Spiel „bourgeois Profisport“, nicht wert, beachtet zu werden. Und so ist Thomas Emmerich das ewige Talent geblieben, das seinen Traum von der Teilnahme an großen Turnieren längst ausgeträumt hat. Er sagt: „Niedlich werde ich, wenn ich an die gezielte Förderung anderer Sportarten in der DDR denke.“

Er reagiert emotional, nimmt kein Blatt vor den Mund. Das Gespräch mit ihm ist einfach. Schwer war nur, es tatsächlich führen zu können. Erst Monate nach der Anfrage kamen die Sportgewaltigen ihre Zustimmung zu einem Treffen im kahlen Konferenzraum der Zentrale des Deutschen Turn- und Sportbundes der „DDR“ in der Ostberliner Storkower Straße. Ihnen lag offensichtlich nicht viel daran, daß ihr Meister in die Gefahr geht, in der Bundesrepublik Deutschland mit Boris Becker verglichen zu werden.

Emmerich gilt als unbequem, als einer, der sagt, was er über sein sport-

liches Aschenbrödel dasein denkt. Zu Hause hat er keine Gegner, die mit ihm mithalten könnten. Im Westen gäbe es genügend, aber gegen die darf er nicht spielen. So klammert er sich an gelegentliche Erfolgserlebnisse bei kleinen Turnieren in Osteuropa. Kürzlich habe er gegen den tschechoslowakischen Davis Cup-Spieler Tomas Smid gekämpft und bei der 4:6, 3:6-Niederlage „durchaus eine gute Figur gemacht“. Allein die Tatsache, gegen die Nummer 18 der Welttrangliste spielen zu dürfen, erzeuge Befriedigung.

Ob er sich wünsche, gegen Ivan Lendl, Boris Becker oder John McEnroe anzutreten? Bei dieser Frage ist Thomas Emmerich unschlüssig. „Ich weiß nicht, solche Spieler wollen ei-

sie nur im Sommer. Wenn es draußen zu kalt und zu naß wird, bleibt ihm nur ein stark reduziertes Programm auf Parkettböden normaler Turnhallen, „auf dem die Bälle mit einem Affenzahn daherkommen und nicht zu kontrollieren sind“. So geht es allen 42 500 Tennisspielern in der „DDR“ (rund 1,7 Millionen in der Bundesrepublik), die in 387 Sektionen von Betriebssportgemeinschaften organisiert sind.

Tennis ist nur geduldeter Mitläufer im „DDR“-Sport. Emmerich fällt es schwer, diese Rolle zu akzeptieren. Er spricht sachmännisch über Boris Becker und voller Hochachtung von seiner Leistung. Er scheut sich auch nicht vor diesem Eingeständnis: „Ich würde mich auch so vermarkten lassen“, obwohl es „scheußlich und furchtbar“ sein müsse, über sein Leben nicht mehr frei entscheiden zu können.

Der „DDR“-Meister schickt sich in die aufgelegte sozialistische Enthaltsamkeit. Er hat den Beruf eines Datenverarbeiters gelernt und studiert jetzt Sport an der Magdeburger Hochschule. Und er stellt eine Frage selbst und läßt die Antwort offen: „Was ist wohl erstrebenswerter: Für Ruhm und Geld vom heutigen Profirummel vereinnahmt zu werden oder eine Existenz im eigenen Lande aufzubauen? Für ihn persönlich, so sagt er, sei es nur bedauerlich, daß seine sportliche Leistung nach 25jähriger Karriere immer unzufrieden bleibe. Der internationale Vergleich fehle.

Bei den letzten Tennis-Meisterschaften der „DDR“ besiegte er seinen Endspiel-Gegner Jörg Kröhn auf Aufbau Ahlbeck mit 6:2, 6:1, 6:2. Es war sein insgesamt 41. Titel, einige sollen noch hinzukommen. „Bis zu meinem 40. Geburtstag werde ich wohl noch dabei sein“, sagt er. Ernsthafte Gegner werde er wohl auch dann noch keine haben.

Dafür aber hat er immer wieder Probleme mit dem Material: Seiner Schläger Marke „adidas“ (Ivan Lendl spielt auch mit einem solchen) wurde von einer Außenhandelsstelle des Turn- und Sportbundes der „DDR“ für teure Devisen im Westen gekauft. Er muß ein Jahr lang warten ...

„Unsere Sportpolitik ist eben so“, sagt Emmerich, „ich versuche das Beste daraus zu machen, das Machbare eben“. Emmerich ist – auch im Gegensatz zu den „DDR“-Stars der Leichtathletik oder des Schwimmens – lizenzierte Amateur. Der Staat zahlt ihm lediglich die Fahrtspesen, wenn er einmal zu einem Turnier ins osteuropäische Ausland reist. Er trainiert drei bis vier Stunden pro Tag, auch um Geld gekämpft wurde. Der Meister der „DDR“ erreichte die zweite Runde, erhielt vier Punkte und landete in diesem Jahr auf Platz 555 der Welttrangliste. Es war das erste und letzte Mal, daß er an einem Grand-Prix-Turnier teilnehmen konnte.

Tennis aus der Sicht der „DDR“

In der „Kleinen Enzyklopädie – Körperkultur und Sport“, 1979 erschienen bei „VEB Bibliographisches Institut, Leipzig“, steht über Tennis:

„1. Entwicklung in Deutschland: In den internationalen Bädern und Kurorten der Großbourgeoisie entstanden die ersten Tennis-Hartplätze zwischen 1877 und 1885 ... Lange Zeit blieb Tennis (und ist heute noch in den kapitalistischen Ländern) ein Sport der rei-

chen und privilegierten Schichten.“

2. Entwicklung in der DDR: Durch die gesellschaftliche Neuordnung in der DDR wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß der ... 1958 gegründete Deutsche Tennis-Verband der DDR das Tennisspiel allen Werktätigen ermöglichen konnte. Besonders hervorzuheben ist die planmäßige Förderung im Kinder- und Jugendbereich.“

nen doch fertigmachen.“ Bei ihrem hohen Tempo, bei diesem „Rumbalieren von Bällen“ könne er doch nicht mehr mit. Vor sechs, sieben Jahren, als Lendl noch ein Niemand war, habe er einmal gegen ihn gespielt – und ihn besiegt.

Lendl aber wurde die Nummer eins des Welttennis, Emmerich blieb im Mittelmaß stecken. Der Mann aus dem sozialistischen Nachbarland verdient bisher rund acht Millionen Dollar an Preisgeldern. Emmerich muß bei nationalen Turnieren mit Kristallpokalen und „fünf Jahre mit Warenpreisen im Stille einer Steeranlage zufrieden sein“.

Da werden Unterschiede im System deutlich. Nach dem Wimbledon-

BORIS BECKER

Wieder gegen Wilander?

dpa, New York

Die Revanche zwischen Boris Becker und Mats Wilander, den er im Finale des Young-Masters-Turniers von Berlin klar mit 6:1, 7:5, 6:0 besiegt hatte, ist bereits für das Masters-Turnier in New York programmiert. Das läßt sich aus der Auslosung für das Turnier der 16 weltbesten Tennis-Profis ablesen. Becker und Wilander treffen im Viertelfinale aufeinander, wenn sie ihre ersten Spiele am Dienstag (14. Januar) gewinnen. Dabei spielt der Wimbledon-Sieger gegen den Amerikaner Paul Annacone, der Schwede gegen Scott Davis (ebenfalls USA). Der Sieger aus dem möglichen Revanchekampf trifft im Halbfinale wahrscheinlich auf Titelverteidiger John McEnroe, der es im ersten Spiel mit seinem Landsmann Brad Gilbert zu tun hat und bei einem Erfolg auf den Sieger der Begegnung Jarryd – Nystrom treffen würde.

Becker, der in letzter Zeit bei Turnieren in seinen Auftaktspielen Schwierigkeiten hatte (Niederlage gegen den Holländer Schapers in Australien), hat gegen den 22 Jahre alten Annacone bisher einmal gespielt. Vor einem Jahr besiegte er ihn in Portland leicht mit 6:1, 6:4. Schon in Berlin bezeichnete Trainer Günter Bosch den Amerikaner als willkommene Auftakt-Gegner. „Das ist ein Typ wie Wilander, aber sein Druck ist nicht ganz so gefährlich“, Ivan Lendl (CSSR), Nummer eins der Welttrangliste, trifft im ersten Spiel auf seinen Landsmann Tomas Smid.

Nemes führt
Hamburg (dpa) – Zum dritten Mal nach Agnes Simon 1963 und Eberhard Schlier 1970 führt in der 27-jährigen Geschichte der Europäischen Tischtennis-Union (ETTU) mit Olga Nemes eine deutsche Spielerin die Rangliste an. Olga Nemes ist damit auch für das „Top-12-Turnier“ vom 31. Januar bis zum 2. Februar in Södertälje (Schweden) als Nummer eins gesetzt.

Zebec sagte ab
Hannover (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Hannover 96 hat noch drei Kandidaten für das vakante Traineramt: Klimaschewski (Saarbrücken), den in der Schweiz lebenden Otto Luttrup und den in Kassel beurlaubten Jörg Berger. Branko Zebec lehnte ein Angebot ab.

Bobfahrer im Koma
Zürich (sid) – Der Schweizer Bobfahrer Heinz Schmid (39) liegt in der Universitätsklinik Zürich im Koma. Schmid war bei den Schweizer Meisterschaften in St. Moritz in der Zielkurve gestürzt. Er zog sich Hirnverletzungen und Schädelknochenver-

STANDPUNKT

Rallye in der Sahel-Zone

Ein Wort zur Rallye Paris-Dakar von Haroun Tazief, dem französischen Staatssekretär für Naturkatastrophen: „Man zwingt die Sahel-Zone zur Prostitution. Die Sponsoren werben vor den Armsten für Tabak.“ Na und? Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer war schließlich schon immer etwas Besonderes: nicht bitter und auch nicht geschmacklos – anders. Deshalb trotzt man der Herausforderung, irgendeiner halt, und dies möglichst fotogen. Ehen wegen dieses Geschmacks. Denn irgend jemand muß die ganze Sache schließlich bezahlen.

Der Geschmack von Freiheit und Abenteuer. Drei Tage lang war der Erfinder dieser Rallye, Thierry Sabine, einst zwischen Libyen und Niger verschollen. Ohne Verpflegung und ohne Wasser. Dem Tode näher als dem Leben wurde er gefunden und in Frankreich zum Helden hochstilisiert. Wer von den vom Siechtum gezeichneten Bewohnern dieser Zone überlebt, erfährt solche Bewunderung nicht. Er stirbt höchstens, steht im Weg, kann nicht mehr schnell gehen, weil er zu langsam ist, so gar gehurt werden, um die Idealziele nicht zu verlassen.

Der Motorsport und seine Peinlichkeiten – augenfällig und unfaßbar Jahr für Jahr in Afrika dargeboten. Eine Show mit bitterer Armut als Kulisse. Zurück bleibt Empörung. Wirklich alles nur eine Geschmacksfrage? K. KL

FUSSBALL

Lattek bleibt in München

sid, München

Udo Lattek, der Mitte letzten Jahres angekündigt hatte, er werde leicht ganz aufhören oder nach Italien gehen, wird wohl doch Trainer des deutschen Fußball-Meisters Bayern München bleiben. Vereinspräsident Fritz Scherer gab am Rande des Münchner Hallenturniers (Sieger FC Bayern mit 2:0 im Finale über den Lokalrivalen 1860 München) bekannt, die Vertragsverlängerung mit Lattek sei nach einem Gespräch mit dem 50 Jahre alten Trainer zu 99,9 Prozent perfekt. Scherer: „Es fehlen nur noch Details. Ein paar Punkte müssen noch geklärt werden, aber das sind nur Kleinigkeiten.“

Bei diesen Kleinigkeiten geht es nach der Aussage des Präsidenten nicht ums Geld: „Lattek kann bei uns sehr gut verdienen, das weiß er auch. Er wird ja wie unsere Spieler leistungsbefähigt.“ Auch Forderungen nach Verstärkungen für seine Mannschaft habe der Trainer nicht gestellt (Scherer: „Das ist das angenehme an Udo“).

Noch nicht spruchreif ist weiterhin die Verpflichtung von Nationalspieler Andreas Brehme (Kaiserslautern). Scherer: „Ich glaube, der pokert nur mit allen möglichen Vereinen und geht dann, wenn in Italien die Grenzen für Ausländer wieder geöffnet sind, sofort dorthin.“ Das Thema Brehme ist beim FC Bayern München ohnehin bis nach dem Pokalspiel gegen den 1. FC Kaiserslautern (22. Januar) verlagert worden.

PARIS-DAKAR / Vermißter Motorradfahrer in der Wüste gefunden

Eddy Hau fiel auf Platz sechs zurück

dpa, Tamarassat

„Ich habe leider nur die Vorsepie des Paris-Dakar-Menüs zu kosten gekriegt, aber ich komme wieder“, sagte der fünfmalige Tour-Sieger Jacques Anquetil in Tamarassat, nachdem er zusammen mit seinem französischen Piloten Pierre Iver wegen eines Getriebeschadens am Mercedes 280 GE ausgeschieden war. Dem früheren Radstar, der zum ersten Mal bei der 14 000 Kilometer langen Rallye startete, gefiel vor allem die Wüstenatmosphäre. „Ich habe gelernt, ein Zelt aufzubauen, im Schlafsack zu nächtigen und mich auch noch nach drei Tagen ohne Waschen wohl zu fühlen. Das ist das krassste Gegenteil zur Tour de France, wo die Fahrer gepflegt und gehätschelt werden.“

Am dritten Sonderprüfungstag zwischen El Salah und Tamarassat gab es keine großen Veränderungen im Gesamtklassement: Bei den Autos behaupteten die französischen Vor-

jahressieger Zanoli/da Silva mit Mitsubishi Pajero ihre Führung mit acht Minuten Vorsprung vor ihren Landsleuten Gabreau/Pipat (Range Rover).

Während Metge/Lemoyne (Frankreich) auf ihrem Werks-Porsche mit 25 Minuten Rückstand auf den dritten Platz vorrückten, fiel das zweite Porsche-Team Ickx/Brasseur (Belgien/Frankreich) auf den zehnten Platz (1:26 Stunden Rückstand) zurück.

Im Motorradfeld verteidigte der 33-jährige belgische Motorradhändler Guy Huynen auf Yamaha seine Führungsposition. Der Münchner BMW-Fahrer Eddy Hau fiel nach einer Reifenpanne und weiterhin von Darmproblemen geplagt, vom dritten auf den sechsten Rang (45 Minuten Rückstand) zurück. Bester deutscher Privatfahrer ist der 53 Jahre alte Herbert Schek aus Wangen. Er belegt den 35. Platz mit einem Rückstand von drei

Stunden und 18 Minuten auf den führenden Huynen.

Den ersten schweren Unfall mit Personenschaden auf afrikanischem Boden gab es ebenfalls am Montag: Der Franzose Michel Parmentier stürzte mit seiner Yamaha bei Tempo 180 und wurde mit einem Schädelbruch im bewußtlosen Zustand nach Paris geflogen.

Wiedergefunden von einem Hubschrauber in einer abgelegenen Oase wurde der am Samstag verlorengewandene Motorradfahrer Arian Brouwer. Es war der erste und letzte Paris-Dakar-Trip des Holländers, denn Rallye-Chef Thierry Sabine schloß ihn für immer aus, weil Brouwer entgegen dem Reglement seinen Rücksack mit der vorgeschriebenen Ausrüstung seinem Service-Fahrer mitgegeben hatte. Er war der Meinung, „es handle sich nur um eine Spezialfahrt“.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Sinn von Salzgitter

„Streit um Erlassungstelle für Gewalttäter der „DDR““, WELT vom 3. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist noch gar nicht lange her – Juni 85 –, da war es Staatssekretär Hennig, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, durchaus nicht recht, daß in der Öffentlichkeit Probleme mit der DDR angesprochen wurden, zum Beispiel die „Kontaktperrone“ für Millionen Bewohner Mitteldeutschlands. Jetzt dagegen fühlt er sich bemüßigt, die SED-Forderung über Schließung der Erlassungsstelle Salzgitter ohne jeden Anlaß in der Öffentlichkeit aufzuwirbeln.

Erstens ist das unlogisch. Zweitens gehört die Erlassungsstelle der Landesjustizverwaltungen nicht zur Disposition des Herrn Staatssekretärs.

Solange es die „moderne Grenze“ gibt, den undurchlässigen Eisernen Vorhang heutiger Bauart, ist die „Aufhebung des Schließbefehls“ gar nicht kontrollierbar. Im Zweifelsfall würden die DDR-Behörden behaupten, ihre Grenztruppe hätte in Notwehr gehandelt.

Aber davon abgesehen, sind in der Erlassungsstelle Salzgitter viele und auch schwerste Rechtsbrüche registriert, darunter Mord in 183 Fällen, begangen von Deutschen an wehrlosen Deutschen in Deutschland. Solche diese und andere Straftaten im Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland vergessen, die Erlassungsstelle aufgelöst, die Akten verbrannt werden! Sofern Verjährung droht, muß in Abwesenheit verfahren und geurteilt werden.

Das Rechtsbewußtsein in unserem Volke wurde im Hitler-Reich bis zur Unkenntlichkeit verformt, mißbraucht. Diese Schäden sind gerade im Verleihen begriffen, da sollen bereits aus politischem Opportunismus, aus Anbiederung bei der SED-Diktatur Folterungen und Mordtaten der DDR-Bürokratie als „Betriebsunfälle“ vom Verhandlungstisch gewischt werden. Wie gering wird hierzulande eigentlich die Majestät des Rechts geachtet?

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard von Plessen,
Bonn 1

„Befragung auf Basis des Schließbefehls“, WELT vom 3. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,
als ehemaliger politischer Häftling in der „DDR“ protestiere ich gegen die Äußerungen von Herrn Staatssekretär Hennig. Die Aufhebung des

Schließbefehls sagt noch lange nichts über Verbesserungen für die Menschen in der „DDR“ aus.

Die zentrale Erlassungsstelle Salzgitter ist ja nicht nur für Taten im Zusammenhang mit dem Schließbefehl zuständig. Ist es denn für die Deutschlandpolitik erstrebenswert, in Zukunft die ständig steigende Zahl der politischen Häftlinge zu verschleiern, die selbst nicht reden können, während die Haftbedingungen ständig verschärft werden?

Es ist manchmal erschreckend zu sehen, wie unbeschwert mit einer Diktatur verhandelt wird.

Mit freundlichen Grüßen
Angelika Feustel,
München 70

Eine solche Äußerung gerade aus diesem Ministerium macht betroffen. Ich hatte in den letzten Monaten anlässlich von Seminaren Gelegenheit, mit Freigekehrten aus der DDR zu sprechen.

Diese erzählten folgendes: Im Zuchthaus Bautzen wurde ein Häftling vom aufsichtsführenden Meister wegen Nichterfüllung seines Solis hart zur Rede gestellt. Trotz Hinweis des Häftlings, daß seine Vorrichtung nicht in Ordnung sei und er daher das Soli nicht erfüllen könne, wurde ihm eine Meldung ausgedroht mit entsprechenden Folgen.

Daraufhin ging ein anderer Häftling an die Wand, zeichnete drei senkrechte Striche, die von drei waagerechten gekreuzt wurden und schrieb das Wort „Salz“ darüber. Der Meister sah das, drehte sich abrupt um und verließ den Saal. Nach einiger Zeit kam er freundlich wieder und reparierte die Vorrichtung des Häftlings mit einer Entschuldigung. Dem ist nichts hinzuzufügen, aber es ergeben sich Folgerungen, wie die Freigekehrten bestätigen.

Wer heute Salzgitter in Frage stellt, nimmt den Gefangenen die Hoffnung und zerstört auch ihren moralischen Widerstandswillen. Das angeführte Beispiel zeigt: Allein die Existenz der Erlassungsstelle, die allen Aufsehern bekannt ist, stellt doch eine echte Hilfe für die Gefangenen dar und ist zugleich eine ständige Mahnung für die Gefängniswärter.

Solange es drüben im anderen Teil Deutschlands keine Menschenrechte für alle gibt, ist Salzgitter der Prüfstein für die Wahrhaftigkeit unserer Menschenrechtsauffassung.

Georg von Raison,
Lamspringe

Sonderdruck angebracht

Ich weiß, daß diese grundsätzlichen Betrachtungen sich darauf beschränken müßten, den Rahmen für Ihre Milieuschilderung zu bilden.

Dennnoch hätte ich mir gewünscht, es wäre gesagt worden, daß die Gefahr für den Frieden nicht von der anzustrebenden deutschen Einheit ausgeht, sondern von dem Fortbestehen der unnatürlichen und untragbaren Teilung.

Mit guten Wünschen bin ich Ihr
Dr. Günter Kiessling,
General a.D.,
Reinsburg

Wort des Tages

„Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen.“
Johann Wolfgang von Goethe
(1749–1832)

Personalien

hohe Auszeichnung. Professor Laqueur, 1921 in Breslau geboren, Sohn eines jüdischen Kaufmanns, besuchte Schule und Universität in Breslau und Jerusalem und war von 1955 bis 1965 Herausgeber von „Survey“, der führenden Zeitschrift über die Sowjetunion und für Osteuropakunde in London. Seit 1964 ist Laqueur Direktor des „Institute for Contemporary History and Wiener Library“ (Institut für Zeitgeschichte und Wiener Bibliothek) in London. Laqueur ist außerdem auch seit 1971 Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des „Center for Strategic and International Studies“ in Washington.

Der Übersetzer Dr. Karl Dedecius, der das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt leitet, erhält den Hessischen Kulturpreis 1986. Dem Frankfurter Publizisten Dr. Dietrich Eberhard Sattler ist ein Förderpreis zuerkannt worden. Die mit 50 000 beziehungsweise 10 000 Mark dotierten Auszeichnungen sollen am 24. Februar, dem 200. Geburtstag von Wilhelm Grimm, in Wiesbaden überreicht werden. Der 1921 in Lodz geborene Übersetzer hat zahlreiche Werke der polnischen Gegenwartsliteratur ins Deutsche übertragen. Sattler ist Herausgeber der „Frank-

Streit um TÜV

„Bundesverband mit TÜV-Monopol kippen“, WELT vom 26. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, woher stammt die Zahl von rund 25 000 freien Sachverständigen? Meines Wissens sind in der GTÜ (Gesellschaft für technische Überwachung mbH, der einzigen erwähnenswerten Gesellschaft, die für ihre Mitglieder eine Öffnung des Paragraphen 29 StVZO für freie Kraftfahrzeugsachverständige anstrebt, ca. 350 Sachverständige vereinigt. Mit der Zahl 25 000 wird der Rahmen aller Kraftfahrzeugsachverständigen – auch der teilweise sehr wenig qualifizierten – in Deutschland weit überschritten.

Vor Jahren erweiterten die bestehenden Überwachungsorganisationen, die Technischen Überwachungsvereine und der Dekra, ihr Tätigkeitsgebiet von der regelmäßigen Überprüfung gemäß Paragraph 29 StVZO der Kraftfahrzeuge auf das eigentliche Tätigkeitsgebiet der freien Kraftfahrzeugsachverständigen, die Begutachtung von unfallbeschädigten Fahrzeugen und die Analyse von Verkehrsunfällen.

Sie verlagerten ihre Tätigkeit auch vielfach in die Kraftfahrzeugwerkstätten. Durch umfangreiche Werbung versuchten sie, die freien Kraftfahrzeugsachverständigen vom Markt zu verdrängen. Dabei ist von Bedeutung, daß die öffentlich bestellten und vereidigten Kraftfahrzeugsachverständigen in keiner nennenswerten Weise Werbung betreiben dürfen. Dieses wird durch die Industrie- und Handelskammern unterstützt. Durch diese Wettbewerbsverzerrung ist eine Existenzbedrohung der freien Kraftfahrzeugsachverständigen und insbesondere ihrer Mitarbeiter gegeben. Das Schlagwort „Sicherheit verdient kein Risiko“ der bestehenden Überwachungsorganisationen ist nicht stichhaltig.

Die Sorge der Technischen Überwachungsvereine bezüglich der Auslastung ihrer Prüfstellen ist meines Erachtens unbegründet und entbehrt jeglicher Logik.

Seit Jahren machen die Technischen Überwachungsvereine quasi sich selbst Konkurrenz durch die freiwillige Kraftfahrzeugüberwachung (FKÜ) in den Werkstätten. Dadurch ziehen die Technischen Überwachungsvereine sich selbst potentielle Kunden von ihren Prüfstellen.

Eine Existenzbedrohung von Mitarbeitern der Technischen Überwachungsvereine erscheint mir unrealistisch. Bei der großen Zahl der Aufgabenbereiche der Technischen Überwachungsvereine, die auch noch laufend erweitert werden, bilden die Hauptuntersuchungen gemäß Paragraph 29 StVZO nur einen Bruchteil der Gesamttätigkeit. Trotzdem scheinen die Technischen Überwachungsvereine es für notwendig zu erachten, mit ungeheuerem personellen und finanziellen Einsatz eine Lobby für die Erhaltung des Monopols zu betreiben.

Es liegen Erkenntnisse vor, daß die Technischen Überwachungsvereine mit Erfolg den Versuch unternommen haben, Einfluß auf die großen Parteien zu nehmen. Teilweise scheint hier auch bei einzelnen Mandatsträgern durch Ämterverflechtung intensive Verbindung, wenn nicht Verflechtung mit den Technischen Überwachungsvereinen zu bestehen. Der Verbraucher – diese Erläuterung haben wir in täglichen Gesprächen mit Autofahrern gemacht – würde mit Sicherheit eine Öffnung des Prüfmonopols für die freien Kraftfahrzeugsachverständigen begrüßen. Nachteilig irgendwelcher Art braucht der Autofahrer mit Sicherheit nicht zu befürchten.

Dipl.-Ing. O. L. Peus,
Ingenieurbüro für Fahrzeugtechnik und Maschinen, Essen

Rüsselsheim, im Januar 1886: ADAM OPEL GRATULIERT

**Sehr geehrter
Gottlieb Daimler!**

**Sehr geehrter
Carl Benz!**

Mit Freude
vernahm ich, daß Sie
eine Kutsche
motorisiert haben.
Das ist eine
vorzügliche Leistung.
Ihr äußerst sinn-
reicher Mechanismus
wird die Welt

zu allseitiger
Genugtuung ver-
ändern und Ihre
Namen in größter Ehre
haben.

Heute, wo Sie
diesen hervorragen-
den Schritt in
die Zukunft begehen,
liegen hinter mir
und meiner Firma
gedeihtliche 23 Jahre
Industriearbeit.
Sie wissen ja, daß
ich 1862 hiesigen
Orts mit der
Fabrikation begann
und ist es mir heute
möglich, mit schon
300 Mitarbeitern
18.000 patentierte
Machines à Coudre
per Jahr
fertigzustellen.

Die Nachfrage in
allen Ländern
accumuliert.
Wir eröffnen dieser-
halb jetzt speciale
Dependancen
in Wien, London, Paris,
Mailand, Moskau,
New York, Lissabon,
Stockholm, Cairo,
Melbourne, Barcelona,
Amsterdam und
Constantinopel.

In der Hoffnung,
daß dies auch Ihnen
Mut macht und Sie
beherzt auf der
betretenen Bahn
fortfahren, möchte ich
nicht verfehlen,
Ihnen meine
lebhaftesten Glück-
wünsche zu über-
bringen.

Auch Sophie
und die Kinder
grüßen allerherzlichst.
Besonders Fritz
und Wilhelm nehmen
mich auf das

außerordentlichste
ins Gebet, ebenso
in Rüsselsheim
mit der zusätzlichen
Fabrikation von
Motorwagen zu be-
ginnen.
Bei aller Coullance –
man muß sehen!

Ich empfehle
mich Ihnen.

Hochachtung



Ein Glückwunsch
der Adam Opel AG
zum 100. Geburtstag
des Automobils
– mit einem Brief,
wie ihn Adam Opel
Anfang 1886 hätte
schreiben können.

Er gründete
vor 124 Jahren ein
Maschinenbau-Unter-
nehmen, das heute
nach Daimler-Benz
der älteste
deutsche Automobi-
Hersteller ist
– Pionier industrieller
Entwicklung und
Wegbereiter
der Motorisierung.

OPEL 



Adam Opel, 1886

Intellektuelle kämpfen um das alte Bukarest

cgs. Wien

Gegen die amtlich betriebene systematische Zerstörung alter Kirchen und Klöster in der rumänischen Hauptstadt Bukarest werden jetzt Proteste prominenter Wissenschaftler und Intellektueller bekannt. In Briefen an das ZK der rumänischen Partei haben die Archäologen Dionisie Pippidi und Grigore Ionescu – zwei prominente Professoren und Akademiker – sowie der Historiker Dinu Giurescu – Verfasser mehrerer bedeutender Werke über die Geschichte Rumäniens – und der Rektor der Bukarester Akademie der Künste, Vasile Dragut, gegen die Demolierung kultureller und historisch bedeutsamer Bauwerke im Zuge der „sozialistischen“ Umgestaltung Bukarests protestiert (siehe WELT v. 18. 12. 85).

Die Wissenschaftler nennen als Beispiel die 400 Jahre alte Kirche „Mihai Voda“, die zwar von einem Abriss verschont, dafür aber mehrere hundert Meter „versetzt“ wurde, um Platz für „sozialistische“ Bauten zu schaffen. Ihr Klosterkomplex ist allerdings vernichtet worden. Dieses Denkmal sei das zweitälteste von Bukarest. Es sei ein Symbol der rumänischen nationalen Kultur.

Ebenso forderten die Wissenschaftler die Einstellung der Zerstörung des Klosters „Vasilesti“, das inzwischen teilweise der Spitzhacke zum Opfer gefallen ist. Das Kloster sei von hervorragender Bedeutung für die rumänische und südosteuropäische Kunst. Der Verlust dieser Bauwerke würde eine „schwere Amputation“ unserer nationalen Vergangenheit bedeuten, erklärten die rumänischen Wissenschaftler.

„Jede Nation“, so heißt es in einem Schreiben, das dem ZK-Sekretär Petru Enache übergeben wurde, „legitimiert ihre Existenz durch ihre Kreativität. Wenn die Zeugnisse dieser Kreativität Stück für Stück unterdrückt werden, geht die Identität eines Volkes allmählich verloren“. Die kommenden Generationen in Rumänien würden in Städten leben, konstatieren die Autoren, in denen nur wenige Spuren „unserer und ihrer Geschichte“ übrig geblieben sind. Der Brief der Wissenschaftler, der angesichts der innenpolitischen Zustände in Rumänien von hoher Zivilcourage zeugt, ist bisher ohne Antwort geblieben.

Mitterrand dringt auf Fortschritte beim Aufbau einer europäischen Verteidigung

„Von den Worten zu den Taten übergehen“ / Besuch in der Sowjetunion bestätigt

DW, Paris

Der französische Staatspräsident François Mitterrand betrachtet die Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland „in fast allen Bereichen als ausgezeichnet“. Am Rande eines Neujahrsempfangs für die Presse sprach sich Mitterrand gleichzeitig dafür aus, beim Aufbau einer europäischen Verteidigung „vom Stadium der Worte zu dem der Taten überzugehen“. Mitterrand verwies dabei auf die historische Entwicklung, die der Bundesrepublik Deutschland den Besitz von Atomwaffen verbietet. Die Deutschen streben auch keine Nuklearverwertung an.

Mitterrand bestätigte, daß er in diesem Jahr zu einem offiziellen Besuch in die Sowjetunion reisen wird. Er bestritt, an Gesprächen über die mögliche Ausreise sowjetischer Juden beteiligt zu sein. „Das Thema kenne ich überhaupt nicht“, sagte er. Eine Luftbrücke mit Hilfe Frankreichs sei nicht im Gespräch.

Bundesaussenminister Hans-Dietrich Genscher traf gestern in Paris mit seinem französischen Kollegen Roland Dumas zusammen. Themen der Unterredung waren die Intensivierung der deutsch-französischen

Zusammenarbeit und Europafragen. Auch die gespannte Lage im Nahen Osten und im Mittelmeerraum sollte erörtert werden.

In einem Interview des Saarländischen Rundfunks, das in Paris veröffentlicht wurde, sagte Genscher gestern zu seinem Treffen mit Dumas, 1986 solle ein „wirkliches deutsch-französisches Jahr“ werden. Damit sei ein Jahr der deutsch-französischen Anstrengungen für Europa gemeint.

Genscher nannte als Beispiele neue Impulse für die Ost-West-Beziehungen, die nicht allein von Washington und Moskau bestimmt werden dürfen, und die gemeinsamen Sicherheitsinteressen Frankreichs und der Bundesrepublik. „Der Sicherheitsverbund, der im Entstehen begriffen ist zwischen Paris und Bonn, ist eine Art Kristallisationspunkt für eine Definition europäischer Sicherheitsinteressen.“

Die Bundesregierung steht nach den Worten Genschers zu ihrer Aufgabe, das Sekretariat für das europäische Hochtechnologieprogramm Eureka nach Straßburg zu verlegen. Nur wenn Straßburg nicht möglich

sei, kämen andere Plätze – wie Saarbrücken – in die Diskussion.

In einem an Genscher gerichteten „Memorandum“ hat der saarländische Minister für Bundesangelegenheiten und besondere Aufgaben, Ottokar Hahn, zahlreiche Punkte für einen saarländischen Standpunkt des Eureka-Sekretariats aufgeführt. Der Minister, der sich schon im November 1985 brieflich bei Genscher für die Einrichtung eines Sekretariats in Saarbrücken eingesetzt hatte, erhielt von diesem die Antwort, daß die Bundesregierung Straßburg als Sitz unterstütze. Dies, so Hahn, könne im Saarland „nicht mit Befriedigung“ aufgenommen werden.

Die SPD-Landtagsfraktion hat angedeutet, daß die von Oskar Lafontaine geführte Landesregierung Ersatzansprüche im Falle einer negativen Entscheidung Bonn stellen werde. Sollte das Eureka-Sekretariat nicht in Saarbrücken angesiedelt werden können, so hoffe das Saarland, bei der Vergabe der nächsten überregionalen Einrichtungen so berücksichtigt zu werden, wie andere Bundesländer in den vergangenen Jahren. „Das Saarland hat Anspruch als Standort für überregionale Einrichtungen“, sagte SPD-Sprecher Burghard Schneider.

Ehmke sieht Genscher als Verlierer

PETER PHILIPPS, Bonn

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke hat gewachsene Skepsis der Sozialdemokraten über Fortgang und Erfolg der Genfer Abrüstungsverhandlungen in diesem Jahr geäußert. Im wesentlichen führt er dies auf die Haltung der USA zurück, die zum Ergebnis habe, daß über den „Hauptpunkt“, nämlich die Halbierung der Atomraketen sowie die Vermeidung der „Weltraumrüstung“, „praktisch nicht verhandelt wird“. Dadurch sei auch der ABM-Vertrag „auf Dauer nicht zu halten“.

Ehmke verwies darauf, daß – hier fast unbemerkt – die Amerikaner in ihrer Rüstungskontroll-Position in Genf teilweise „um 180 Grad geschwenkt“ seien, vor allem dadurch, daß sie statt der Umrüstung von Mehrschrapnellköpfen auf mobile Interkontinentalraketen mehr und mehr ein Verbot der beweglichen Raketen vorschlugen. Bei dem ursprünglichen Umrüstungsantrag hingegen „sahen sich bereits ein Konsens mit den Russen zu entwickeln“. Das Festhalten an SDI sei eine logische Folge. Allerdings hält der Abgeordnete in teilweise gegenseitigen Gesprächen mit Kanzler Schmidt das geplante Treffen Reagan/Gorbatschow in diesem Jahr für politisch nützlich und bezeichnet es als „denkbar, daß die Großen wenigstens beim Thema regionale Konflikte weiterkommen“. Den Westeuropäern und insbesondere der Bundesregierung wirft Ehmke vor, eine erhebliche Mitschuld an der sich abzeichnenden Entwicklung zu haben, daß es erneut zu einem „Nebeneinander von politischer Entspannung und Fortgang des Wettbewerbs“ kommen drohe.

Zur Diskussion um das Amt des Außenministers nach der kommenden Bundestagswahl sagte Ehmke, daß Genscher „von Bangemann und Kohl überspielt worden ist“ und „unabhängig vom Wahlausgang 1987“ als Außenminister nicht zurückkehren werde. Bangemann war in der Presse mit der Bemerkung zitiert worden, er sehe sich selbst als den „geborenen Außenminister“. Er beherrsche mehrere Sprachen und sei darüber hinaus ein umgänglicher Mensch. Insofern gebe es außer Genscher keinen besseren Außenminister als ihn. Zur Kritik Ehmkes sagte Bangemann: „Hirngespinnst“, „blödsinnige Personalpolitik“.

Der Parteitag naht, SED meldet nur „Rekorde“

Leistung des VEB Carl Zeiss Jena soll Vorbild sein

DIETER DOSE, Berlin

Die SED bläst zum „Endspurt“. Auf dem im April in Ost-Berlin stattfindenden XI. Parteitag soll die Bilanz positiv ausfallen. In den Medien, in den Betrieben und Versammlungen gibt es seit Monaten nur ein Thema – den Parteitag. Von überall werden „Hochleistungen“ gemeldet.

Die ganze erste Seite des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ beanspruchte gestern die „Rechen-schaftslegung“ des Kombinats VEB Carl Zeiss Jena. Sie bildet den Auftakt zu einer Kampagne, in deren Verlauf andere Betriebe und Kombinate in den verbleibenden Monaten folgen werden.

„Lieber Genosse Erich Honecker! Nach Abschluss eines kampfkräftigen Jahres möchten wir vor Dir als Generalsekretär unserer Partei Rechenschaft darüber ablegen, wie wir als Kombinat VEB Carl Zeiss Jena unsere in Vorbereitung des XI. Parteitages übernommenen Verpflichtungen zur Erfüllung und Überbietung der ökonomischen Aufgaben als unseren Beitrag zur Stärkung der DDR, für ihren zuverlässigen Schutz und für die ständige Verbesserung des Lebens unserer Werktätigen realisiert haben“, zitiert das „Neue Deutschland“.

Was die 58 000 Werktätigen bei Zeiss, „darunter 11 000 Kommunisten“ (also SED-Mitglieder) 1985 geleistet haben – bis ins Detail wird es dem Genossen Honecker erläutert. Um 1,1 Prozent wurde der Produktionsplan übertroffen, sogar um 3,5 Prozent der Export in die Sowjetunion. Steigerungen auf allen Gebieten werden gemeldet, inklusive der Deviseneinnahmen aus dem „nichtssozialistischen Wirtschaftssektor“. Sie werden aber nur in Prozenten (11,6 Prozent) angegeben, nicht in Mark ...

Mehr als das Soll

Erfolgabilanzen von gestern, Versprechungen für morgen sind das Thema. Denn in Jena wie anderswo sollen im ersten Quartal, also noch vor dem Parteitag, die „staatlichen Aufgaben“ überboten werden. Den Bau von zwei zusätzlichen Industriehallen und die Erhöhung der Leistungen und Lieferungen für die Versorgung der Bevölkerung „um zwei Prozent des Jahresplans“ wollen die Mitarbeiter der 22 Betriebe des

Zeiss-Kombinats unter anderem dem Parteitag berichten können.

Das „Signal“ aus Jena: sofern noch nicht geschehen, wird für andere Betriebe und Kombinate der Anstoß sein, ebenfalls Produktionssteigerungen – bei gesenkten Kosten natürlich – in Aussicht zu stellen. Ganz besonders zeichnet sich dabei die Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) aus. „Jedes Jugendforscherteilnehmer der FDJ ein Stoßtrupp der wissenschaftlich-technischen Revolution“, fordert die FDJ-Zeitung „Junge Welt“. Auch wie die „Stoßtrupps“ arbeiten sollen, wird erläutert: „Wissenschaftlich-technische Schwerpunktaufgaben gehören in die Hände von jungen Leuten, die 'Altes' produktiv in Frage stellen! Enthusiasmus wird erst zur Produktivkraft, wenn er in einer geeigneten Organisationsform entfaltet wird – in einem Jugendforscherteilnehmer der FDJ.“

Ziele sind „Kampfziele“

Die „hohen Ziele im Parteitag“ lassen keinen Bereich des Alltags in der „DDR“ aus. „Kampfziele“ sind es immer, auch wenn es sich nur darum handelt, neue Freizeitsportgruppen für ältere Menschen zu gründen, Dorfsportfeste zu organisieren oder die „Position unter den führenden Sportnationen der Welt zu behaupten“. In Ost-Berlin hat der Deutsche Turn- und Sportbund der „DDR“ zum großen Volkssportturnier an der Tischtennisplatte für jedermann aufgerufen. 55 000 waren es nach Angaben des SED-Blattes „Berliner Zeitung“ im vergangenen Jahr. Diesmal sollen es „bei einem bedeutenden Volkssportwettbewerb auf dem Weg zum XI. Parteitag der SED“ noch mehr sein.

Auch die Schulzeugnisse sollen zum Parteitag bessere Noten aufweisen. Michael Springer (15) von der Ostberliner Marschall-Konow-Oberschule über seinen Parteitagsauftrag: „In Chemie bin ich von einer Drei auf eine Eins gekommen, in Biologie von einer Drei auf eine Zwei. Jetzt will ich noch die Dreien in Physik, Russisch und Mathematik vom Zeugnis verbannen.“ Und Oberleutnant Schultz von einer Raketenfabrik läßt „keinen Zweifel aufkommen: 'Jeden Einzelnen wird es so ausbilden, daß er seine Aufgabe im Gefecht zuverlässig erfüllt.'“

Seligsprechung aufgeschoben

KNA/DW, Rom

Der Vatikan hat sich entschlossen, den Seligsprechungsprozess für den am 11. November 1982 wegen „Subversion“ und „Spionage“ erschossenen bulgarischen Bischof Eugenio Bosiljow aufzuschieben. Eine offizielle Begründung wurde vom Vatikan nicht gegeben. Kardinal Palazzini wies italienische Presseberichte als „völlig unbegründet“ zurück, die von Druck der bulgarischen Regierung auf den Vatikan gesprochen hätten. Einen ähnlichen Verdacht hegt auch die italienische Organisation „Glaube und Freiheit“, die gegen die Aufschubung des Seligsprechungsprozesses in einem Schreiben an Palazzini Widerspruch eingelegt hat. Eine weitere Vermutung ist, der Papst wolle auf die Orthodoxie, zu der er bessere Beziehungen wünscht, Rücksicht nehmen.

Weitere Anhörung Zimmermanns?

gba. Bonn

Eine weitere Anhörung von Bundesinnenminister Zimmermann zu den Auskünften des Bundesamtes für Verfassungsschutz über Abgeordnete der Grünen hat der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch gefordert. In einem Brief an den Vorsitzenden des Bundestagsinhaltsausschusses, Werner (SPD), verlangte Hirsch, der Minister solle in der nächsten Sitzung am 15. Januar gehört werden. Dabei müsse endlich der volle Wortlaut der Auskunft auf den Tisch, die der parlamentarische Staatssekretär Springer für den CDU-Abgeordneten Todenhöfer über den terroristischen Hintergrund von Politikern der Grünen angefordert hatte. In der parlamentarischen Kontrollkommission will Hirsch auch klären, ob und über welche Bundestagsabgeordneten es Dörsers des Verfassungsschutzes gebe.

Rappe gegen Streiks um Paragraph 116

AP, Hamburg

Im Kampf gegen den umstrittenen Streikrechtsparagrafen 116 im Arbeitsförderungsrecht dürfen die DGB-Gewerkschaften nach Meinung des IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe nicht zu betrieblichen Streiks aufrufen. Allenfalls „spontane Aktionen“ der Belegschaften seien zulässig, sagte Rappe in einem Interview für die neueste Ausgabe des Hamburger Magazins „Stern“.

Rappe, der auch Bundesabgeordneter der SPD ist, wandte sich dagegen, daß der Streit um die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf „zur Verfassungsfrage überhöht“ wird. DGB-Gewerkschafter hätten nicht das Recht, gegen die geplante Änderung des Paragraphen 116 das Widerstandsrecht des Grundgesetzes in Anspruch zu nehmen.

„Der Blick durch die Kamera verändert vieles“ – Gespräch mit Klaus Poche

Unabänderliches schildert man nicht

Sieben Jahre ist es her, daß Klaus Poche, 1927 in Halle/Saale geboren, seinen Roman „Atomot“, einen Bericht über die Existenz des Schriftstellers in der „DDR“, in einem Freiburger Verlag, also in der Bundesrepublik, veröffentlichte. Versteht er schon damit gegen eine Verordnung der „DDR“, so machte er sich kurz darauf erst recht unbeliebt, als er zu denen gehörte, die gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestierten. Am 7. Juli 1979 wurde er dann aus dem Schriftsteller-Verband ausgeschlossen. Und das bedeutet nicht nur, daß ein Autor mundtot gemacht ist, weil er nicht mehr publizieren kann. Staatliche Stellen – Rundfunk, Film und Fernsehen – beschäftigen ihn nicht mehr. Er ist arbeitslos. Seit 1980 lebt Klaus Poche, versehen mit einem langfristigen Visum, mit seiner Frau in Pöhlheim bei Köln.

Inzwischen ist Poche nicht untätig geblieben. Er, der in der „DDR“ zwei Romane herausbrachte und die Bücher für nicht weniger als 25 Spiel- und Fernsehfilme schrieb, hat seit 1980 mehrfach für ARD und ZDF gearbeitet. „Collin“, Stefan Heyms Roman, übersetzte er in Bilder. „Die zweite Haut“, „Der kleine Bruder“ (die Schilderung der Probleme eines ausgereisten Rentners beim Zurechtfinden in der Bundesrepublik), die Bar-Geschichte „Berta von acht bis acht“, um im vergangenen Jahr, die Demaskierung in „Mamas Geburts-tag“ folgten.

Für den Regisseur Egon Günther, der schon die beiden letzten Filme

realisierte, schrieb Poche jetzt das Buch für den Film „Die letzte Rolle“. Die Geschichte eines gealterten Schauspielers (Hans Christian Blech), der dem Alkohol verfallen ist und nun ein Kollege (Jürgen Holtz) besucht, ob er durchhalten werde. Andernfalls ist er zum „Einspringen“ bereit.

„Es geht natürlich nicht nur um die beiden Schauspieler“, sagt Klaus Poche. „Gewiß, ich kenne das Milieu. Aber die beiden Schauspieler stehen stellvertretend für eine gesellschaftliche Realität. Die Schwierigkeit des Alters wollte ich darstellen – und die Mittel, mit denen man sich dann zu behaupten sucht. Das Ziel ist wortwörtlich, 'noch auf der Bühne zu bleiben'.“

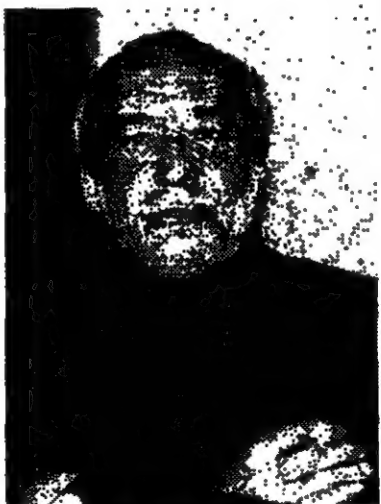
Will er denn sogleich ins Soziologische abstrahieren? „Durchaus nicht. Aber man kann ja nicht nur einen Zustand betrachten. Mir kommt es darauf an, auf etwas aufmerksam zu machen. In 'Mamas Geburtstag' stand eine Gruppe im Mittelpunkt, die ein Familienfest feierte, obwohl gar keine Familie mehr da war. Hier zeige ich, wie Menschen miteinander umgehen: Wie sie sich zu behaupten suchen, und wie das sofort umschlägt in einen Kampf gegeneinander. Wenn ich diesen Zustand für unabänderlich hielte, würde ich ihn vermutlich gar nicht schildern. Ich weiß nicht einmal, ob ich dann über-

haupt noch schreiben würde. Ist aber – vielleicht – doch noch zu ändern, so ist das mein Beitrag dazu, Probleme aufzuzeigen, die reparabel sind.“

Und wie kommt es, daß er zum dritten Mal mit Egon Günther zusammenarbeitet? „Ach“, sagt Poche, „wenn ein Autor ein Buch geschrieben hat, ist er ja relativ ausgeliefert. Er muß auch verstanden werden; was er wollte, muß in seinem Sinne umgesetzt werden.“ Und Günther garantiert das? „Wir haben eine ganz ähnliche Auffassung vom Film. Vielleicht liegt das daran, daß auch Günther aus der DDR stammt.“

Werden dort andere Denkstrukturen eingeblöt? Lernet man dort, was George Orwell in 1984 als strafbares „Zweideuten“ beschrieb, so daß man eine Sache von mehreren Seiten her betrachtet wird und man weniger anfällig für Schlagworte ist? „Das ist nicht nur in der DDR so“, meint Klaus Poche. „In Spanien gibt es das, und das liegt nicht nur an der langen Franco-Herrschaft. Denn auch in Frankreich und Italien kennt man das, während man ja in der Bundesrepublik dazu neigt, ziemlich einseitig zu sehen. Daran ist beteiligt, was ich 'Tatort-Dramaturgie' nennen würde, die ziemlich einseitig erzählt und vom Betrachter weder Mitdenken noch Einfühlen fordert. Die Logik dominiert. Davon unterscheidet sich meine Erzählweise – und die von Egon Günther.“

Was und wie schreibt Klaus Poche? Entwurf ist die Handlung – oder



Schreiben als hübsches Abenteuer: Schriftsteller Klaus Poche
FOTO: HORST ZIERMANN

schreibt er mehr? „Nein, ich liefere keineswegs nur das Konzept“, antwortet Poche. „Ich habe ja schon viele Filme gemacht. Ich entwerfe mir die Personen, ich beschreibe die Dialoge, und ich beschreibe die Szenen – was im Drehbuch 'die linke Seite' heißt. Da bin ich sogar sehr genau, was etwa die Dekorationen und die Kostüme angeht. Aber es läßt sich nicht alles vorhersehen. Der Blick durch die Kamera verändert vieles; eine Landschaft bringt manchmal eine besondere Stimmung hinzu. Und es kann schon vorkommen, daß sich die Figuren selbständig machen und einem davonlaufen. Dann muß man hinterherrennen und sie zurückholen. Oder man folgt ihnen, wenn's gut ist. So ist Schreiben schon ein ganz hübsches Abenteuer.“

HORST ZIERMANN

KRITIK

Und wo weht der Geist?

Wären Sie je in ihrem Leben betrunken? – Muß man das Nobelpreisgeld versteuern? – „Was war ihr bestes Jahr?“ Rückwärts-Fragen, die, weil beliebig austauschbar, man auch dem Herrgottschneider von Oberammergau hätte stellen können. Und dann der Höhepunkt: „Haben Sie als Junge schon gewußt, daß Sie mal ein so bedeutender Physiker werden würden?“

Es ist schon toll, wenn Emilio Gino Segrè, der 1959 zusammen mit Owen Chamberlain den Nobelpreis für den experimentellen Nachweis des Antiprotons erhielt, die ersten Versuche des Erklärtens: Toll überhaupt, einen so liebenswürdigen, in Ehren grau geworden 80jährigen Herrn in Bernu-

da-shorts zum Kaffee-Klatsch zu bitten.

Frank Elstners Idee indes, die stillen Stars (ZDF) zum Sprechen zu bringen, ist so neu ja nicht. Und wer von den Zuschauern nicht um die Leistungen des honorierten Wissenschaftlers wußte, mußte ja bei dem peinlichen Smalltalk den Eindruck bekommen, daß der Gute nicht mehr ganz bei der Stange ist.

Auf 16 weitere „Gespräche“, Ausflüge in die Welt des Geistes (man fragt sich allerdings, wo der wohl weht), dürfen wir uns freuen. Eines muß man dem Inhaber der „Frank-Elstner-Productions“ (wie der Nachspann verriet) lassen: Ihn ist ein Clou gelungen, den ZDF-Leuten so etwas auf Auge zu drücken. 25 weitere halbstündige Versuche, um die Elite der Wissenschaft näherzubringen, bleiben uns auch 1987 wohl kaum erspart. Wetten, daß ...
DIETER THIERBACH

Ein Gentleman macht Kasse

Laß deine Millionen im Lande und versteure sie redlich! Weil jedoch längst nicht alle Großverdiener aus EG-Staaten diesen Rat beherzigen, genießt das Schweizer Bankwesen mit seiner Nummernkonten-Diskretion in seinen Kreisen hohes Ansehen. Daß die geheimen Gelddepots zum Schreck und Schaden ihrer Besitzer durchaus angezapft werden können, führte der von Maria Matray listig und launig ersonnene Fernsehfilm Gammes im Paradies (ZDF) vor.

Eine Idealkolle für Armin Mueller-Stahl: Als Tausendstaus-Gamove Otto Flamm betreibt er, sozusagen mit Glashandschuhen und dem Charme eines Operettenbuffos, sein einträgliches Erpressergeschäft. Edel wie ein Gentleman, der mit den gesellschaft-

lich hochstehenden Schwarzgeldbesitzern von gleich zu gleich verkehrt, verkauft er ihnen sein Wissen und macht Kasse.

Flamm's Glück: die ebenso hübsche wie naive Straßburger Kleingeschäftsfrau Madeleine (Jutta Speidel). Sie assistiert ihm bei seinen elegant zelebrierten Raubzügen durch Kanzleien und Salons. Flamm's Pech: Im Größenwahn seiner kriminellen Unfehlbarkeit eröffnet er an der Riviera ein Top-Restaurant, dessen Adresse ihn schließlich hinter Gitter bringt. Doch ein so sympathischer Gauner wie Otto Flamm ertrickt sich auch noch das Happy-End mit seinem blonden Liebling im Ruhestandort Australien.

Der Film (Regie: Thomas Fantl) lieferte augenzwinkernde Unterhaltung und glänzende Außenaufnahmen. Seine einzige Schwäche: Er war dreißig Minuten zu lang.
GUNTHER RUDOLF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau und Tagesschau
10.25 Schwere See für deutsche Fischer
11.00 Ein Platz für Tiere

16.00 Tagesschau
16.10 Das kurze Leben eines Rembrandts
Stefan Bellot – eine unvollendete Karriere
Von Wolfgang Averanius
Ganze 27 Jahre ist er geworden, der Gießener Formel-1-Rennfahrer Stefan Bellot. Beim Lauf zur Sportwagen-Weltmeisterschaft in Spa/Brüssel war Stefan Bellot nach einer Kollision mit Jacky Ickx tödlich verunglückt.

16.55 Computerverrat
Die Welt der Elektronenrechner
Heute: Ohne Speicher geht nichts

17.25 Da schau her!
Eine Sendung für Neugierige

17.50 Tagesschau
Danz. Regionalprogramme

20.00 Die letzte Rolle
Fernsehfilm von Klaus Poche
Mit Hans-Christian Blech, Corinna Kirchhoff, Jürgen Holtz u. a.
Regie: Egon Günther
Peter Poller ist immer noch ein erstklassiger Schauspieler, sein Name besitzt noch wie vor Jahrzehnten die gleiche Macht. Deshalb hat man ihn die Rolle des Spioniers in Mollatres „Don Juan“ gegeben und in Kauf genommen, daß er vielleicht nicht durchhalten wird. Denn Poller ist ein Genie und sein Zusammenbruch nur noch eine Frage der Zeit.

21.55 Brennpunkt
Steckbrief Libyen – Khadafi und der internationale Terrorismus
Moderation: Ernst Elitz

22.30 Tagesschau
22.40 Boulevard Paris
Bilder aus einer Weltstadt
Präsentiert von Sabine Mann
Regie: Walidmar Kuri

24.45 Tagesschau
24.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

11.55 Unschon
12.10 Kastrats
12.25 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Bekehrungsgeschichten
Falsch gelobt
Ansicht, heute-Schlagzeilen

16.35 Tao Tao
Der eingebildete Hase
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tote-Ilustrierer
17.50 Info mit vier Folgen
Auf den Hund gekommen
Danz. heute-Schlagzeilen

18.55 mittwochsfoto – 7 aus 34
Spiel 77

19.00 heute
19.30 Dialekt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer

20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal

21.00 Der Deutscher-Chen
Unter Freund in Caracas
Blake Carrington braucht unbedingt Geld. Seine Not ist so groß, daß er Billy Waite, einen Geschäftsführer aus Caracas, den er aus früheren Zeiten kennt, sucht, um ihn um Hilfe zu bitten. Zufällig erhält Alexis davon und macht sich auf nach Venezuela. Gutes führt sie bestimmt nicht im Sinn ...

21.45 heute-journal
22.05 Aufbruch zum Reich Gottes
Christoph Blumhardt und der religiöse Sozialismus
Von Gottfried Edel
Der württembergische Pfarrer Blumhardt setzte diese Bewegung, die bedeutende Theologen dieses Jahrhunderts beeinflusst hat, von Bad Boll aus in Gang, doch heute scheint die geistliche Revolution im Sande verlaufen zu sein.

22.35 Die Frau, die weint
Französischer Spielfilm (1978)
Mit Dominique Laffin, Haydée Politoff, Jacques Dillion u. a.
Regie: Jacques Dillion

0.05 heute

WEST

18.00 Telekoll II
18.30 Tagesschau
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwerts in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
Music: Jacob Vorel; die Gesangs- und Instrumentalgruppe „Scuba“

21.45 Hobbyklub
Bauernmalerei
22.30 Identifikation einer Frau
ital.-franz. Spielfilm (1982)
Mit Tomas Milian, Christine Boisson, Daniela Silverio u. a.
Buch und Regie: Michelangelo Antonioni

0.35 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sonntagsmagazin
18.30 Die Sprachschwande
19.15 Das internationale TV-Kochbuch
19.30 Das Jahr in Gärten: Jänner
19.50 Die Rheinische Pfalz
20.15 Haseburger Journal special
21.00 Offerte
21.15 Das Licht der Gerechten

SÜDWEST

18.30 Die rote Zora und ihre Bande (1)
18.50 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Die Rheinische Pfalz
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Rheinische Pfalz
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional

HESSEN

18.30 Black Beauty (4)
18.35 Pinguin (4)
19.00 Pinguin
19.05 Tierprechstunde
20.15 Ich wollte einfach helfen
Karl Heinz Böhm spricht über seine Hilfsaktionen in Äthiopien
Ich habe ausflippen vor Glück ...

21.00 Drei ebnell
21.50 Lindenstraße (5)
22.20 Solo für Kolosch
Tschechoslowakischer Fernsehfilm

3SAT

18.00 Capitan Futuro
18.30 Lando
19.00 Mollatres
19.30 S. C. S. Charterbestell
19.50 Zeit in Bild 2
Order: Regionalprogramme

18.30 APF Blick
18.45 Sport auf SAT1
Bundesligisten unter Druck / Die Brasilianer und ihr Sturm auf die Weltmeisterschaft / Schnee in Schongau? / Studio-Gast: Rudi Gullendarf

19.45 Ein Ultimatum läuft ab
Italienischer Spielfilm (1975)

21.30 APF Blick
22.15 M – Es Mollatres
Von Managern, Musikern, Motoren, Mut und Mädchen

22.45 Kultur, Natur und Wissenschaft
Mollatres Rostropowitsch: Ein Mann aus Rußland

23.50 APF Blick

RTL-plus

19.30 Alles Smith und Jones
20.15 RTL-Spektakel
20.30 Alles Schwindel
Deutscher Spielfilm (1979)
Mit Gustav Fröhlich, Grethe Weiser, Hans Broussier u. a.
Regie: Bernd Hofmann

22.05 Wer bin ich?
22.27 Wetter / Horoskop / Berthepferl

Einsamer Mahner

Mk. - Wenn es in den Auseinandersetzungen über den Kurs der Agrarpolitik ging, war die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) stets mit von der Partie. Häufig ging es um die Interessen der Konsumenten und der Steuerzahler zu berücksichtigen, allein da. Dadurch hatten es Politiker und der Berufsstand leicht, sie als Brunnengift abzuqualifizieren. Trotzdem: Die AgV blieb sich selbst treu, sie fordert jetzt wieder eine Reform. Das, was sie zusammengefasst hat, soll es und kann nicht so einfach als baurenfeindlich abgetan werden.

Im Gegenteil. So wird doch ausdrücklich festgestellt, um wirtschaftliche Not zu vermeiden, könnten Reformversuche nur schrittweise erfolgen. Dabei sollte der Nebenlandwirtschaft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Darüber ließe sich doch wohl ebenso sinnvoll reden wie über das Verlangen, die Anpassung der Produktion an die Nachfrage auch über den Preis zu versuchen, wobei dies durch direkte Einkommenszahlungen oder Ersatzleistungen flankiert werden sollte.

Zielt dies nicht in die Richtung der gegenwärtigen agrarpolitischen Diskussion? Die Grenzen der Preispolitik als Instrument der Einkommenssicherung sind gerade

im vergangenen Jahr deutlich geworden. Die Auseinandersetzung mit der AgV lohnt sich. Wer sich darum mit irgendwelchen Vorwürfen drückt, setzt sich dem Verdacht aus, es gehe ihm nur um seine eigenen Vorurteile.

Atempause

Wb. - Mit Auftragsrückgängen gerade noch auf Vorjahreshöhe ist der November 1985 (so weit reicht die Statistik bislang) für den deutschen Maschinenbau möglicherweise noch etwas schwächer ausgefallen, als es erwartet hatte. Freilich: Der vorletzte Monat im Jahr ist für den größten deutschen Industriezweig traditionell eine kurze Atempause, ehe zum Jahresende der große Kalamus der Investitionsmittel noch einmal die Aufträge rollen lässt. Und ein einzelner Monat gibt kaum Hinweise auf einen Trend. Daß die Wachstumsraten der ersten Jahreshälfte - die insgesamt ein Auftragsplus von 18 Prozent gebracht hatte - sich nicht ad infinitum fortsetzen würden, war aber klar. So hat die Abschwächung der Zuwachsraten nicht nur im November, sondern auch in den Vormonaten den Gesamtvorsprung gegenüber 1984 inzwischen auf 13 Prozent gedrückt - immer noch ein glänzendes Ergebnis. Auch für die absehbare Zukunft signalisiert die allgemeine Investitionsbereitschaft vor allem im Inland dem Maschinenbau gute Wachstumschancen. Zum Trübsalblase hat die Branche weder Anlaß noch Zeit.

Überforderte Steuerpolitik

Von HANSJÖRG HÄFELE

Der Autor ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Nach leidvollen Erfahrungen in den westlichen Industrieländern ist der Glaube erschüttert, durch kurzfristige öffentliche Ausgabenprogramme die Konjunktur steuern zu können. Obwohl Steuerentlastungen günstiger zu beurteilen sind, wäre es falsch, nunmehr auf kurzfristige konjunkturelle begründete Steuerentlastungen zu setzen. Die Steuerpolitik hat vielmehr die Aufgabe, auf Dauer und verlässlich die Rahmenbedingungen für Investitionen und Leistungen zu verbessern. Nachfragergestützte Wirkungen treten aber nur ein, wenn die Steuerpolitik eingebettet ist in die glaubwürdige Fortführung der Politik der Herabführung der staatlichen Neuverschuldung und des Staatsausgabenanteils.

Die Wirtschaft darf also kein Experimentierkasten für die Steuerpolitik sein. Die steuerlichen Rahmenbedingungen müssen stimmen, nicht mehr und nicht weniger. Gezielte Steuerentlastungen, Investitionsprämien, Investitionsrücklagen und ähnliche Wundermittel sind allenfalls kurzfristige Krücken. Der Irrtum ist indes weit verbreitet, steuerpolitische Maßnahmen seien ein Allheilmittel gegen die verschiedenen Altagsbeschwerden oder gar eine Wunderwaffe zur Heilung von Beschwerden unserer Wirtschaft. Die Vorstellung von der Machtbarkeit der Wirtschaft wäre ein Rückfall in die Ideenwelt der 70er Jahre. Die Rationalität in der Wirtschaftspolitik wurde durch gerade durch den erfolgreichen Herumdoktern mit den verschiedensten Arzneien am Patient "Wirtschaft" ausgelöst.

In unserer Wirtschaftsordnung zeitigen Eingriffe, Subventionen und Interventionen Ergebnisse, die über das angelegte Ziel weit hinausgehen. Unerwartete Nebenwirkungen oder Verwerfungen treten auf, die ihrerseits immer weitere Bereiche der Wirtschaft erfassen und immer neue Forderungen nach sich ziehen. Die Kräfte unserer Wirtschaft werden verwirrt, abgelenkt und an der vollen Entfaltung gehindert. So wäre auch die Steuerpolitik überstrapaziert, wollte man das Füllhorn ihrer Möglichkeiten einsetzen, um stetiges Wirtschaftswachstum oder einen hohen Beschäftigungsgrad zu erzielen.

PARISER CLUB

Fristverlängerung bei Umschuldungen angestrebt

J. Sch. Paris

Bei den westlichen Gläubigerländern zeigen sich Bestrebungen, die von ihnen im Rahmen des "Pariser Clubs" für staatliche beziehungsweise staatlich garantierte Forderungen gegenüber den Regierungen aus Drittländern gewährten Zahlungseinstellungen zeitlich zu verlängern. Nachdem der 1980 eingerichtete Club zunächst nur für zwölf Monate Aufschub gewährte, ging er in den letzten Jahren bis zu 18 Monate.

Diese Beschränkung würde aber nicht mehr der Vielschichtigkeit der anstehenden Forderungen gerecht, heißt es. Während früher nur die großen Schuldnerländer Aufschub erhielten, durchlaufen den Club inzwischen Länder der verschiedensten Kategorien, die zum Teil, wie etwa Togo, einen sehr langfristigen Umschuldungsbedarf haben.

Noch bis 1980 trat der Club zweimal im Jahr zusammen, im vergangenen Jahr aber nicht weniger als 22 mal, wobei Forderungen von insgesamt 17,5 Mrd. Dollar (einschließlich Zinsen) gestundet wurden, gegenüber 4,5 Mrd. Dollar im Vorjahr. Damit wurde sogar das aus der Verschuldungskrise von 1983 resultierende Stundungsvolumen (10,5 Mrd. Dollar 1983) übertroffen.

Der Erfolg des Pariser Clubs beruht darauf, daß sich die Schuldnerländer vor ihren Stundungsanträgen dem Internationalen Währungsfonds gegenüber zu konkreten Sanierungsmaßnahmen für die nächsten drei Jahre verpflichten mußten. Die Stundung auf eine so lange Zeit auszuweiten hält der derzeitige Club-Vorsitzende, der Unterdirektor des französischen Schatzamtes, Jean-Claude Trichet, nicht für wünschenswert.

KONJUNKTUR / Frühindikatoren signalisieren einen beschleunigten Aufschwung

Auftragseingänge und Produktion haben weiter spürbar zugenommen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Konjunktur in der Bundesrepublik gewinnt weiter an Fahrt. Dieses signalisieren die ersten offiziellen Zahlen, die zum Jahresanfang vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht wurden. Danach hat die Nachfrage nach Industrieprodukten - einem wichtigen konjunkturellen Frühindikator - zuletzt weiter spürbar zugenommen. Auch die Industrieproduktion ist zum Jahresende weiter gestiegen.

Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stiegen die Auftragseingänge beim Verarbeitenden Gewerbe von Oktober auf November preis- und saisonbereinigt um knapp zwei Prozent. Während die Inlandsaufträge im Vergleich zum Vormonat unverändert blieben, nahmen die Bestellungen aus dem Ausland um gut 1,5 Prozent zu und bewegten sich damit wieder auf dem hohen Niveau des Frühjahrs.

Im Zweimonatsvergleich Oktober/November gegenüber August/September wurde für das Verarbeitende Gewerbe ebenfalls ein fühlbarer Bestellzuwachs von zwei Prozent ermittelt. Die Inlandsaufträge nahmen in diesem Zeitraum um 2,5 Prozent, die Auslandsaufträge um 1,5 Prozent zu.

Während der saisonbereinigte Volumen-Index des Auftragsbestandes im Verarbeitenden Gewerbe (1980 gleich 100) insgesamt im November bei 111 lag, war er für die Bestellungen aus dem Inland nur mit 101 angegeben, dagegen erreichte der Index der Auftragsbestände aus dem Ausland volumensmäßig im November 131.

Auch im Zweimonatsvergleich schneiden die Hersteller von Investi-

tionsgütern nach wie vor am besten ab. Sie konnten mit gut zwei Prozent den höchsten Bestellzuwachs verbuchen. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wurde ein Anstieg des Ordervolumens um 1,5 Prozent registriert. Dagegen meldeten die Hersteller von Verbrauchsgütern einen Nachfragerückgang von zwei Prozent.

Verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres gingen beim Verarbeitenden Gewerbe in den Monaten Oktober/November real 3,5 Prozent mehr Bestellungen ein. Dabei wurde aus dem Inland ein Zuwachs um 4,5 Prozent verbucht, während die Auslandsaufträge trotz des vor zwölf Monaten erreichten hohen Niveaus ein Plus von zwei Prozent erreichten konnte. Die Zunahme der Nachfrage kam ausschließlich den Herstellern von Investitionsgütern zugute. Sie verzeichneten einen Anstieg um sieben Prozent. Dagegen stagnierte der Auftragsbestand im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe als auch bei den Herstellern von Verbrauchsgütern.

Für die Industrieproduktion sind die Oktober-Zahlen vom Statistischen Bundesamt nachträglich spür-

bar auf gut drei Prozent nach oben korrigiert worden. Im November hat sich die Erzeugung nach vorläufigen Berechnungen auf diesem hohen Niveau gehalten. Und das, obwohl die Entwicklung durch den Rückgang der Bauleistung um 16 Prozent belastet wurde. Dieser Einbruch dürfte nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums überwiegend das Ergebnis des ungewöhnlichen frühen und heftigen Wintersturms gewesen sein, der von der Saisonbereinigung nicht hinreichend ausgeschaltet werden kann.

Der Zweimonatsvergleich Oktober/November gegenüber August/September weist für das Produzieren der Werke eine kräftige Produktionserhöhung um 3,5 Prozent aus. Um diese Rate ist auch die Industrieproduktion gestiegen. Der Ausstoß im Investitionsgütersektor kletterte um sechs Prozent, die Bautätigkeit nahm um ein Prozent ab.

Das entsprechende Vorjahresniveau übertraf die Industrieproduktion im Oktober/November insgesamt um 4,5 Prozent. Dabei kam das Verarbeitende Gewerbe sogar auf einen Zuwachs von 5,5 Prozent. Eindeutiger Spitzenreiter war auch hier der Investitionsgütersektor mit einem Zuwachs von neun Prozent. Dagegen kamen die anderen Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes auf Zuwachsraten von rund zwei Prozent. Der Bergbau meldete einen Rückgang der Aktivitäten um fünf, das Bauhauptgewerbe um 6,5 Prozent.

AUF EIN WORT



Flexibilität ist für die Beschäftigtenunternehmen das Gebot der Stunde. Das Regieren auf den Markt und auf die Wünsche des Handels setzt flexibles Verhalten voraus. Wir brauchen die flexible Gestaltung der Arbeitszeit, sie muß der Auftragslage und den Lieferterminen angepaßt sein, und sie sichert die Arbeitsplätze im Inland.

Gerd Somborg, Präsident des Bundesverbandes Beschäftigten (BAG)

Börsenzeit verlängert

Die Börsenzeit mußte gestern offiziell um eine halbe Stunde verlängert werden, weil die Auftragsflut innerhalb der üblichen zwei Börsenstunden nicht zu bewältigen war. Die Börse begann infolge von Gewinnmitnahmen schwach mit Verlusten von fünf bis zehn Mark, von denen sich viele Titel im Verlauf teilweise erholten, als massive Nachfrage aus dem In- und Ausland an den Markt drängte. Der WELT-Aktienindex ermittelte sich um 0,8 Prozent von 289,91 auf 291,54 Punkte. Überdurchschnittlich stiegen VW auf 552 DM (plus 30 DM), AEG auf 280,50 DM (plus 15,50 DM).

KONZENTRATION IM HANDEL

Verbraucher fordern: „Mit Augenmaß“ gegensteuern

Mk. Bonn

Der Konzentration im Lebensmittelhandel sollte nach Ansicht der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) „mit Augenmaß“ gegensteuert werden. Wie die AgV schreibt, sollte zunächst ausgelastet werden, ob nicht die Möglichkeiten des Kartellgesetzes, die Bestimmungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) und die freiwilligen Selbstbeschränkungsmaßnahmen (Fortsetzung der gemeinsamen Erklärung) ausreichen, bevor an Änderungen der Vorschriften herangegangen werde. Der Ansatzpunkt für ein staatliches Eingreifen könne nur in einer verschärften Kontrolle der Zusammenschlüsse liegen.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung stellt sich für die Verbraucherorganisation als Gratwanderung dar. Auf der einen Seite könne ein offen-

sichtlich ruinöser Verdrängungswettbewerb nicht im Interesse der Verbraucher sein, weil ihnen aus Gründen des Wettbewerbs und der Versorgungssicherheit an einer Vielfalt der Angebotsformen gelegen sein muß. Auf der anderen Seite dürfte aber nicht vorschnell ein ruinöser Verdrängungswettbewerb unterstellt werden, obwohl nur ein unbeeinträchtigter Preiswettbewerb beseitigt werden soll.

Vorschläge, Preisgegenüberstellungen zu verbieten, die mengenmäßige Begrenzung in der Werbung oder im Verkauf selbst zu untersagen oder den Verkauf unter Einkaufspreis zu unterbinden, mögen sich nach Ansicht der AgV gegenüber dem Mittelstand gut darstellen lassen, doch wäre der Schaden - nämlich eine weitgehende Wettbewerbslähmung - größer als der Nutzen.

MINERALÖL

Der sehr kalte Winter 1985 sorgte für ein Absatzplus

dpa/VWD, Hamburg

In der Bundesrepublik wurden im vergangenen Jahr 103,5 Millionen Tonnen Mineralölprodukte und damit rund 2,6 Prozent mehr als 1984 verbraucht. Der höhere Absatz ist jedoch nach Angaben der Esso AG, Hamburg, im wesentlichen eine Folge des ungewöhnlich kalten und lang anhaltenden Winterwetters Anfang letzten Jahres. Besonders deutlich wird dies beim leichten Heizöl, bei dem der Verbrauch von 33,9 auf 36,8 Millionen Tonnen (plus 8,5 Prozent) nach Schätzungen der Esso zu etwa 70 Prozent auf die Kälte zurückzuführen war. Die Gesellschaft erwartet daher in 1986 keine nennenswerte Nachfragerückgang.

Dagegen beeinträchtigten die winterlichen Straßenverhältnisse und der verregnete Sommer den Absatz von Motorenbenzin. Trotz steigender Motorisierung sank er um 1,4 Prozent auf 23,3 Millionen Tonnen. Davon entfielen 57 Prozent auf Super- und 43 Prozent auf Normalbenzin. Bleifreies Benzin machte nur ein Prozent des Gesamtabsatzes aus. Gestiegen ist der Verbrauch von Dieselmotoren. Er erreichte mit 14,8 Millionen Tonnen (plus 5,5 Prozent) seinen bisher höchsten Stand. Bei schwerem Heizöl sank die Nachfrage weiter um 7,7 Prozent auf 9,8 Millionen Tonnen.

Die Einfuhr von Rohöl und Mineralölprodukten in die Bundesrepublik betrug nach den Esso-Angaben 1985 insgesamt 111,8 Millionen Tonnen, ein Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei wuchs der Anteil der Produkte von 39,6 (1984) auf 42,3 Prozent. Die Opec, die vor zehn Jahren mehr als 90 Prozent des importierten Rohöls lieferte, deckte 1985 nur noch 53,6 (55,6) Prozent des deutschen Rohölbedarfs. Ein Drittel der Rohöleinfuhr stammte aus der Nordsee.

Wiederum fast drei Viertel der repräsentativen Stichprobe (74 Prozent) entschieden sich für die Pflichtversicherung - 24 Prozent waren für die private Krankenversicherung mit einem Leistungsumfang nach Wahl.

Eigener Einsatz stand dagegen wieder bei der Frage nach den Bestimmungsgründen für eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche im Vordergrund. Unter vier Antwortmöglichkeiten, von denen zwei zu wählen waren, kreuzten 57 Prozent die berufliche Ausbildung, 41 Prozent die eigene Leistungsbereitschaft, 37 Prozent das Arbeitsplatzangebot der Unternehmen und nur 27 Prozent die Arbeitsmarktpolitik des Staates an.

Interpretationsfähig sind die Antworten auf die Frage nach dem persönlichen Sicherheitsgefühl. 70 Prozent sehen keine Gefährdung ihres Arbeitsplatzes, zehn Prozent halten ihn für gefährdet. Der Rest ist unentschieden oder mag sich nicht äußern.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Wettbewerbsfähigkeit der Industrie Anlaß zur Sorge

WILHELM HADLER, Brüssel

Besorgt über die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie haben sich die Experten der EG-Kommission in einer Studie geäußert, die demnächst in der Brüsseler Zeitschrift „Europäische Wirtschaft“ erscheinen wird.

Danach stützen sich die Exporte der sieben wichtigsten EG-Länder im Zeitraum zwischen 1972 und 1982 zunehmend auf technische weniger hochentwickelte Erzeugnisse, die einer schwächeren Konkurrenz aus den USA, Japan und den neuen Produzentenländern Südasiens ausgesetzt sind, aber auch ein geringeres Wachstum der Nachfrage aufweisen als die Exporte dieser Länder.

In der Zehnjahresperiode ist der Anteil der Ausfuhren an der Produktion der europäischen Industrie zwar kräftig gestiegen; gleichzeitig gingen die von den Mitgliedsländern erklämpften Marktanteile jedoch weltweit zurück. Die EG-Exporte haben sich also weniger schnell entwickelt als die der wichtigsten Handelspartner. Andererseits stammten 1982 weniger als 60 Prozent des Verbrauchs an Erzeugnissen der Spitzentechnologie in der EG aus europäischer Produktion, während die USA ihren Markt zu 90 Prozent und Japan seinen zu 95 Prozent selbst versorgen.

Alles vollzieht sich so, als ob die europäischen Industrieländer - angesichts einer im Hinblick auf Qualität und Preis anspruchsvollen internen Nachfrage in der Gemeinschaft -

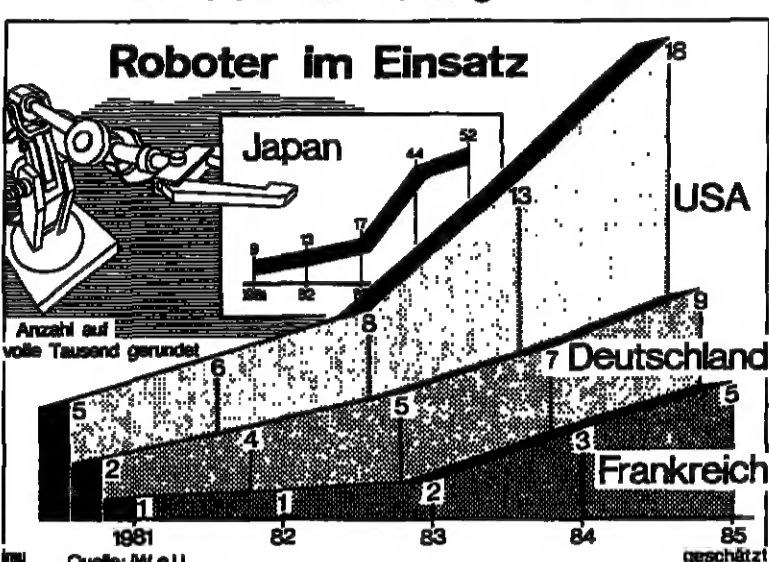
neue Absatzwege eher im Rest der Welt gesucht hätten“, heißt es. Stütze lasse sich diese These auf die verstärkte Spezialisierung auf Produkte mit schwacher Nachfrageentwicklung.

1982 haben die EG-Industriellen 16 Prozent ihrer Erzeugung in nicht zur Gemeinschaft gehörende Länder exportiert, verglichen mit einem Ausfuhranteil von neun Prozent in den USA und 14 Prozent in Japan. Noch deutlicher wird der Unterschied wenn man die innergemeinschaftlichen Exporte mit einbezieht.

Obwohl der Exportanteil auch bei Erzeugnissen mit hohem Nachfragewachstum (1982: rund 23 Prozent) bedeutend war und mit rund 6,2 Punkten sogar stärker zunahm als der der USA und Japan, gibt die Entwicklung nach Meinung der EG-Experten jedoch keinerlei Anlaß zum Optimismus: Neue Marktanteile hätten sich nämlich für die europäische Industrie nur bei Erzeugnissen mit schwacher Nachfrageentwicklung ergeben (Textilien, Leder, Bekleidung, Stahl und Metallergüssen sowie Baustoffe); bei anderen Gütern sei der höhere Exportanteil lediglich auf eine Umorientierung des Absatzes und nicht auf eine stärkere wirtschaftliche Aktivität zurückzuführen.

Die USA und Japan hätten sich statt dessen umgekehrt auf Erzeugnisse mit wachsender Nachfrage spezialisiert. Weniger stark gefragte Waren seien auch zunehmend weniger angeboten worden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Zahl der weltweit installierten Industrieroboter steigt weiter. Während sich in Westeuropa und den USA die Zunahme nun in Grenzen hält, hat in Japan seit 1983 eine Verdreifung stattgefunden. In der Bundesrepublik machte bisher vor allem der Robotereinsatz in der Automobilproduktion Schlagzeilen.

Rekorddefizit

im Agraraußenhandel

Bonn (tr) - Die Agrarimporte der Bundesrepublik Deutschland sind 1985 nach vorläufigen Schätzungen des Bundesernährungsministeriums um 54,6 auf rund 58 Mrd. DM und der Wert der Exporte von 26,7 auf rund 28 Mrd. DM gestiegen. Das Defizit im Außenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen übertrifft danach 1985 mit rund 30 Mrd. DM nach dem bisherigen Rekorddefizit von 27,9 Mrd. DM 1984. Wie Ernährungsminister Ignaz Kiechle dazu mitteilte, ist die Bundesrepublik gemessen an der Einwohnerzahl der größte Agrarimporteur der Welt und nach den USA, Frankreich und den Niederlanden viertergrößter Agrarexporteur.

Ölförderer gesucht

Hamburg (tr) - Die vom Land Niedersachsen gegründete German Oil GmbH will Saudi-Arabien und den Iran mit jeweils bis zu 25 Prozent an der im vergangenen März von der Mobil Oil AG stillgelegten Ölförderung Wilhelmshaven beteiligen. Das bestätigte German-Oil-Geschäftsführer August F. Kurtz. Es gebe zwar auch deutsche Interessen, doch wolle German Oil in erster Linie eine Beteiligung von Ölförderländern.

Zinssenkungsgespräche

Tokio (dpa/VWD) - Der japanische Finanzminister Noboru Takeshita wird am 16. Januar nach London fliegen, wo er mit US-Finanzminister James Baker sowie mit Schatzkanzler Nigel Lawson Gespräche über eine kommende internationale koordinierte Zinssenkungsrunde führen will. Durch diesen Hinweis werden Spekulationen verhärtet, denen zufolge am 18. Januar in London ein Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der sogenannten Fünfer-Gruppe stattfinden soll.

Neue Liquidität

Frankfurt (VWD) - Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue zeitlich befristete Liquiditätshilfe in Höhe von 12,2 Mrd. DM. Wie die Bundesbank gestern auf Anfrage mitteilte, wurden bei der ersten Serie der ausgeschriebenen Wertpapierkuponen mit einer Laufzeit von 28 Tagen - bei 7,5 Mrd. DM Geboten - 6,4 Mrd. DM zum Zins von 4,55 Prozent zugeteilt, bei der zweiten

Tranche mit einer Laufzeit von 58 Tagen - bei 9,0 Mrd. DM eingegangenen Geboten - 5,8 Mrd. DM. Die Gutsschrift dieser neuen Wertpapierkuponen erfolgt am 8. Januar, die Laufzeit reicht bis zum 5. Februar und 5. März 1986. Diesen neuen Wertpapierkuponen stehen gleichzeitige Fälligkeiten in Höhe von 17,2 Mrd. DM gegenüber.

Magere Rendite

Frankfurt (cd.) - Die Kreditanstalt für Wiederaufbau begibt eine 6,375prozentige zehnjährige Anleihe über 750 Mill. DM, von der 700 Mill. DM vom 10. Januar an zum Kurs von 99 Prozent über ein Konsortium zum Verkauf angeboten werden. Die Konditionen gelten im Rentenhandel als „überzogen“. Da kein Auslandsinteresse zu erwarten sei, müßte die Rendite einen halben Prozentpunkt höher sein, damit die Anleihe der Konkurrenz von Pfandbriefen standhalten kann, heißt es. Für die nächsten Tage erwartet der Markt eine Niedersachsen-Anleihe mit ebenfalls nicht marktgerechten Konditionen.

Mehr Autos verkauft

Detroit (AP) - Der Absatz von Kraftfahrzeugen in den Vereinigten Staaten hat im vergangenen Jahr den höchsten Stand der letzten sieben Jahre erreicht. Der Absatz stieg 1985 mit 8,2 Millionen Fahrzeugen im Vergleich zum Vorjahr um 6,3 Prozent.

Dollar stark gefallen

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Dollarkurs ist gestern um fast vier Pfennig auf den niedrigsten Stand seit mehr als zweieinhalb Jahren gefallen. Der amtliche Mittelkurs der US-Devisen wurde in Frankfurt mit 2,4375 DM nach 2,4760 DM am Montag festgestellt. Zuletzt wurde der Dollar am 9. Mai 1983 (2,4346 DM) schwächer notiert. Die Deutsche Bundesbank griff offiziell nicht in den Markt ein.

Leichter Absatzrückgang

Köln (dpa/VWD) - Die deutschen Einzelhandelsfachgeschäfte haben in den ersten elf Monaten 1985 im Branchendurchschnitt preisbereinigt ein Prozent weniger abgesetzt als ein Jahr zuvor. Nominal lag das Verkaufsergebnis nach einer Übersicht der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) auf gleicher Höhe wie im Vorjahr.

INVESTMENT / Positive Wertentwicklung im letzten Jahr

Aktienfonds an der Spitze

VWD, Frankfurt
Wertsteigerungen zwischen 47,1 und 72,2 Prozent erzielten nach Berechnungen des Bundesverbands Deutscher Investment-Gesellschaften e.V. (BVI), Frankfurt, die überwiegend in der Bundesrepublik anliegenden Aktienfonds im Jahre 1985. Dieses vierte Hausjahr in Folge wirkte sich auch auf die mittel- und langfristigen Anlageergebnisse aus: Die BVI-Statistik weist für den Fünfjahreszeitraum 1981 bis 1985 für 15 Jahre 225 bis 395 und für 20 Jahre 1980 Prozent Wertzuwachs aus.

Die Ergebnisse der international anliegenden Aktienfonds waren überwiegend ebenfalls positiv und reichten bis zu 58,9 Prozent. Gemäß des ihnen möglichen Anlagespektrums verzeichneten sie in Ausnahmen, wie der BVI schreibt, auch Einbußen bis zu 12,6 Prozent. Im Fünfjahreszeitraum reichten die Wertentwicklungsergebnisse von minus 1,2 bis plus 186,8 Prozent. Langfristig gab es bei zehn Jahren Zuwächse bis zu 242 und bei 20 Jahren bis zu 399,5 Prozent.

Entsprechend der Rückbildung des Zinsniveaus erzielten auch die deutschen Renten- und Anlagensparfonds zwischen 4,5 und 13,3 Prozent. Mittelfristig (fünf Jahre) betrug der

Wertzuwachs 53 bis 93 Prozent, langfristig 111 bis 141 Prozent (zehn Jahre) bzw. bis 273 Prozent (15 Jahre).

Die international anliegenden Renten- und Anlagensparfonds erzielten aufgrund des nicht nur in den USA höheren Zinsniveaus in allen Berechnungszeiträumen noch bessere Ergebnisse, berichtet der Verband. Im Ein-Jahres-Vergleich waren es bis zu 37 Prozent, in fünf Jahren 135, in zehn Jahren 209 und in 15 Jahren 345 Prozent.

Die in Aktien und in festverzinslichen Wertpapieren anliegenden gemischten Fonds erreichten im vergangenen Jahr Wertsteigerungen von 22,8 bis 56,9 Prozent. Mittelfristig erreichten sie Werte zwischen 114 und 158 Prozent (fünf Jahre), langfristig bis zu 326 Prozent (15 Jahre) bzw. 458 Prozent (20 Jahre).

Die offenen Immobilienfonds blieben aufgrund ihrer auf gewerbliche Objekte ausgerichteten Anlagestrategie von den Störungen am Wohnungsmarkt unberührt. Sie erzielten Anlageerfolge zwischen 5,4 und 7,1 Prozent. Innerhalb der letzten zehn Jahre betrugen die Wertsteigerungen 60 bis 102 Prozent. Für den 15-Jahres-Vergleich errechnete der Verband Werte zwischen 128 und 188 Prozent, für 20 Jahre bis zu 255 Prozent.

GROSSBRITANNIEN / Rekordabsatz von Neuwagen

Ford fährt weiterhin vorn

Au, London
Die Neuwagenverkäufe in Großbritannien erreichten im vergangenen Jahr ein Rekordniveau. Dem britischen Automobilverband SMMT zufolge wurden 1985 mit 1,83 Millionen Neuwagen 2,37 Prozent mehr verkauft als im bisherigen Rekordjahr 1983 mit 1,79 Mill. Neuwagen. Die guten Verkaufszahlen wurden nicht zuletzt durch heftige Preiskämpfe und beträchtliche Verkaufsförderung für Händler erzielt.

Unabhängig von der Spitze liegt weiterhin der Ford-Konzern mit einem Anteil am britischen Neuwagenmarkt von 26,5 Prozent. Allerdings fiel Fords Anteil auch im vergangenen Jahr zurück, nämlich von 27,2 Prozent 1984. Auch die Zahl der verkauften Ford-Neuwagen schwächte sich gegenüber 1984 leicht von 486 971 auf 485 620 ab. Dafür konnten die beiden großen Rivalen, British Leyland und Vauxhall/Opel, etwas besser abschneiden. British Leyland erreichte einen Marktanteil von 17,9 Prozent (plus 0,06 Prozent) und eine Verkaufszahl von 327 955 (plus 16 000). Vauxhall/Opel erhöhte den

Marktanteil von 16,17 auf 16,56 Prozent und die Verkaufszahl um gut 20 000 auf 303 473 Neuwagen.

An vierter Stelle liegt unverändert der japanische Nissan-Konzern, obwohl sich der Abstand gegenüber der fünftplazierten VW/Audi-Gruppe merklich verringert hat. So gingen bei Nissan Marktanteil und Verkaufszahlen gegenüber 1984 von 6,08 auf 5,76 Prozent bzw. von 106 390 auf 105 517 Neuwagen zurück, während die VW/Audi-Gruppe einen Anstieg der Neuwagenverkäufe von 96 603 auf 103 877 und damit eine Ausweitung des Marktanteils von 5,52 auf 5,67 Prozent erreichte. An sechster Stelle rangiert die Peugeot-Gruppe mit 101 314 (95 080) verkauften Neuwagen und einem Marktanteil von 5,53 (5,43) Prozent.

Insgesamt hat sich der Anteil importierter Fahrzeuge am britischen Neuwagenmarkt weiter ausgeweitet, nämlich von 57,52 auf 58,11 Prozent. Darin kommt nicht zuletzt der hohe Importanteil der Marken Ford (44 Prozent) und Vauxhall/Opel (56 Prozent) aus kontinentaleuropäischer Fertigung zum Ausdruck.

NAMEN

Wolfgang Grimm, langjähriger Presseschef der Concor Flugdienst GmbH, Neuenburg, wird am 9. Januar 65 Jahre.

Robert Alinari, zuletzt Berater für internationale Angelegenheiten bei International Harvester, ist zum Vice President Communications von Airbus Industrie ernannt worden.

Heinz-Jörg Platsek, bisher Direktor der zum Konzern der Dresdner Bank gehörenden Bank für Handel und Industrie AG, Berlin, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1986 als Generalbevollmächtigter in die Deutsche Hypothekendarlehenbank Frankfurt-Bremen AG, Frankfurt/Bremen, eingetreten.

Manfred Wiedemann (46) übernimmt ab 8. Januar 1986 die Leitung der Verkaufsabteilung Nord der Henninger-Bräu AG und wird Nachfolger von Rainer Strauss (34), der in die Geschäftsleitung der Westgebräue GmbH wechselt.

Bauelemente unter PC-Druck

Wb, Frankfurt
Der deutsche Bauelemente-Markt hat sich 1985 nicht ganz so kräftig entwickelt wie zunächst erwartet. Mit einem Wachstum um acht Prozent auf 10,8 (10) Milliarden Mark blieb sein Volumen unter den anvisierten 11 Milliarden, die einen zehnprozentigen Zuwachs bedeuten hätten. Grund war die Entwicklung im Personal-Computer-Bereich, die sich zwar in den USA abspielte, indirekt aber auch auf die europäischen Bauelemente-Märkte wirkte.

Überföhrten wurden die Prognosen allerdings im Bereich der elektronischen Bauelemente (Halbleiter, Schalter, Steckverbinder), die mit einem Sprung um 14 Prozent auf 3,7 (3,2) Milliarden DM gut ein Drittel des Marktes ausmachten. Für ihre Entwicklung spielen neben der Informationstechnik auch die Telekommunikation und die Industrie-Elektronik eine wichtige Rolle.

Knapp die Hälfte des Marktes entfiel jedoch auf die aktiven Bauelemente (Chips, diskrete Halbleiter, Röhren), die nur einen Zuwachs um vier Prozent auf 5 Mrd. DM verzeichneten. Auch die passiven Bauelemente (Widerstände, Kondensatoren usw.) erreichten nur ein Inlandswachstum um fünf Prozent auf 2,1 Milliarden DM. Die Prognose für 1986 fällt mit „mindestens fünf Prozent“ Zuwachs im gesamten Bauelemente-Markt deutlich vorsichtiger aus.

FRANKREICH / Regierungslager protestiert gegen Konzentration in der Presse

Hersant setzt auf die rechte Mehrheit

JOACHIMSCHAUFUSS, Paris
Obwohl sich der französische Pressesektor Robert Hersant mit dem Erwerb der Zeitungsgruppe „Le Progrès de Lyon“ eindeutig über das französische Pressegesetz vom 23. Oktober 1984 hinweggesetzt hat, dürfte es der derzeitigen Regierung schwer fallen, diese Transaktion vor den Parlamentswahlen vom 18. März zu Fall zu bringen. Danach hofft Hersant auf ein ihm günstiges neues Gesetz dank seiner Schützflügel für die Oppositionsführer Chirac und Giscard.

Die Proteste aus dem Regierungslager sowie von Raymond Barre, der als bürgerlicher Abgeordneter von Lyon einer der starken Pressekonzentration in seiner Region ablehnend gegenübersteht, scheinen Hersant nicht zu beeindrucken. Er beruft sich vor allem darauf, daß die jetzt von ihm übernommene Zeitungsgruppe, zu der außer dem aus acht Titeln bestehenden „Progrès“ eine vierzigprozentige Beteiligung an der Pariser Sonntagszeitung „Le Journal de Dimanche“ gehört, ohne seine Hilfe wegen ihrer gewaltigen Verluste von mehr als 100 Mill. Franc in Konkurs geraten wäre. So aber seien 1250 Arbeitsplätze gerettet worden.

Insgesamt beschäftigt die Hersant-Gruppe 10 000 Personen. Ihr Umsatz hatte nach letzten Angaben 4 Mrd. Franc 1984 erreicht, bei einer verkauften Auflage von 3,95 Mill. Exemplaren gegenüber 2,78 Mill. 1979. Die Gruppe stellte damit 20 Prozent der nationalen und 38 Prozent der regionalen Auflagen. Diese Positionen wurden 1985 weiter verstärkt. Durch die Übernahme des „Progrès“ (Auflage 300 000 Exemplare) ist sie in der Region von Lyon marktbeherrschend geworden.

Nach dem sozialistischen Pressegesetz darf ein Verleger aber nur 15 Prozent der nationalen Auflage kontrollieren, und wenn er gleichzeitig über nationale und regionale Auflagen verfügt, was bei Hersant der Fall ist, dann dürfen seine Anteile jeweils nur zehn Prozent erreichen. Bei Überschreitung dieser Normen drohen hohe Geldstrafen und unter bestimmten Voraussetzungen ein Berufsverbot von bis zu zehn Jahren. Allerdings kann die „Kommission für Transparenz und Pluralismus in der Presse“ nur normale Gerichtsverfahren einleiten, die Hersant schon mehrfach Geldstrafen brachten. Gegen ein Berufsverbot schützt den Verleger ge-

genwärtig seine Immunität als Abgeordneter im Europa-Parlament.

Seine Karriere hatte Hersant mit dem „Auto-Journal“, der ersten im Farbdruck hergestellten europäischen Automobilzeitung, begonnen. In den letzten Jahren erzielte er die größten Erfolge mit dem „Figaro“, der dank der Wochenend-Illustrierten „Figaro-Magazin“ und „Figaro-Madame“ inzwischen eine Auflage von über 500 000 Exemplaren erreicht hat.

Die übrigen Zeitungen und Zeitschriften der Gruppe haben sich unterschiedlich entwickelt. Während unter den Tageszeitungen „France-Soir“ nachlief, konnte unter den Regionalzeitungen der „Dauphiné Libéré“ (Lyoneser Region) stark an Boden gewinnen. Ob sich daneben der „Progrès de Lyon“ ebenso günstig entwickeln kann, gilt als fraglich. Aber Hersant scheint es vor allem darauf anzukommen, seinen politischen Einfluß zu stärken und nach einem Wahlsieg der Rechten in die lukrative französische Fernsehgesellschaft einzusteigen. Neben seinem Zeitungsimperium kontrolliert er etwa 30 lokale Rundfunkstationen sowie zahlreiche Presse- und Werbeagenturen.

KAKAO / Preis ist 1985 fast durchgehend gesunken

Hoher Produktionsüberschuß

dpa/VWD, Hamburg
Für die deutsche Kakaowirtschaft war das Jahr 1985 weniger von Ernterwartungen, Produktionsschätzungen und Verbrauchsmeldungen (Vernehmungen) geprägt, sondern von den Wechselkursänderungen der beiden Kakao-Leitwährungen: US-Dollar und Pfund Sterling. Das geht aus einem Jahresbericht des Rohkakaoinporteurs Albrecht + Dill, Hamburg, hervor. Im Februar erreichten die Kurse an der Kakao-Terminbörse in London mit 2286 Pfund Sterling je Tonne den höchsten und im November mit 1611 Pfund den tiefsten Stand.

Die Preise am deutschen Markt folgten zwar der Entwicklung an den Kakaobörsen, wurden aber wesentlich vom Dollar- und Pfundkurs beeinflusst, so daß sich über das ganze Jahr gesehen eine fast durchgehend sinkende Tendenz zeigte. Das abge- laufene Kakaojahr 1984/85 (30. Sep-

tember) hat nach Schätzungen des Kakaohandels mit einem Produktionsüberschuß von rund 111 000 Tonnen abgeschlossen, nach einem Defizit von 245 000 Tonnen im vorangegangenen Jahr. Für 1985/86 gehen die Schätzungen noch auseinander, doch rechnet die Kakaowirtschaft wieder mit einem Überschuß. Die Internationale Kakao-Organisation (ICCO) schätzt ihn auf 62 000 Tonnen.

Die Aussichten für ein neues internationales Kakaoabkommen seien in diesem Jahr eher noch schlechter geworden, meint Albrecht + Dill. Die Erzeugerländer hätten einen Katalog von Forderungen aufgestellt, von denen einige für die meisten Verbraucherländer nicht akzeptabel seien. Auch über die Höhe des Interventionspreises gingen die Auffassungen weit auseinander. Am 10. Februar soll eine weitere dreiwöchige Kakao Konferenz in Genf zur Erzielung einer Übereinkunft beginnen.

Neue Projekte in der Planung

cd, Frankfurt
Die Projektentwicklung steht weiterhin im Vordergrund des „grundbesitz-invest“, einem offenen Immobilienfonds der Deutsche Grundbesitz-Investmentgesellschaft, hinter der die Deutsche Bank, die Commerzbank und Wüstenrot stehen. Für ein Investitionsvolumen von 120 Mill. DM sind Planung und Vermietung angefallen, heißt es im Jahresbericht des Fonds, dessen Immobilienbestand bei 1,8 Mrd. DM Fondsvermögen im Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) um 64 Mill. DM auf 1,43 Mrd. DM gestiegen ist. Für Bauvorhaben und in Planung befindliche Objekte waren weitere 87 Mill. DM zweckgebunden oder reserviert.

Für das letzte Geschäftsjahr wurden am 2. Januar 3,40 DM je Anteil ausgeschüttet. Der Anteilswert erhöhte sich um 6,8 Prozent. Der von der gleichen Gesellschaft gemantete „Haus-Invest“ verwaltete Ende September 757 Mill. DM Fondsvermögen, wovon 557 Mill. DM in 63 überwiegend gewerblich genutzten Objekten angelegt waren.

Messe Hannover investiert mehr

dos, Hannover
Die Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover, die erst im vergangenen Jahr ein 90-Mill.-DM-Investitionsprogramm abgeschlossen hat, will die Attraktivität des Messegeländes weiter erhöhen. Sprecher der Gesellschaft, an der das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover beteiligt sind, bestätigten jetzt bekanntgewordene Überlegungen, bis Ende der 80er Jahre ein Tagungs- und Konferenzzentrum zu errichten. Zwar gebe es noch keine konkreten Entscheidungen; auf der Aufsichtsratsitzung Ende Dezember seien aber solche Pläne „angesprochen“ worden.

Nach vorläufigen Informationen handelt es sich bei dem Projekt um Investitionen von rund 100 Mill. DM. Der Neubau soll zentral liegen. Dies würde bedeuten, daß das bisherige Trade Center und die Messe Hallen 14 und 15 abgerissen würden. Nicht bestätigen wollte die Messe-AG Meldungen, wonach die Finanzierung über eine Aufstockung des Grundkapitals von derzeit 75 Mill. DM auf 150 Mill. DM erfolgen soll.

Tecalemit jetzt in britischem Besitz

hdt, Bielefeld
Die Geschäftsanteile der deutschen Tecalemit GmbH, Bielefeld, Hersteller von Werkstatt- und Garagengeräten sowie von Rohren und Schläuchen für die Kfz-Branche, wurden zu Jahresbeginn auf die deutsche Siebe GmbH, Hamburg, übertragen. Tochtergesellschaft der Siebe PLC, Windsor. Das britische Unternehmen (Umsatz 1985: rund 1,8 Mrd. DM) ist bereits an weiteren Produktions- und Handelsbetrieben in den Bereichen Elektronik, Sicherheitstechnik und Apparatebau in der Bundesrepublik beteiligt; zum Konzernbereich gehört auch die englische Tecalemit.

Die bisherige alleinige Gesellschafterin der deutschen Tecalemit, Frau Brunhilde Ribbert, Tochter des Firmengründers, begründet die Veräußerung ihres Unternehmens mit der Tatsache, daß im Familienverband keine geeignete Nachfolge zur Verfügung steht. Für die Geschäftsleitung und die leitenden Mitarbeiter in den beiden Betrieben Bielefeld und Grünberg mit insgesamt rund 750 Mitarbeitern werden jedoch keine Veränderungen erwartet.

Die deutsche Tecalemit GmbH erzielte 1985 einen Umsatz von 75,5 (73) Mill. DM; sie profitierte vor allem von der der Kfz-Branche. Der Gruppenumsatz einschließlich der Tochtergesellschaften in Österreich, Schweden und Spanien lag mit 125 (112,4) Mill. DM ebenfalls im Plan.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Altheld: Holo-Altsysteme GmbH, Lamspringe; Bauerschlag: Wolfgang Eberlein, Kaufmann; Cella: Gerhard Ewald Albert Franz, Fenster u. Türen; Dorrmann: Funk u. Tachioner e. G.; Dörsch: Gustav Dräger Nachf. GmbH & Co. KG; Köber: Köber Asphalt-Fabrik Simon-Deik GmbH; Wolfrast: Hanssen-Deik GmbH.

Vergleich eröffnet: Danberg: a) Danberger Cementwerke GmbH; Carstensen GmbH & Cie. b) Carstensen Verwaltungen, mbH.

Vergleich beantragt: Newwied: Johann Schneider, Inh. d. Unternehmung z. Hoch-, Tief-, Stahlbeton- u. Industriebau.

P+S / Unbefriedigende Stahlnachfrage in Drittländern

Ergebnis hat sich verbessert

dos, Salzgitter
Eine deutliche Besserung der wirtschaftlichen Lage brachte das Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.) der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG. Nach Angaben des Vorstands wurde ein Gewinn erwirtschaftet, der allerdings den Verlustvortrag aus dem Vorjahr (144 Mill. DM) nicht ausgleichen konnte. Zur Ergebnisverbesserung habe der erhöhte Absatz, bessere Walzstahllieferungen und die günstigere Kostenstruktur beigetragen.

Der Umsatz stieg im Berichtsjahr um 14,2 Prozent auf 2,97 (2,6) Mrd. DM. Auf das Auslandsgeschäft entfielen davon 1,16 (1,02) Mrd. DM. Der Walzstahlsatz nahm um 22,6 Prozent auf 3,37 (2,75) Mill. t zu. Die Rohstahlerzeugung erhöhte sich um 9,8 Prozent auf 3,85 (3,51) Mill. t. Die Walzstahlauftragseingänge stiegen um 5,3 Prozent auf 3,17 (3,01) Mill. t.

Künftig erhöht hat P+S im Berichtsjahr die Investitionen. Sie erreichten 301 (145) Mill. DM. Neben den beiden Koksofenbatterien gehörten zu den Schwerpunkten der Umbau und die Modernisierung des Kaltwalzwerks in Salzgitter sowie der schweren Trägersysteme in Peine. Die Belegschaft verringerte sich gegenüber dem Vor-

jahr um 4,9 Prozent auf 12 090 (12 706) Mitarbeiter.

Mit positiven Ergebnissen, die allerdings unter dem Niveau des Vorjahres lagen, schlossen nach Angaben des Vorstands die wichtigsten Tochter- und Beteiligungsgesellschaften ab. Bei der Salzgitter Stahl GmbH, Düsseldorf, ergab sich zwar ein Umsatzplus von 18 Prozent auf 3,7 (3,1) Mrd. DM; das Ergebnis verschlechterte sich aber etwas. Auch bei der Deumag (Umsatz 970 nach 857 Mill. DM) führten geringere Handelsspannen zu einem niedrigeren Gewinn. Die Salmax erzielte in ihrem ersten Geschäftsjahr einen Umsatz von 388 Mill. DM und ein positives Ergebnis.

Die Aussichten im neuen Geschäftsjahr beurteilt P+S differenziert. Innerhalb der EG sei die Stahlnachfrage derzeit zwar zufriedenstellend, nicht aber auf den Drittländermärkten. Der Vorstand geht davon aus, daß die Produktionszahlen von 1984/85 nicht erreicht werden. Die Listpreise für bestimmte Stahlprodukte wurden Anfang 1986 angehoben. Die negativen Auswirkungen aus dem Beschäftigungsrückgang dürften aber ergebnismäßig durch Erfolge aus der Umstrukturierung aufgefangen werden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Akzo gliedert Fasern aus

Arnhem (VWD) - Die niederländische Akzo N.V. will bis zum Jahr 1990 ihren Geschäftsbereich Polymid-Textilfasern ausgliedern. Gegenwärtig produziert die Tochtergesellschaft Akzo etwa 8500 t dieser Fasern in einem Werk im niederländischen Emmen. Wie ein Akzo-Sprecher mitteilte, gehen durch die geplante Ausgliederung etwa 650 Arbeitsplätze verloren. Die Entscheidung wurde jedoch keine Auswirkungen auf das anlaufende Geschäft des Unternehmens mit Polymid-Teppichgarnen haben, sagte der Sprecher weiter. Die Entscheidung zur Schließung des Werkes in Emmen sei auf die schlechten Aussichten auf dem Polymid-Textilfasermarkt zurückzuführen, der auf längere Sicht gesehen immer schwächer werde.

Dansbank erhöht Kapital

Frankfurt (cd.) - Die Arab Bank Corporation-Daus & Co GmbH, Frankfurt, hat ihre Eigenmittel durch Ausgabe von 15 Mill. DM nachrangigen Genußrechten auf 77 Mill. DM erhöht.

Aktivitäten abgegeben

Darmstadt (adh.) - Die Schenck AG, Darmstadt, hat sich vom Markt für Massengüterfertigung zurückgezogen. Wie das Unternehmen mitteilte, wurden die entsprechenden Aktivitäten von der Förderanlagen- und Maschinenbau GmbH, Wilhelms-

ven (FMW), übernommen. Das gilt auch für den Mitarbeiterstamm der Fachabteilung von Schenck. Das künftige FMW-Planungs- und Vertriebsbüro bleibt in Darmstadt, gefertigt wird künftig in Wilhelmshaven.

Müller-Wipperfurth tot

Bonn (DW) - Alfons Müller-Wipperfurth, in den sechziger Jahren einer der erfolgreichsten Textilunternehmer in der Bundesrepublik, starb am Wochenende in St. Johann/Ostereich. Alfons Müller kam 1911 als Sohn eines Hosenfabrikanten in Mönchengladbach zur Welt. Nach dem Krieg startete er in Wipperfurth im Bergischen Land mit sieben Arbeitern und drei Nähmaschinen die eigene Hosenproduktion. Der Ortsname flügte er später seinem Familiennamen bei. Sein Aufstieg war von Konflikten mit dem Einzelhandelsverband, den Steuerbehörden und der Textilgewerkschaft begleitet. Müller verlegte seinen Wohnsitz nach Lugano und die Produktion nach Belgien, Luxemburg, Frankreich, Italien und Tunesien. Doch dann verschieferte den Übergang von der Billigkleidung auf modische und teure Ware. Mitte der siebziger Jahre verkaufte er sein Unternehmen an die Investitions- und Handelsbank, eine Tochtergesellschaft der Hessischen Landesbank, die das Imperium später schleichend veräußerte und die letzten eigenen Läden wegen der hohen Verluste 1978 schloß.

BÖRSE TOKIO / Währungsgewinne für Ausländer

Kursanstieg auf breiter Front

FRED de la TROBE, Tokio
Für die Börse von Tokio, Kabutocho, war 1985 ein Hausjahr. Das Ausmaß der Kurssteigerungen kam allerdings nicht auf die explosive Entwicklung in der Bundesrepublik heran. Immerhin stieg der Nikkei Dow Jones-Index der 225 führenden Werte um rund 13 Prozent von 11 814 Anfang Januar auf 13 113 am Jahresende. Die Umsätze erhöhten sich entsprechend. Das Tagesvolumen nahm von durchschnittlich 401 Millionen Aktien im Januar auf 440 Millionen im Dezember zu.

Mit Ausnahme von Einbrüchen im April, im Juli/August und im Oktober stiegen die Kurse während des vergangenen Jahres stetig an. Einige der Hauptgründe der festen Grundtendenz waren das sehr reichliche Angebot flüssiger Mittel am Geld- und Kapitalmarkt, die Wechselkurskorrekturen, Preisstabilität und die Erwartung sinkender Zinsen. Für die vorübergehenden Rückschläge waren der sich zuspitzende Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten, Befürchtungen schlechter Geschäftsaussichten bei der Mehrzahl der Unternehmen und der Konkurs der Sanko Reederei verantwortlich. Der Höhensturz des Yen entschärfte vom Spätherbst an die Außenhandelsprobleme und leitete zu einer neuen Aufschwungphase über.

Dabei wirkten sich das Sinken der Ölpreise, die Aufwärtsentwicklung am japanischen Bonmark und einige Stimulierungsmaßnahmen der Regierung zur Nachfragestützung günstig aus. Das seit Herbst 1985 etwas verlangsamte Konjunkturtempo beeinflusste das Kursniveau nicht.

Immobilien als Renner

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres waren die Börsenrenner vor allem Aktien, die von der inländischen Nachfrage, von der Liberalisierung des sinkenden Zinssatzes und einem höheren Wechselkurs des Yen abhängig sind. Das betraf vor allem Werte der Bereiche Immobilien, private Eisenbahnen, Elektrizität, Gaswerke, Mineralölwirtschaft, Fluggesellschaften, Wohnungsbau, Eisen- und Stahlwerke und die Papierindustrie. Seit dem Herbst verlangsamte

sich aber das Tempo der Kurssteigerungen dieser Titel und das Interesse begann sich auf andere Bereiche zu verlagern. Aktien der hochtechnologischen Sektoren, erstklassige exportorientierte Werte, Papiere biochemischer Produktionen und neuer Materialien, die im ersten Halbjahr noch unter dem Handelskonflikt gelitten hatten, holten wieder auf.

Die Unterbewertung des Yen gegenüber dem Dollar verhalf japanischen Aktien zunächst zu besonderer Attraktivität. Wer rechtzeitig aus der US-Währung ausstieg und in japanische Papiere investierte, erzielte nach Beginn des Yen-Höhenfalls seit September 1985 fette Gewinne. Der aufgewertete Yen wirkte sich danach aber nicht negativ auf die Kurse exportorientierter Werte aus. Mit der höheren Parität der japanischen Währung floß Kapital nach Japan zurück und zu einem nicht geringen Teil auf den Aktienmarkt. Andererseits hat sich der Kapitalabfluß mit dem starken Yen verringert.

Ausländer zurückhaltend

Die Börse von Tokio wurde 1985 auch internationaler. Japanische Anleger, die bisher für die am Aktienmarkt notierten ausländischen Titel wenig Interesse aufbrachten, zeigten neuerdings eine Vorliebe für diese Werte. Gegenwärtig sind an der tokioter Börse 14 ausländische Titel registriert. Andererseits sind sieben bis acht Prozent aller japanischen Aktien in ausländischem Besitz. 1985 hielten sich die Ausländer allerdings eher zurück, ihre Verkäufe überstiegen ihre Käufe leicht. Der ausländische Drang auf den japanischen Aktienmarkt spiegelt aber dennoch eine positive Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und politischen Stabilität Japans wider. Die Verwaltung der Börse von Tokio ließ Ende Dezember erstmals auch ausländische Wertpapierbroker zu.

Der japanische Aktienmarkt erweist sich auch im neuen Jahr für Ausländer attraktiv. Der Zinsabbau macht Fortschritte, die Realverzinsung ist noch relativ günstig, und das Fallen der Importpreise mit dem stärkeren Yen wird die Inlandsnachfrage anregen. (SAD)

BANKEN UND SPARKASSEN / Einschätzungen des letzten Geschäftsjahres meist besser als zufriedenstellend

Erfreulich war vor allem das Kreditgeschäft

Sondersparen favorisiert

Getragen von der günstigen Wirtschaftsentwicklung hat sich bei der Volksbank eG Duisburg 1985 die Bilanzsumme um 35 auf 530 Mill. DM erhöht. Die Barausleihungen stiegen auf insgesamt 257 Mill. DM, der Sparanlagenbestand verzeichnete einen Zuwachs um 9,2 Prozent auf 332 Mill. DM, worin sich die angebotenen Sondersparformen widerspiegeln. Erstmals wurde das VB-Vorsorge-sparen in das Angebot der Volksbank aufgenommen. Termin- und Sichtanlagen wiesen zum Jahresende 1985 einen Bestand von jeweils 67 Mill. DM aus. Das Eigenkapital liegt bei 29 Mill. DM. Der für 1985 ausgewiesene Ertrag ermöglicht wieder eine Ausschüttung von acht Prozent. (Fy.)

Gutes Betriebsergebnis

Die Stadtsparkasse Neuß hatte 1985 eine „zufriedenstellende Geschäftsentwicklung“. Die Bilanzsumme blieb knapp unter 2 (1,86) Mrd. DM, das Geschäftsvolumen wuchs um 6,2 Prozent auf 2,2 Mrd. DM. Die Einlagenentwicklung wird als gut bezeichnet. Das Sparaufkommen betrug 94 (74) Mill. DM. Sparanlagen und Sparkassenbriefe erreichten 1,24 (1,16) Mrd. DM, die Kundeneinlagen insgesamt 1,81 (1,69) Mrd. DM. Das Kreditvolumen stieg um 81 Mill. DM auf 1,5 Mrd. DM. An Kunden wurden

843 (776) Mill. DM langfristige Darlehen und 452 (435) Mill. DM an kurz- und mittelfristigen Krediten herausgelegt. Aus dem „erneut befriedigenden Betriebsergebnis“ wird das Eigenkapital voraussichtlich auf 97 Mill. DM (3,8 Prozent der Bilanzsumme) aufgestockt. (Fy.)

Nur bedingt zufrieden

Die Wiesbadener Volksbank ist nur bedingt zufrieden mit dem Kreditgeschäft. Wegen der geringeren Nachfrage nach Baufinanzierungen nahmen die Buchkredite 1985 lediglich um ein Prozent auf 1,26 Mrd. DM zu. Die Bilanzsumme stieg um den gleichen Betrag wie die Einlagen (90 Mill. DM) auf 1,8 Mrd. DM (plus 5,3 Prozent). Trotz Belastung des Betriebsergebnisses durch hohen Aufwand für den Erweiterungsbau und erheblich höherer Abführung an den genossenschaftlichen Garantiefonds reicht der Gewinn wieder für eine sechsprozentige Ausschüttung an die 5 443 Mitglieder und eine angemessene Dotierung der Rücklagen. (cd.)

Solider Geschäftsgang

Das Jahr 1985 hat der Sparkasse Krefeld einen „soliden Fortgang der Geschäftstätigkeit“ gebracht. Dies galt einer ersten Übersicht zufolge in besonderem Maß für das wiederum äußerst lebhaftes Kreditgeschäft. Die

Bilanzsumme wuchs um 3,2 Prozent auf 4,18 Mrd. DM. Die Gesamtausleihungen erhöhten sich um 5,8 Prozent auf 2,48 Mrd. DM. Dabei wurde das Wachstum deutlich von den langfristigen Darlehen getragen. Der gewerblichen Kundschaft wurden 437 (298) Mill. DM neue Kredite bewilligt, für den Wohnungsbau 154 (188) Mill. DM an Konsumentkrediten 73 (72) Mill. DM. Die Kundeneinlagen erhöhten sich auf 3,60 (3,52) Mrd. DM. Sparanlagen, Sparbriefe und obligatorische Kredite. Die Zinsspanne hat sich leicht erniedrigt. Der Bilanzgewinn wuchs auf 11,1 (10,7) Mill. DM betragen und voll in die Sicherheitsrücklage eingestellt. (Fy.)

Qualitatives Wachstum

Von einem „quantitativ maßvollen und qualitativ erfreulichen Wachstum“ spricht der Vorstand der Stadtsparkasse Düsseldorf in ihrer ersten Übersicht über das Jahr 1985. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 192 Mill. DM auf 7,3 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen stieg auf über 7,7 (7,52) Mrd. DM. Die Ertragslage, weiterhin „voll zufriedenstellend“, dürfte nach entsprechender Risikovorsorge zu einem Jahresüberschuß von etwa 21 (21,1) Mill. DM führen. Die Gesamteinlagen überstiegen erstmals die 6-Mrd.-DM-Grenze, wobei sich die Ersparnisbildung in erster Linie auf

Freundlicher Rentenmarkt

Bei erneut lebhaftem Umsatz präsentierte sich der Rentenmarkt in guter Verfassung. Eine freundliche Allgemein Tendenz ließ die Notierungen der Festverzinslichen in der Spitze bis zu 6,35 Prozentpunkten ansteigen. Bedingt durch einen rückläufigen Dollarkurs sowie die ohnehin hervorragenden geschäftswirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik konnten einmal mehr Hoffnungen auf eine baldige Senkung der Leitzinsen dies- und jenseits des Atlantik auf. Dies besonders, da der Spielraum der Bundesbank momentan als relativ groß eingeschätzt wird.

| | | | | | | | |
|------|------|------|------------------|-------|--------|---------------|----|
| P.O. | 8846 | 887 | 11 Arch Building | 182.5 | 182.53 | 5 dpt. 84/92 | 95 |
| M.O. | 1726 | 1726 | 304 Arch. Sound. | 184 | 184.5 | 8% dpt. 84/92 | 97 |

[illegible]

| | | | | | | | |
|-------------|-------|---------|------------------|-------|--------|--------------|-------|
| Wetland m.O | 1226 | 1226 | 7 Australia 7287 | 100.4 | 100.57 | 0% dpl. 7286 | 102 |
| n. O. | 985 | 985 | 5% dpl. 7700 | 100 | 100 | 7% dpl. 7700 | 104.5 |
| st. O. | 1085 | 1085.57 | 4 dpl. 7800 | 100 | 100 | 7% dpl. 7800 | 102.5 |
| n. O. | 94.57 | 94.236 | 0% dpl. 8000 | 100.1 | 100.9 | 9% dpl. 8000 | 105.5 |

[illegible]

| | | | | |
|---------------------------|---------|---------|-------------------|--------|
| 7% Bank Tokyo 83,700 | 102,5G | 102,5 | 6 1/2 dpt. 72,007 | 102G |
| 7% Bank. Indus 83,700 | 104,7G | 104,5G | 6 dpt. 72,007 | 100,0A |
| 7% Bank. Nat. P. 83,700 | 104,25G | 104,25G | 6 1/2 dpt. 72,000 | 101,75 |
| 6 1/2 Barclays Ox. 79,000 | 100,75 | 100,50 | 7 dpt. 73,000 | 101,75 |

| | | |
|-----------------------|-------|-------|
| H 04 Kopfhörer 7207 | 97,57 | 97,5 |
| Wandeleinlöten | | |
| H 4 Selenstrahl 8207 | 200 | |
| H 1 Draht 81 0475 | 354,6 | 344,9 |
| H 1 Draht 81 0476 | 354,6 | 344,9 |
| F 4 Platte 81 0477 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0478 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0479 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0480 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0481 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0482 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0483 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0484 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0485 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0486 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0487 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0488 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0489 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0490 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0491 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0492 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0493 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0494 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0495 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0496 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0497 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0498 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0499 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0500 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0501 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0502 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0503 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0504 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0505 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0506 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0507 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0508 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0509 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0510 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0511 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0512 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0513 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0514 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0515 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0516 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0517 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0518 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0519 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0520 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0521 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0522 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0523 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0524 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0525 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0526 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0527 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0528 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0529 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0530 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0531 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0532 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0533 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0534 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0535 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0536 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0537 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0538 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0539 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0540 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0541 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0542 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0543 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0544 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0545 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0546 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0547 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0548 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0549 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0550 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0551 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0552 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0553 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0554 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0555 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0556 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0557 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0558 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0559 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0560 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0561 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0562 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0563 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0564 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0565 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0566 | 164 | 164 |
| F 4 Platte 81 0567 | | |

[illegible][illegible]

| | | | | | | | |
|-----------|--------|----------|--------------------|--------|--------|------------------|--------|
| 778A | 1555 | 1546 | 7 Copeck, 12/29/95 | 101.70 | 101.70 | 1% dpt. 12/29/95 | 101.70 |
| and 8489 | 104.25 | 104.1500 | 7 CDP 7/7/97 | 99.57 | 99.7 | 1% dpt. 8/24/94 | 104.25 |
| 78 | | | 4 Chase Mch. 20/95 | 90.5 | 90.3 | 7% dpt. 10/9/95 | 102.79 |
| est. 7905 | 3380 | 3360 | 9 Chis 10/84 | 100.2 | 100 | 8% dpt. 10/9/95 | 107.00 |
| | | | 9 Chis. 10/82 | 100.25 | 100.25 | 8 dpt. 10/9/92 | 107.00 |

[illegible]

| | | | | | |
|-----------------|---------------------|--------|--------|----------------|-------|
| Frankfurt | 3 CNDROP 71/91 | 187 | 187 | 5% dpl. 75/86 | 99,95 |
| | 7/8 Dageos 84/94 | 184,5 | 184,50 | 10% dpl. 79/86 | - |
| Islandsanleihen | 8% Dan Danske 76/84 | 182,57 | 182,57 | 10% dpl. 81/86 | 1045 |
| | 4,1/2 Deu.Fin 85/90 | 188,15 | 188,15 | 9% dpl. 82/89 | 107 |

[illegible][illegible]

| | | | | | | | | |
|-------------------|--------|--------|---------------|--------|--------|------------------|--------|--------|
| St. Michael 82/92 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 82/92 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 76/78 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 83/93 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 83/93 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 79/81 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 84/94 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 84/94 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 82/84 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 85/86 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 85/86 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 85/86 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 86/87 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 86/87 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 88/90 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 87/88 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 87/88 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 91/93 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 88/89 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 88/89 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 94/96 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 89/90 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 89/90 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 97/99 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 90/91 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 90/91 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 00/02 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 91/92 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 91/92 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 03/05 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 92/93 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 92/93 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 06/08 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 93/94 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 93/94 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 09/11 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 94/95 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 94/95 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 12/14 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 95/96 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 95/96 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 15/17 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 96/97 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 96/97 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 18/20 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 97/98 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 97/98 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 21/23 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 98/99 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 98/99 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 24/26 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 99/00 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 99/00 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 27/29 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 00/01 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 00/01 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 30/32 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 01/02 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 01/02 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 33/35 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 02/03 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 02/03 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 36/38 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 03/04 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 03/04 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 39/41 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 04/05 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 04/05 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 42/44 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 05/06 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 05/06 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 45/47 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 06/07 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 06/07 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 48/50 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 07/08 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 07/08 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 51/53 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 08/09 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 08/09 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 54/56 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 09/10 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 09/10 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 57/59 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 10/11 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 10/11 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 60/62 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 11/12 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 11/12 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 63/65 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 12/13 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 12/13 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 66/68 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 13/14 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 13/14 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 69/71 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 14/15 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 14/15 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 72/74 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 15/16 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 15/16 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 75/77 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 16/17 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 16/17 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 78/80 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 17/18 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 17/18 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 81/83 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 18/19 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 18/19 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 84/86 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 19/20 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 19/20 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 87/89 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 20/21 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 20/21 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 90/92 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 21/22 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 21/22 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 93/95 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 22/23 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 22/23 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 96/98 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 23/24 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 23/24 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 99/01 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 24/25 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 24/25 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 02/04 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 25/26 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 25/26 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 05/07 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 26/27 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 26/27 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 08/10 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 27/28 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 27/28 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 11/13 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 28/29 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 28/29 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 14/16 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 29/30 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 29/30 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 17/19 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 30/31 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 30/31 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 20/22 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 31/32 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 31/32 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 23/25 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 32/33 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 32/33 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 26/28 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 33/34 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 33/34 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 29/31 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 34/35 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 34/35 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 32/34 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 35/36 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 35/36 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 35/37 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 36/37 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 36/37 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 38/40 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 37/38 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 37/38 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 41/43 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 38/39 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 38/39 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 44/46 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 39/40 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 39/40 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 47/49 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 40/41 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 40/41 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 50/52 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 41/42 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 41/42 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 53/55 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 42/43 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 42/43 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 56/58 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 43/44 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 43/44 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 59/61 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 44/45 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 44/45 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 62/64 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 45/46 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 45/46 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 65/67 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 46/47 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 46/47 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 68/70 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 47/48 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 47/48 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 71/73 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 48/49 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 48/49 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 74/76 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 49/50 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 49/50 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 77/79 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 50/51 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 50/51 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 80/82 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 51/52 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 51/52 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 83/85 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 52/53 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 52/53 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 86/88 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 53/54 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 53/54 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 89/91 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 54/55 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 54/55 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 92/94 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 55/56 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 55/56 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 95/97 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 56/57 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 56/57 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 98/00 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 57/58 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 57/58 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 01/03 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 58/59 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 58/59 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 04/06 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 59/60 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 59/60 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 07/09 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 60/61 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 60/61 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 10/12 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 61/62 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 61/62 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 13/15 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 62/63 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 62/63 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 16/18 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 63/64 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 63/64 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 19/21 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 64/65 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 64/65 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 22/24 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 65/66 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 65/66 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 25/27 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 66/67 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 66/67 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 28/30 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 67/68 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 67/68 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 31/33 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 68/69 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 68/69 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 34/36 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 69/70 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 69/70 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 37/39 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 70/71 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 70/71 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 40/42 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 71/72 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 71/72 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 43/45 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 72/73 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 72/73 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 46/48 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 73/74 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 73/74 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 49/51 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 74/75 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 74/75 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 52/54 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 75/76 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 75/76 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 55/57 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 76/77 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 76/77 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 58/60 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 77/78 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 77/78 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 61/63 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 78/79 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 78/79 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 64/66 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 79/80 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 79/80 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 67/69 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 80/81 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 80/81 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 70/72 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 81/82 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 81/82 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 73/75 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 82/83 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 82/83 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 76/78 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 83/84 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 83/84 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 79/81 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 84/85 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 84/85 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 82/84 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 85/86 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 85/86 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 85/87 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 86/87 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 86/87 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 88/90 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 87/88 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 87/88 | 117,25 | 116,25 | St. Ursula 91/93 | 108,50 | 107,50 |
| St. Michael 88/89 | 105,15 | 104,75 | 7% dgl. 88/89 | 11 | | | | |

DER COMPUTER DES JAHRES GUTES-NEUES:

DAS KANN NUR...

FINANZANZEIGEN

Januar 1986

Internationale Plazierung

3.395.000 Inhaber-Stammaktien

(im Nennbetrag von je DM 50,—)

der

Daimler-Benz Aktiengesellschaft
Stuttgart, Bundesrepublik DeutschlandDeutsche Bank
Aktiengesellschaft

| | | | |
|--|--|--|--|
| Banque Paribas Capital Markets Limited | Commerzbank Aktiengesellschaft | Credit Suisse First Boston Limited | Dresdner Bank Aktiengesellschaft |
| Morgan Grenfell & Co. Limited | The Nikko Securities Co., (Europe) Ltd. | Nomura International Limited | Swiss Bank Corporation International Limited |
| Union Bank of Switzerland (Securities) Limited | S.G. Warburg & Co. Ltd. | Westdeutsche Landesbank Girozentrale | |
| Algemene Bank Nederland N.V. | Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft | Banca Commerciale Italiana | Bankers Trust International Limited |
| Banque Nationale de Paris | Baring Brothers & Co., Limited | Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft | Bayerische Landesbank Girozentrale |
| Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft | Berliner Handels- und Frankfurter Bank | Citicorp Investment Bank Limited | Deiwa Europe Limited |
| DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank | EBC Amro Bank Limited | Enskilda Securities Standinviska Enskilda Limited | Generale Bank |
| Goldman Sachs International Corp. | Kleinwort, Benson Limited | Merrill Lynch International & Co. | Morgan Guaranty Ltd |
| Morgan Stanley International | Salomon Brothers International Limited | J. Henry Schroder Wagg & Co. Limited | Yamaichi International (Europe) Limited |
| Abu Dhabi Investment Authority | Arab Banking Corporation - Daus & Co. GmbH | Badische Kommunale Landesbank - Girozentrale - | Julius Baer International Limited |
| Banca del Gottardo | Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft | Bank Leu AG | Bank J. Vornobal & Co. AG |
| Banque Bruxelles Lambert S.A. | Banque Cantonale Vaudoise | Banque Générale du Luxembourg S.A. | Banque de Gestion Privée |
| Banque Indosuez | Banque Louis-Dreyfus | Banque de Luxembourg S.A. | Banque de Neufilze, Schlumberger, Maillet |
| Banque Worms | Barclays Merchant Bank Limited | Besler Kantonalbank | Joh. Berenberg, Gossler & Co. |
| Berliner Bank Aktiengesellschaft | B.S.I. Underwriters Limited | James Capel & Co. | Cazenove & Co. |
| Chase Manhattan Limited | Chemical Bank International Limited | Clariden Bank | Compagnie de Banque et d'Investissements, CBI |
| County Securities Limited | Crédit Commercial de France | Crédit Lyonnais | Creditanstalt-Bankverein |
| CSFB-Effectenbank AG | Deutsche Bank Aktiengesellschaft | Den norske Creditbank | Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalsbank - |
| Dominion Securities Pitfield Limited | Conrad Hinrich Donner | Euromobiliere S.p.A. | Robert Fleming & Co. Limited |
| Genossenschaftliche Zentralbank AG Vienna | Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen Aktiengesellschaft | Graubündner Kantonalbank | W. Greenwell & Co. |
| Hambros Bank Limited | Hamburgische Landesbank - Girozentrale - | Handelsbank N.W. (Overseas) Limited | Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien |
| Hessische Landesbank - Girozentrale - | Hill Samuel & Co. Limited | Kreditbank N.V. | Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft |
| Landesgirokasse | Lazard Frères et Cie | Lloyds Merchant Bank Limited | Lombard Odier International Underwriters S.A. |
| McLeod Young Weir International Limited | Merck, Finck & Co. | Metalbank GmbH | S. Metzler seel. Sohn & Co. |
| Samuel Montagu & Co. Limited | New Japan Securities Europe Limited | Nippon Kangyo Kakumaru (Europe) Limited | Norddeutsche Landesbank Girozentrale |
| Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft | Sol. Oppenheim Jr. & Cie. | Orion Royal Bank Limited | Pictet International Ltd |
| Rabobank Nederland | Reussel & Co. | N.M. Rothschild & Sons Limited | The Royal Trust Co. of Canada |
| A. Sarasin & Cie | Savory Millin Limited | Karl Schmidt Bankgeschäft | Société Générale |
| J.H. Stein | St. Gallische Kantonalbank | Svenska International Limited | Swiss Volksbank |
| Trinkaus & Burkhart KGaA | Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft | M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co. | S.G. Warburg, Rowe & Pittman, Alroyd Ltd. |
| Wedd Duracher International Limited | Westfälische Bank Aktiengesellschaft | Wood Gundy Inc. | Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale |
| | Zürcher Kantonalbank | | |
| DB Capital Markets (Aals) Limited | | Deutsche Bank Capital Corporation | |
| Deutsche Bank Capital Markets Limited | | Deutsche Bank (Suisse) S.A. | |



Rütgerswerke Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main

- Wertpapier-Kenn-Nummer 707 200 -

Bezugsangebot

Aufgrund der Ermächtigung in § 4 Abs. 4 und 5 der Satzung hat der Vorstand unserer Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital von DM 5600000,- auf DM 11780000,- durch Ausgabe von DM 1820000,- neuen, auf den Inhaber lautenden Aktien zu erhöhen. Die neuen Aktien sind mit voller Dividendenberechtigung für das Geschäftsjahr 1986 ausgestattet. Ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank AG hat die neuen Aktien mit der Verpflichtung übernommen, unseren Aktionären im Verhältnis 112 neue Aktien zum Preis von DM 150,- je Aktie im Nennbetrag von DM 50,- zum Bezug anzubieten.

Nachdem die Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, bitten wir unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom 15. bis 23. Januar 1986 einschließlich gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 40 bei einer Niederlassung der nachstehend genannten Banken in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, München oder Saarbrücken während der üblichen Geschäftsstunden auszuüben:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
CSFB-Effectenbank AG
Dresdner Bank AG
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Deutsche Bank Saar AG

Auf je 11 alte Aktien zu DM 50,- können zwei neue Aktien zu DM 50,- zum Preis von je DM 150,- börsennotierte Aktien bezogen werden. Der Bezugspreis ist bei Bezugsmeldung, spätestens jedoch am 29. Januar 1986, zu zahlen.

Die Bezugsrechte werden in der Zeit vom 15. bis 27. Januar 1986 an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Vom 15. Januar 1986 an versteht sich die amtliche Notierung der alten Aktien „ex Bezugsrecht“.

Für den Bezug wird die übliche Bankprovision berechnet, es sei denn, daß das Bezugsrecht unter Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 40 durch den Bezieher während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle ausgetauscht wird und ein weiterer Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Die neuen Aktien werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Frankfurter Kassenverein AG hinterlegt wird. Die Bezieher der neuen Aktien erhalten zunächst eine Gutschrift auf Giroammeldepotkonto. Bis zur Dividendenberechtigung mit den alten Aktien nach der nächsten Hauptversammlung können Ansprüche auf Auslieferung nicht geltend gemacht werden. Die neuen Aktien erhalten die Wertpapier-Kenn-Nummer 707 201. Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 42-50 und Erneuerungsscheinen ausgestattet. Über die anstehende Bogenerneuerung für die alten Aktien wird zu gegebener Zeit eine gesonderte Bekanntmachung veröffentlicht.

Die neuen Aktien sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen zu Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München zugelassen worden. Die Aufnahme der Notierung ist für den 31. Januar 1986 vorgesehen.

Frankfurt am Main, im Januar 1986

Der Vorstand

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Representative
Villa
Düsseldorf

mit ca. 300 qm Wohnfläche, für vermietete Ansprüche, best. Lage, von Privat für 1250,- € M. m. zu verkaufen. Zuschriften unter L 7254 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

1-Familien-Haus zuzügl. Geschäftsräume
in Datteln/Borsdorf (Kr. Beckinghausen), Nähe Schloßpark, z. 15. 1. 86 frei. Kfz.-Wg., 138 m² + 20 m² m. groß. Gartenanlage, sep. Eingang, Kellerräume ausgebaut, Ölheiz., 1 Garage. Geschäftsräume ca. 80 m² + 50 m² (auch getrennt z. verm.). Für alle Branchen geeignet (Büro- od. Praxisträume, etc.). Tiernähe, gute Klinik, Gebäude wäre noch ausbaufähig. Parkplätze vorhanden. Gute Verkehrslage.
Telefon 9 23 63 / 6 30 72

Wegen Erkrankung zu verkaufen in Paraguay
2 Koffer-Farmen, im Ertrag stehend, nebeneinander gelegen, mit Wohngeb. u. Brunnen, 50 ha, 1 Wald-Farm mit gutem Waldbestand, 150 ha, keine Märgelgebäude, nur an Privat unter P 7001 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Toscana Südfrankreich Algarve
Bauernhöfe u. Rustikos zum Ausbauen. Ab DM 50 000,-
Tel. CH-90 411 / 3 61 00 00

KAPITALKRÄFTIGEN PARTNER
für verschiedene Neuentwicklungsprojekte in der Computerbranche suchen wir.
Ang. erb. unt. R 7808 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

SCHWEIZ
LAAX

In diesem weltberühmten Sommer- und Winterkurort mit herrlichen Wäldern und Seen, 1200 m ü. M., am Fusse der „Weissen Arena“, nur 20 Autominuten von Chur, verkaufen wir in kleinem Luxus-Komplex am Rande der Naturschutzzone

Exklusive 4½-Z.-Dachwohnung mit Einfamilienhaus-Komfort

und vielen einmaligen Extras. Ausländerbewilligung vorhanden. Günstige Finanzierung. Notwendiges Eigenkapital: sF 275 000,-. Bezug Ende Dezember 1985.

Atlas Consulting AG
Dipl. Kfm. J.P. Fischmann
Postfach 142, CH-6301 Zug
Telefon 0041(42) 21 45 40/41

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Wohnen Sie in
Düsseldorf?

Wollen Sie in der Großen Kombination DIE WELT/WELT am SONNTAG Immobilien- oder Kapitalien-Anzeigen veröffentlichen? Dann wenden Sie sich bitte an:

Hans-Jürgen Linz
Schüßlerstraße 13
Postfach 30 04 05
4000 Düsseldorf 30
Tel. (0211) 43 38 18

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:

Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“.

Heft 25 der „Orientierungen“ enthält unter anderem eine Analyse über die „Reformpolitik“ der

siebziger Jahre; erörtert die Alternativen zur gegenwärtigen Agrarpolitik; zieht eine Bilanz der Bodenschutzpolitik; untersucht die Belastungsfähigkeit des Staates mit Aufgaben, die der Markt lösen könnte; fragt, wie die Sozialpartnerschaft in Österreich funktioniert und welche Grundsätze die Bildungspolitik in Japan bestimmen.

Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns:

Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.



Ich bin Offizier a. D. der deutschen Luftwaffe, 42 Jahre alt, seit drei

| | |
|--|---|
| <p>Schmuckwarenbranche Teilhaber Großhandelsnests (keine Gold-Silberwaren) in einem renommierten Handel mit Schmuckwaren, Juwelen, Kunstschätzen, Schmucksteinen, in selbst. Filiale in der Türkei. Zusch. erb. u. S. 5795 an WELT-Verlag, Bonn 1</p> | <p>Jurist Übernimmt für die Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen. Zusch. erb. u. K. 4648 an WELT-Verlag, Bonn 1</p> |
|--|---|

Postfach 10 08 84, 4300 Essen.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche

in der WEIT

In der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag. Stellengesuchsanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den

**Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von
1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite)
kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.**

Preis- und Größenbeispiele

| |
|---|
| 30 mm / 2spaltig DM 342,- zuzügl. DM 10,26 Chiffre-Gebühr |
|---|

| | |
|---|--|
| <p>35 mm / 1spaltig DM 199,50 zuzügl. DM 10,26 Chiffre-Gebühr</p> | <p>20 mm / 1spaltig DM 114,- zuzügl. DM 10,26 Chiffre-Gebühr</p> |
|---|--|

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 1008 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächst-
erreichbaren Termin eine Anzeige:

_____ zum hoch: _____ spätlich zum Preis von DM _____
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr

Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

01-357

Name: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Vorwahl/ Telefon: _____
 Unterschrift: _____
 Der Anzeigentext: _____

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 24 | 25 | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | 35 | 36 | 37 | 38 | 39 | 40 | 41 | 42 | 43 | 44 | 45 | 46 | 47 | 48 | 49 | 50 | 51 | 52 | 53 | 54 | 55 | 56 | 57 | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 | 65 | 66 | 67 | 68 | 69 | 70 | 71 | 72 | 73 | 74 | 75 | 76 | 77 | 78 | 79 | 80 | 81 | 82 | 83 | 84 | 85 | 86 | 87 | 88 | 89 | 90 | 91 | 92 | 93 | 94 | 95 | 96 | 97 | 98 | 99 | 100 | 101 | 102 | 103 | 104 | 105 | 106 | 107 | 108 | 109 | 110 | 111 | 112 | 113 | 114 | 115 | 116 | 117 | 118 | 119 | 120 | 121 | 122 | 123 | 124 | 125 | 126 | 127 | 128 | 129 | 130 | 131 | 132 | 133 | 134 | 135 | 136 | 137 | 138 | 139 | 140 | 141 | 142 | 143 | 144 | 145 | 146 | 147 | 148 | 149 | 150 | 151 | 152 | 153 | 154 | 155 | 156 | 157 | 158 | 159 | 160 | 161 | 162 | 163 | 164 | 165 | 166 | 167 | 168 | 169 | 170 | 171 | 172 | 173 | 174 | 175 | 176 | 177 | 178 | 179 | 180 | 181 | 182 | 183 | 184 | 185 | 186 | 187 | 188 | 189 | 190 | 191 | 192 | 193 | 194 | 195 | 196 | 197 | 198 | 199 | 200 | 201 | 202 | 203 | 204 | 205 | 206 | 207 | 208 | 209 | 210 | 211 | 212 | 213 | 214 | 215 | 216 | 217 | 218 | 219 | 220 | 221 | 222 | 223 | 224 | 225 | 226 | 227 | 228 | 229 | 230 | 231 | 232 | 233 | 234 | 235 | 236 | 237 | 238 | 239 | 240 | 241 | 242 | 243 | 244 | 245 | 246 | 247 | 248 | 249 | 250 | 251 | 252 | 253 | 254 | 255 | 256 | 257 | 258 | 259 | 260 | 261 | 262 | 263 | 264 | 265 | 266 | 267 | 268 | 269 | 270 | 271 | 272 | 273 | 274 | 275 | 276 | 277 | 278 | 279 | 280 | 281 | 282 | 283 | 284 | 285 | 286 | 287 | 288 | 289 | 290 | 291 | 292 | 293 | 294 | 295 | 296 | 297 | 298 | 299 | 300 | 301 | 302 | 303 | 304 | 305 | 306 | 307 | 308 | 309 | 310 | 311 | 312 | 313 | 314 | 315 | 316 | 317 | 318 | 319 | 320 | 321 | 322 | 323 | 324 | 325 | 326 | 327 | 328 | 329 | 330 | 331 | 332 | 333 | 334 | 335 | 336 | 337 | 338 | 339 | 340 | 341 | 342 | 343 | 344 | 345 | 346 | 347 | 348 | 349 | 350 | 351 | 352 | 353 | 354 | 355 | 356 | 357 | 358 | 359 | 360 | 361 | 362 | 363 | 364 | 365 | 366 | 367 | 368 | 369 | 370 | 371 | 372 | 373 | 374 | 375 | 376 | 377 | 378 | 379 | 380 | 381 | 382 | 383 | 384 | 385 | 386 | 387 | 388 | 389 | 390 | 391 | 392 | 393 | 394 | 395 | 396 | 397 | 398 | 399 | 400 | 401 | 402 | 403 | 404 | 405 | 406 | 407 | 408 | 409 | 410 | 411 | 412 | 413 | 414 | 415 | 416 | 417 | 418 | 419 | 420 | 421 | 422 | 423 | 424 | 425 | 426 | 427 | 428 | 429 | 430 | 431 | 432 | 433 | 434 | 435 | 436 | 437 | 438 | 439 | 440 | 441 | 442 | 443 | 444 | 445 | 446 | 447 | 448 | 449 | 450 | 451 | 452 | 453 | 454 | 455 | 456 | 457 | 458 | 459 | 460 | 461 | 462 | 463 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|

Figure 1 shows a schematic diagram of a two-dimensional lattice. The lattice is represented by a grid of points. A central point is labeled '1'. Points are numbered 1 through 10. A dashed line separates the lattice into two regions. The top region contains points 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, and 10. The bottom region contains points 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, and 20. The dashed line is labeled 'Dashed line'.

Puentecillos Geheimnis

H. B. - Kaum sind die Spanier über die Europäische Gemeinschaft in Europa angelangt, schon verbreiten sich spanische Sitten in dieser Gemeinschaft. In der Technik, viele Urlaubs- mit wenigen Arbeitstagen zu synchronisieren, waren sie nämlich schon immer große Meister. Die Deutschen haben das schnell gelernt, wie man Reisebeilagen der deutschen Presse entnehmen kann. Sie führen dem Leser vor, wie er seine vier bis sechs Urlaubswochen dehnen kann, als wären sie aus Gummi.

Ausdrucksvolle Farb-Graphiken sind uns unter die Augen gekommen, die den Ferienplanern für 1986 vormachen, wie sie aus Wochenenden, kirchlichen und weltlichen Feiertagen und unter geschickter Einschaltung der dazwischenliegenden Tage - auf sie kommt es nämlich an - ein frohlich flatterndes und langes Urlaubsband stricken können.

Nicht alle Tricks seien hier verraten. Nur soviel: Im schönen Monat Mai fällt diesmal das Arbeitsfest des Ersten auf einen Donnerstag, woraus sich für scharfe Rechner ergibt, daß sie nur den Freitag freizunehmen und das anschließende Wochenende dazwischenschalten brauchen, um mittels einer dreitägigen Brücke zum nächsten Samstag (Himmelfahrt) zu gelangen. Danach bietet sich schon wieder ein günstig platziertes Freitag an, um unter Zuhilfenahme des zweiten Wochenendes erst am 12. Mai wieder am Arbeitsplatz erscheinen zu müssen.

Fast zwei Wochen - das reicht manchen unserer sozial Unterdrückten glatt für einen Ausflug zu den Seychellen. Nicht mehr als fünf Arbeitstage kostet der ganze Spaß. Es sind nicht etwa die Italiener, die das erfunden haben, obwohl kein lateinisches Volk auf diesem Gebiet unterschätzt werden darf. Doch die Spanier sind unbestritten „Campione Mundiales“. Sie haben ein zartliches Wort für das Verfahren. Sie nennen es „puentecillo“ - Brückchen. Es ist mehr als ein schmaler Steg, fast schon ein Autobahnviadukt. Ein solcher bietet sich auch zwischen Pfingsten, Fronleichnam und dem 17. Juni an, die dazugehörigen Wochenenden nicht zu vergessen.

Das Volk, das einmal als arbeitseifrig galt, wird es rasch lernen, sich zu hispanisieren.

Die Volker-Stelzmann-Retrospektive im Schloß Oberhausen macht auf eine neue Entwicklung in der „DDR“-Malerei aufmerksam

Rückbesinnung auf die Bilderwelt der Bibel

Gott ist tot und die Religion das Opium des Volkes. So verkündeten es Karl Marx und seine Jünger nun schon seit fast anderthalb Jahrhunderten. Doch die marxistische Utopie ist der Wirklichkeit weit voraus - und vieles spricht dafür, daß sie nie eingeht werden wird. Denn christliche Gedanken sind offenbar nicht nur bei den Künstlern in der „DDR“ verwurzelt, sie scheinen dort auch neu und besonders gut zu keimen. Das legt die große Volker-Stelzmann-Ausstellung des „Ludwig-Instituts für Kunst der DDR“ im Schloß Oberhausen nahe.

Stelzmann, 1940 in Dresden geboren, studierte an der Hochschule für Graphik und Buchkunst in Leipzig. Nach dem Studium arbeitete er zuerst als freier Künstler. 1975 begann er in Leipzig seine Lehrtätigkeit, und seit 1979 leitet er an der Hochschule das Grundstudium. Als Maler gehört er zur zweiten Generation der künstlerischen Prominenz der „DDR“. Sie mußte nicht die nervenaufreibenden Auseinandersetzungen um „Formalismus“ und „sozialistischen Realismus“ durchlaufen, sondern konnte sich im Schatten der Heilig, Tübke, Sitt und Mattheuer eher und freier entfalten. Trotzdem ist auch der Beginn bei Stelzmann „DDR“-konventionell, wenn auch in seinem von Dix beeinflussten Realismus bald aus der malerischen Durchschnittlichkeit herausragt.

Neben Porträts und Selbstporträts (Themen, die ihn bis heute beschäftigen und darum in Oberhausen stark vertreten sind) fallen im Werkverzeichnis der Gemälde (als Anhang des Kataloges) unter den frühen Arbeiten Titel wie „Im (Lenin-)Mausoleum“, „Jugendbrigade“, „Ernst Thälmann“ auf. Sie dürften allerdings nicht mit den Werken reisen. Von den frühen Arbeiten werden die „Fabrik in Pflawitz“ und der „Schweiber“, ein Ganzporträt, gezeigt, die inzwischen zu den Ikonen der „DDR“-Kunst zählen.

1978 malte Stelzmann dann die „Versuchung I“ und „II“, bei denen scheinbar nur der Titel auf ein christliches Thema verweist. Doch im selben Jahr kommen noch die „Geißelung“ und eine „Kreuzabnahme“ dazu, die nun ganz offen an die traditionelle Ikonographie der christlichen Kunst anknüpfen und auf recht eigene Weise Grünewald mit der Neuen Sachlichkeit amalgamieren. Inzwischen gibt es fünf Versionen der „Versuchung“, drei der „Kreuzabnahme“ und der „Auferstehung“,

zwei der „Gräber“ sowie eine „Geißelung“, ein „Gastmahl in Emmaus“, einen „Aufstand“, eine „Pietà“. Dieselben Themen klingen auch in den Zeichnungen und Druckgraphiken vielfältig variiert an. Volker Stelzmann ist damit jedoch keine Ausnahme unter den Künstlern in der „DDR“.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit mochte es verständlich sein, daß die Maler und Bildhauer auf die vertrauten Darstellungsformen zurückgriffen, um Trauer, Bestürzung, Hoffnung auszudrücken. So nimmt Wilhelm Lehmbruck mit dem „Tod von Dresden“ das Motiv der „Beweinung“ auf, variiert Hans Grundig mit „Den Opfern des Faschismus“ den „Toten Christus“, greift Hermann Bruns auf das „Ecce Homo“ zurück, oder malt Hans Orlowski „Die Heimkehr des verlorenen Sohnes“. Bei den Denkmälern für die Opfer der KZ kehrt mehrfach die „Pietà“ wieder (u. a. bei Lambert für Ravensbrück).

In den späten fünfziger und den sechziger Jahren sind so direkte Übernahmen dann nicht mehr geduldet. Doch die sozialistisch-realistischen „Brigadebilder“ beziehen ihren Effekt nicht selten aus Anleihen bei Abendmahl-Szenen, während das nicht minder protegierte Arbeiterporträt häufig Bildformen der Christus-Darstellung übernimmt.

Das führt in Werner Tübkes „Brigadebild“ (1971/72), das er im Stil eines „Ecce Homo“ malte, zu einem grotesken Widerspruch. Bei dem Blick von unten auf die Gruppe wird nämlich, wie es christliche Bildtradition ist, ein einzelner isoliert, wodurch



Die Kraft der alten Geschichten: Volker Stelzmann: „Kreuzabnahme I“ (1978/79)

FOTO: KATALOG

im Gegensatz zu den Intentionen des Malers und seiner Auftraggeber - die Individualität des Brigadiers über das Kollektiv siegt.

In seinem „Chileneischen Requiem“ (1974) hat sich Tübke dann unverhohlen das polemische Pathos bei einer „Pietà“ ausgesprochen. Und auch Nurla Quevedo oder Winfried Wolk griffen auf diesen ausdrucksstarken Bildtyp zurück. Bernd Hertel verlegte in „La muerte“ nicht die Herkunft von „Toten Christus“ bei Mantegna und

Dali, Anette Peucker-Krisper wendet sich dem „Heiligen Sebastian“ zu, Ulrich Hachulla repetiert das Adam-und-Eva-Motiv („Hochwasser“), Michael Emig eine „Sara Conversatione“ („In Memoriam Martin Schwantes“). Und Fritz Cremer modelliert mehrfach einen „Gekreuzigten“, den er allerdings als Bilderspiel für den „Irrgarten des Glaubens“ verstanden wissen will.

Fritz Cremer macht es damit den Interpreten scheinbar leicht. Sie erzählen uns, daß dieser Christus als „ein Denkmal für alle gefallenen, niedergeworbenen und doch historisch siegreichen plebejisch-proletarischen Anführer im Verlauf der Geschichte“ (so Peter Feist in der neuesten Ausgabe der „Einheit“) gesehen werden soll. Aber so eindeutig soll aber so eindeutig nicht sein. Wobei hinzukommt, daß die Menschen in der „DDR“ mit der christlichen Vorstellungswelt häufig zuerst durch die Kunst, die klassische und neuerdings die „DDR“-eigene, bekannt werden.

Die Rückgriffe auf Überlieferungen sind für die Künstler jedoch nicht nur „Räume des geistigen Spiels... der Freude am Fabulieren“ (Raum). Da spielt Existenzelles hinein. Stelzmann bekannte das in der Pressekonferenz seiner Ausstellung. Er hob hervor, er male „keine christlichen Andachtsbilder“. Aber daß sie wie Uwe Schneede im Katalog der Ausstellung „Zeitvergleich“ meinte, „natürlich vom Religiösen entleert“ seien, mochte er auch nicht akzeptieren. Er verheißt nicht, daß die alten Geschichten der Bibel Antworten auf Fragen geben, die politische Ideologien zwar stellen, aber nicht zu klären vermögen. Deshalb gilt für die meisten seiner Gemälde, was er zu seiner „Demonstration“, die scheinbar ein fernes, nur den Westen betreffendes Faktum beschreibt, sagte: „Es zeige wie alle seine Bilder etwas, was uns selber meint“.

Aber so simpel läßt sich das Dilemma nicht lösen. Überspitzt formuliert, findet nämlich eine Art Missionierung der Künstler der „DDR“ über die Malerei der Renaissance, des Manierismus und des Barock statt. Sie lernen diese Bildwelt, wenngleich meist nur als Reproduktionen, im Rahmen ihrer Ausbildung sehr viel intensiver als die Kunstschüler in der Bundesrepublik kennen. Die Italienische Reise, wenn sie ihnen einmal genehmigt wird, ist für sie noch ein großes, beeindruckendes Erlebnis. Das spiegelt sich eindeutig in Bildern von Tübke, Rink, Stelzmann. Mit der klassischen Malerei öffnen sich ihnen Wege, die die sozialistisch-realistische Kunst nicht kennt. Denn weder in der Sowjetunion noch in der „DDR“ ist es gelungen, eine eigene, aussagekräftige Ikonographie zu entwickeln. Über die „Friedenstaube“ à la Picasso (die ja auch aus der christlichen Bildwelt abgeleitet ist) und „Hammer und Sichel“ gehen die Erfindungen nicht hinaus.

Die Sehnsucht nach der Verwurzelung in der Geschichte, nach dem bergenden Dunkel der Mythen, die für Hermann Baum Kenneschen der „atavistischen, irrationalen Züge“ der kapitalistischen Länder sein soll, fasziniert ganz offensichtlich auch die Intellektuellen der „DDR“ (vor allem in Kunst und Literatur). Wobei hinzukommt, daß die Menschen in der „DDR“ mit der christlichen Vorstellungswelt häufig zuerst durch die Kunst, die klassische und neuerdings die „DDR“-eigene, bekannt werden.

Die Rückgriffe auf Überlieferungen sind für die Künstler jedoch nicht nur „Räume des geistigen Spiels... der Freude am Fabulieren“ (Raum). Da spielt Existenzelles hinein. Stelzmann bekannte das in der Pressekonferenz seiner Ausstellung. Er hob hervor, er male „keine christlichen Andachtsbilder“. Aber daß sie wie Uwe Schneede im Katalog der Ausstellung „Zeitvergleich“ meinte, „natürlich vom Religiösen entleert“ seien, mochte er auch nicht akzeptieren. Er verheißt nicht, daß die alten Geschichten der Bibel Antworten auf Fragen geben, die politische Ideologien zwar stellen, aber nicht zu klären vermögen. Deshalb gilt für die meisten seiner Gemälde, was er zu seiner „Demonstration“, die scheinbar ein fernes, nur den Westen betreffendes Faktum beschreibt, sagte: „Es zeige wie alle seine Bilder etwas, was uns selber meint“.

PETER DITTMAR
Die 2. Foto: Berlin: 15. Mai bis 15. Juni, Katalog 20,00 Mark.

Bahnhof Rolandseck: Meisterkurse und Konzerte

Dreikönigstag bei Rau

Das ist nun fast schon guter Brauch im Bahnhof Rolandseck, von Weihnachts bis zum Dreikönigstag ein musikalisches Familienfest ganz besonderer Art auszurichten. Es ist kein Festival, auch wenn es damit Ähnlichkeit hat und sich so nennt. Es sind auch, aber nicht nur Meisterkurse. Rolandsecks wintertliche „Festival“ kennt nur eine Richtschnur: die Hingabe von jungen Menschen an die Musik. Die Kursteilnehmer kommen aus aller Herren Ländern, aber die Brücken nach Israel sind doch besonders tragfähig.

Nachdem im ersten Festival-Jahr die Musiker von den ersten Pulten des Israel Philharmonic Orchestra unterrichtet hatten, dann die Fakultät aus dem Pittsburgh Orchestra gebildet wurde, kamen in diesem Jahr von einer Seite Solisten des amerikanischen Saint-Paul-Chamber-Orchestra mit ihrem Chef Pinchas Zukerman angereist, von der anderen Seite blutjunge Musiker aus Israel (denen die Luftkassette einen Freiflug spendiert hatte). Eine Begegnung der beiden besten musikalischen Welten sozusagen.

In den fast allabendlichen Konzerten verbinden sich Lehrer und Schüler zur gemeinsamen Kammermusik. Die herrschende Lehre, daß Kammermusik Jahre des Miteinanders brauche, wird hier (wie auch an einigen anderen Orten der musikalischen Welt) mit schönster Regelmäßigkeit außer Kraft gesetzt. Ja, man gewinnt den Eindruck, daß gerade diese frischen, jungen Partnerschaften, die sich in wenigen Tagen und über die Generationsgrenzen hinweg zusammengekauert haben, der Musik gerecht werden als so manche professionelle Formation. Denn hier hat sich der Impetus des Musizierens noch nicht abgestumpft. Aber wahrscheinlich geht das auch nur mit diesen wie besessenen spielenden israelischen Musikern.

Zehn von ihnen hatten NRW-Ministerpräsident Rau und Frau für den Dreikönigstag ins Nachbarland herübergeholt - zu einem Hauskonzert in den so schönen Repräsentationsräumen der ehemaligen preussischen (Regierungs-)Präsidentenvilla am Rheinufer. Der Hausherr freilich mußte das Krankenbett hüten - und so entging ihm nicht nur die anregende Gesellschaft der eingeladenen Kunstfreunde, -sammeler und -nähe, sondern auch noch das viel größere Vergnügen eines splendidesten Konzerts.

Zwar war man zu Mozart, Beethoven und Dvorák geladen worden und

hörte dann Beethoven, Brahms und Schumann, aber nachdem die Werke ohnehin auf der Einladung ausgespart worden waren, machte das nicht mehr viel aus. Dezentere Hinweise aus Protokoll: Solchen Kulturmenschen ist es alles andere als gleichgültig, welche Werke sie zu gewählten haben, auch in einem Hauskonzert beim Ministerpräsidenten.

Es erklangen dann Brahms' G-Dur-Violinsonate op.78, Beethovens Erlking, also das Es-Dur-Klaviertrio op.1 Nr.1, und schließlich Schumanns Klavierquintett. Den Brahms geigte Roy Shiloah, ein Birschen von vielleicht 15 oder 16 Jahren, mit einem Leidenschaft, einem so tiefen Ausdruck (neben aller technischen Souveränität), daß einem angst und bange wurde um das Seelenheil des Knaben. Aber begleitet wurde er von einem Steppke namens Shlomi Shemtov, dem man die behaupteten 13 Lebensjahre nicht ganz ohne Zweifel abnimmt. Der klopft wie ein kleiner Teddybär auf die Tasten - ein bemerkenswerterweise kommt ein sonorer, wie mit edlem Bariton gesungener Brahms aus dem Bösendorfer.

Die freundlicheren Seiten des Musizierens kehren dann drei junge Damen mit ihren frühen Beethoven heraus, den sie aber durchaus nicht in die Ecke Haydns rücken, sondern in dem sie viele Vorgriffe auf Beethovens späteres Schaffen fanden: Shiras Rabin (Violine), Hagit Glazer (Cello) und Michal Friedlaender (Klavier) sind die Namen, die man sich wohl auch merken sollte.

Wie auch den von Hagay Shabam. Denn der ist nicht nur ein glänzend begabter Geiger, sondern er hat das recht seltene Zeug dazu, mit ein paar Blicken und fast unmerklichen Zeichen vier weitere Mitspieler an der Kanäle zu halten. Aus ihm also könnte einmal der Primarius eines Quartetts werden, ein Konzertmeister auch, wenn er nicht die Solistenkarriere vorzieht.

Schumanns Es-Dur-Quintett ist ja seit eh und je geradezu der Inbegriff eines großen Kammermusikwerks. Es ist so bekannt wie beliebt. Aber potz Blitz! Mit einem solchen heiligen Feuer, einer solchen hymnischen Steigerung im Kopfsatz, einem so gefaßten Ernst im Trauermarsch und mit so souveräner, leuchtender Klarheit in der Fuge des Schlußsatzes hat man das Stück wohl kaum je gehört. Und das von halben Kindern noch, die Florestans und Eusebius' Seelen nicht doch kaum schon selbst erfahren haben können!

REINHARD BEUTH

Der große Romancier Leonardo Sciascia wird 65

Sizilianisches Wunder

Ich habe mich oft gefragt, warum nie dem sizilianischen Wunder namens Leonardo Sciascia nicht den Nobelpreis geben. Aus Missetzung? Oder, was vernünftiger wäre, aus Respekt, großem Respekt?

Dieser ehemalige Volksschullehrer, der heute 65 wird, ist ein schrecklicher Kerl. Er nennt alle direkt beim Namen, auch beim Spitznamen, auch bei blasphemischen Namen, und er mißt alle Italiener zu Feinden haben. Aber seit einer an, er hat keinen einzigen Feind. Oder sagen wir so: Jeder hat, wenn er sich selbst betrachtet, in diesem unverfälschten Schreiber das auszusetzen, was ihn selbst trifft, aber zur Feindschaft reicht es nicht. Denn der Mann schreibt mit einer so entwandten Logik und Eleganz, mit so sympathischer Ironie, mit solchem Esprit, daß jeder, der überhaupt liest, in heller Begeisterung die Seiten verschlängt und auch an den Stellen, die ihn ärgern müßten, von der Begeisterung nicht herunterkommt.

Selbst die unerträglichsten Parteipolitologen, die nicht alle schlucken dürfen, z. B. die Kommunisten, denen der „hastehende“ Schriftsteller brutale Wahrheiten sagt, können nicht anders, als ihn mindestens mit größter Hochachtung zu behandeln. Und Indro Montanelli, der mit Sciascias „Affäre Moro“ nicht einverstanden war, hat höflich und bestimmt widersprochen, aber darauf einen respektvollen Briefwechsel mit ihm geführt und publiziert. Gegen Sciascia kämpfen zu wollen ist hoffnungslos, man müßte sich auf eine Antwort gefaßt machen, der nur ein ebenso großer, freundlich-ironischer Schriftsteller standhalten könnte.

Auch die Sizilianer, seine Sizilianer, müßten eigentlich wütend über ihn sein. Die ganze überzogene Verschlagenheit und Naivität, Sinnlichkeit und Bigotterie, Gemeinheit und Lebenswürdigkeit und noch viele solcher ungleicher Parallelen drohen auf und quirlt sie oft in einer einzigen Person ineinander, aber das macht dieser geniale Bursche, der das beste Italienisch schreibt, auf eine Weise, daß keinem Menschen das Wort „Nestbeschmutzung“ in den Sinn kommt; sondern im Gegenteil bewundert sich ganz Sizilien selbst in dem krad vorgehaltenen Spiegel.

Es gibt einen hinreißenden Roman „Candido ovvero un sogno fatto in Sicilia“, ein von Voltaire, „Candide“ inspiriertes Stück Prosa, das seinesgleichen auf weiter Flur nicht hat. Wie dieser Unschuldengel, natürlich ein echter sizilianischer Unschuldsel-

gel, sich durch die Zeit nach dem faschistischen Zusammenbruch bewegt und dabei voller Unschuld alles, aber auch rein alles durch den Kakao zieht, das ist die genaue, sublimierte Selbstdarstellung Sciascias. Einmal fragt Candido, erwachsen und distanziert an allem beteiligt, seine Freunde, eine Versammlung kommunistischer Funktionäre, wohin man fliehen soll, wenn ein rechtsradikaler Golpe stattfindet. Jeder hat ein Fleckchen Erde, das ihm Zukunft zu bieten verspricht. Als er dann fragt, warum keiner nach Rußland fliehen will, starren ihn alle wie einen Agent provocateur an.

Es liegt ein großes Œuvre an Romanen, Essays und kriminalistischen Meisterwerken vor, vieles wurde verfilmt und konnte selbstverständlich den Schmelz dieses Stils nicht bewahren. Es ist halt eine Ehre, seine Sachen zu verfilmen. Die größere Ehre ist, die Geschichten zu haben. Wenn sie ihm den Nobelpreis geben, gratulieren wir ihm. Wenn sie ihm den Preis nicht geben, gratulieren wir der Jury. Denn fand sie sich eben eine Schulnummer zu klein, um sich an einem solchen Meister vergreifen zu dürfen.

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Begnadeter und bewundeter Belletrist: Leonardo Sciascia
FOTO: STUDIO X

Der Schöpfer heißt Frankenstein, nicht sein Geschöpf

Aus dem Gruselkabinett

Was hat ein verregener Abend am Genfer See anno 1816 mit dem Landespartei der FDP zu tun? Die Frage klingt absurd. Aber absurd ist auch die Thematik „Großmeister aus Frankenstein's Gruselkabinett“, die der Landesvorsitzende Walter Döring dem Bundesinnenminister zuschickte. Das klingt zwar drastisch, vertritt aber nur eine bescheidene Kenntnis der Literatur.

Es war eigentlich kein besonderes gutes, vor allem kein besonders glaubwürdiger Roman gewesen, der als Ergebnis einer Teufels-Plauderei unter den distinguierten englischen Touristen am Genfer See entstanden war. Anwesend waren Lord Byron und Percy Bysshe Shelley, nebst dessen zweiter Frau Mary Godwin Shelley. Man plante aus Jux einen Schauerroman zu schreiben, doch keiner der beiden damals schon recht berühmten Dichter wollte sich der Aufgabe unterziehen. Es war Mary Shelley, die die von ihrem Mann gelebte Idee ausführte.

„Frankenstein“ hieß das Opus. Da sich damals die Öffentlichkeit mit großer Begeisterung solchen Geistergeschichten, auch „Gothic Tales“ genannt, zuwandte, wurde „Frankenstein“ im Untertitel als „moderner Prometheus“ definiert, schnell bekannt. Dazu hat die Verbindung der Autorin mit einem bekannten Dichter, der ein paar Jahre danach bei einer Segelpartei ertrank, sicherlich beigetragen.

Der Titel trägt einen deutschen Namen, denn er wird in einer umständlichen Vorgeschichte, die im Eisener spielt, als ein Schweizer Student aus Genf eingeführt. Und damit beginnt schon die große Konfusion, die bis zum heutigen Tage nicht aufgehört hat. Nicht das furchterregende Schreuliche trägt den Namen Frankenstein, sondern sein Schöpfer, der ihn aus unermüdlicher Experimentierlust schuf.

Der junge Mann, den sein Vater an die Universität Ingolstadt geschickt hat, sammelt emsig Leichenteile in Sektionsräumen und bastelt daraus mit Fleiß eine acht Fuß hohe Gestalt, der er auf geheimnisvolle Weise Leben einzuhauchen versteht. Als ihn dieser Mann dann nachts an seiner Bettkante aufsucht, bekommt er fast einen Nervenzusammenbruch, doch gelingt es ihm, das Ungeheuer wegzuschleichen. Allerdings keineswegs endgültig. Das Unheil nimmt seinen Lauf, in seiner Heimatstadt selbst wird Frankenstein's jüngerer Bruder gemeldet und eine Angestellte der Familie zu Unrecht der Tat beschul-

digt, da man ein Miniaturbild des Knaben in ihrer Tasche findet.

Victor Frankenstein begegnet, auf einem Ausflug in die Berge, in denen er sich von seinem Kummer erholen will, von neuem dem Ungeheuer. Dieses hat es unterdessen auch nicht leicht gehabt. Denn jeder Versuch, sich mit Menschen anzufreunden, schlägt fehl. Wer ihm begegnet, schreit auf und rennt davon. Nun kommt er seinem Schöpfer mit einer ganz ausgefallenen Idee: Er solle ein zweites Wesen schaffen, dem er sich als liebevoller Gefährte anvertrauen kann. Auf einer Insel im Norden unterzieht sich Frankenstein dieser Aufgabe, unter den Augen des Monstrums. Das Gegenstück ist schon beinahe vollendet, da packt ihn das Entsetzen bei dem Gedanken, daß sich das Geschlecht dieser Monster fortpflanzen könnte. Er unterläßt es, dem zweiten Leben einzuhauchen.

In seiner Enttäuschung stößt das Ungeheuer Flüche gegen Frankenstein aus, die sich prompt erfüllen. Er stirbt in der eisigen Polarlandschaft, in der wir ihn zu Beginn der Geschichte kennengelernt haben. Frankenstein müßte, meint das Ungeheuer, da er mit seiner Erschaffung den größten denkbaren Frevel begangen hat, auch die größte Strafe erhalten. Das Ungeheuer selbst verbißt sich im Dunkel der Polarnacht.

Der Stoff wurde nicht allein als Roman populär. Man strickte daraus Bühnenstücke - zweimal als Drama, dreimal als Komödie - und natürlich hat sich der Film das Sujet nicht entgehen lassen. Noch bevor Dracula für die Leinwand entdeckt wurde, gab Frankenstein dort sein erstes Gastspiel; 1910, zu Stummfilmzeiten, war das. 1915 drehte Percy Darrell Standing „Life without soul“ nach Mary Shelleys Stoff, und 1920 zitierten die Italiener „Il Mostro di Frankenstein“ erneut vor die Kamera.

Doch den rechten Filmruhm brachte erst der Tonfilm von 1931, seit dem Boris Karloff auf das Monster für viele Jahre abonniert war. „Frankenstein“ folgen dann bald „Frankenstein's Braut“, „Frankenstein's Sohn“, „Frankenstein's Geist“. Dann trafen der Wolfmann und später die Komiker Abbott und Costello Frankenstein, und selbst gegen Godzilla mußte er in einem japanischen Film kämpfen. Die Filme sind Legion.

Trotzdem hat sich offenbar noch nicht herumgesprochen, daß Frankenstein nicht das Monster ist, sondern der Schöpfer dieses schrecklichen Geschöpfes.

HELLMUT JÄRSCH

JOURNAL

Bonner Orchester gegen Dennis Russell Davies

Schü. Bonn
Der fünfköpfige Vorstand des Orchesters der Beethovenhalle ist aus Protest gegen die Vorentscheidung der Stadtverwaltung für Dennis Russell Davies als künftigen Bonner Generalmusikdirektor zurückgetreten. Wie gemeldet, soll der derzeitige Stuttgarter Generalmusikdirektor Mitte 1987 sein neues Amt antreten. Der Orchestervorstand hatte sich zuvor vergeblich gegen den 41jährigen Amerikaner Davies ausgesprochen. Die Bonner Musiker fühlen sich brüskiert, weil ihnen nach der Kuhn-Affäre ausdrücklich zugesichert worden sei, daß gegen den Willen des Orchesters kein neuer Generalmusikdirektor bestellt würde.

Galaabend mit Zeffirelli „Traviata“

AFP, Paris
Ein Galaabend mit Franco Zeffirelli Inszenierung von „La Traviata“ findet am 23. Januar an der Pariser Oper statt. Das Publikum soll dabei in historisch passender Kleidung im Stil der Zeit Napoleons III. erscheinen. Der Erlös der Veranstaltung wird an den Förderverein der Pariser Oper weitergeleitet. Zeffirelli hatte seine „Traviata“-Inszenierung nach der Verflüchtung mit Teresa Stratas und Plácido Domingo 1984 in Florenz präsentiert. In Paris stehen vom 20. Januar bis 31. März 18 Vorstellungen auf dem Programm.

Eliahu Inbal bleibt in Frankfurt

Nea, Frankfurt
Um weitere drei Jahre bis zum Ende der Konzertsaison 1988/89 verlängerte der Hessische Rundfunk den Vertrag mit Eliahu Inbal, dem Chefdirigenten des Radio-Sinfonie-Orchesters Frankfurt. Der israelische Inbal ist seit 1974 in dieser Funktion tätig und hat vor allem der Reihe der öffentlichen Sinfoniekonzerte des Orchesters zu neuer Bedeutung verholfen.

Preis für verbotenes Werk von Swetow

dpa, Zeilikon
Ein im Westen erschienenes Buch des seit einem Jahr in der Sowjetunion in Untersuchungshaft befindlichen russischen Schriftstellers Feliks Swetow hat den Wladimir-Dal-Preis für 1985 erhalten. Der 1977 gestiftete Preis wird alljährlich Autoren russischer Sprache verliehen, die originelle, aber dem Druckverbot unterliegende Werke geschaffen haben, aber auch Autoren, von denen noch nichts veröffentlicht wurde. Der 58jährige Swetow wurde für sein im Pariser Verlag YMCA-Press erschienenes Buch „Erzählung einer Biographie“ geehrt. Der Schriftsteller jüdischer Abstammung war 1980 aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen und Anfang 1985 verhaftet worden.

Jewtuschenko zur Filmpremiere in die USA

AFP, Moskau
Der sowjetische Lyriker und Dichter Jewgeni Jewtuschenko wird sich Anfang Februar zur amerikanischen Premiere seines autobiographischen Films „Kindergarten“ in die USA begeben. Anschließend wird der Dichter an mehreren amerikanischen Universitäten Lesungen halten.

Paris bringt schwieriges Stück von Musil

AFP, Paris
Ein Stück von Robert Musil, „Venezien und die Freundin bedeutender Männer“, führen zwei französische Provinztheater in einer gemeinsamen Inszenierung am Théâtre de l'Athénée in Paris auf. Das als schwer spielbar geltende Drama um eine Mann-Frau-Beziehung steht in französischer Übersetzung bis 3. Februar auf dem Spielplan. Aufgeführt wird es vom Théâtre des Deux Rives aus Rouen und dem Théâtre Populaire Jurasien.

Der Stammbaum der Familie Bach

DW, Wilhelmshaven
Zu den bleibenden Erinnerungen an das vergangene Bach-Jahr zählt ein von Peter von Bartkowski entworfener großer Stammbaum der Musikerfamilie Bach (Edition Heinrichshofen, Wilhelmshaven; 9,80 Mark). Auf der zehn Din-A-4-Blatt große Zeichnung kann man sehr schön schon die Verzweigungen der Bach-Musiker in eine Meiningen, eine Arnstädter und die Fränkische Linie verfolgen, bevor dann aus dem Hauptstamm Johann Sebastian mit seinen Söhnen hervorsticht. Der letzte Bach-Musiker ist danach 1845 gestorben. Wilhelm Friedrich Ernst Bach, Musikdirektor in Minden und Hofcapellmeister in Berlin, ein Sohn des „Bieleburger“ Bach, Joh. Chr. Friedrich. Insgesamt weist der Familienstammbaum über fünfzig Mitglieder mit Musiker-Berufen aus.

Der Kölner Karnevalist Alexander Kerz vor Gericht

[illegible]